

Unterrichtung

durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages

Bericht über die internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2015 bis 30. September 2017

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages	2
2. Reisen der Präsidiumsmitglieder	3
3. Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche	9
4. Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen	23
5. Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche	30
6. Einzeldienstreisen der Abgeordneten	47
7. Internationale Austauschprogramme	53
8. Grundlage der Berichtspflicht	56
9. Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen	56
10. Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen	57
11. Statistische Übersicht	58

1. Bedeutung der internationalen Aktivitäten und Verpflichtungen des Deutschen Bundestages

Der gestiegenen Verantwortung Deutschlands gegenüber seinen Partnern in der Welt angesichts der außenpolitischen Herausforderungen unserer Zeit entspricht eine angemessene internationale Tätigkeit des Deutschen Bundestages. Transparente Entscheidungsabläufe und die Wahrung von Beteiligungsrechten sind notwendige Konsequenzen eines immer dichteren Netzes der Kooperation und einer gegenseitigen Abhängigkeit auf zwischenstaatlicher Ebene. Die zunehmende Parlamentarisierung der Außenpolitik ist als wachsendes politisches Erfordernis nach internationaler parlamentarischer Zusammenarbeit zu verstehen. Eine in diesem Zusammenhang notwendige und dabei verantwortlich handelnde, grenzüberschreitende interparlamentarische Kooperation, die dem weltpolitischen Wandel im Zuge der Globalisierung, Interdependenz und Institutionalisierung gerecht werden muss, ist nur gegeben, wenn die im Parlament entscheidenden Abgeordneten die Möglichkeit haben, die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in den jeweiligen Staaten und Regionen durch Information vor Ort zu beurteilen.

Um ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden, ist es für die Mitglieder des Deutschen Bundestages daher erforderlich, eine intensive Zusammenarbeit mit ausländischen Politikern und Institutionen zu pflegen. So können die Abgeordneten die für ihre Aufgaben notwendigen Informationen und Erfahrungen vor Ort sammeln und auf die internationale Lage und auftretende Konfliktsituationen in angemessener Weise reagieren. Diese wichtige Funktion nehmen sie im Rahmen ihrer Zuständigkeitsbereiche, als Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse, Kommissionen und anderer Gremien des Bundestages, als Delegierte in internationalen parlamentarischen Organisationen oder als Vertreter bilateraler bzw. multilateraler Parlamentariergruppen wahr. In Gesprächen mit ihren Parlamentskollegen aus anderen Staaten, mit Vertretern von Regierungen, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft oder kultureller Einrichtungen erörtern sie aktuelle und bisweilen brisante Themen der Gegenwart – seien es politische Umbruchsituationen oder schwere Krisen, die Folgen von globalen Wirtschafts- und Finanzentwicklungen, die Bedrohung durch den islamistischen Terror, Flüchtlingsströme als Folge von Krieg, Verfolgung oder Armut, Maßnahmen gegen den Klimawandel oder die Bekämpfung von Seuchen und Krankheiten. Daneben pflegen und entwickeln Bundestagsabgeordnete Beziehungen zu Staaten, die oftmals nicht im Mittelpunkt der Kontakte auf Regierungsebene stehen.

Die internationalen Aktivitäten der Mitglieder des Deutschen Bundestages dienen darüber hinaus dem Austausch und der Kooperation in zahlreichen Bereichen nationaler Fachpolitik. In der Europäischen Union (EU) erfolgt ein Erfahrungsaustausch zunehmend auf Gebieten, in denen die Hauptverantwortung zwar bei den einzelnen Mitgliedstaaten liegt, eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene aber dennoch erforderlich erscheint. In zahlreichen Politikbereichen stehen die EU-Staaten vor vergleichbaren Problemen, zum Beispiel im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik oder der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Die Zukunft der Alterssicherung etwa ist ein Thema, das alle Mitgliedstaaten betrifft. Ein intensiver Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet ermöglicht den Transfer erfolgreicher Strategien zwischen den Staaten. Im Rahmen von Auslandsdienstreisen können sich die Parlamentarier in ihrer Funktion als Gesetzgeber Informationen über Erfolg versprechende Lösungen einholen, um dann bei anstehenden Reformvorhaben sachgerechte Entscheidungen treffen zu können.

Der Deutsche Bundestag hat sich vertraglich verpflichtet, stimm- und mitwirkungsberechtigte Delegationen in verschiedene internationale parlamentarische Versammlungen zu entsenden. Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten ermöglicht es, die eigenen politischen Grundüberzeugungen und Positionen auf internationaler Ebene zu reflektieren und auf diese Weise Denkanstöße zu geben oder Entwicklungen anzuregen.

Auch bei der Verhandlung und Überarbeitung europäischer Vertragswerke und der Einhaltung internationaler Abkommen leistet der Deutsche Bundestag einen bedeutenden Beitrag. Mit dem Reformvertrag von Lissabon und der ihn flankierenden Begleitgesetzgebung haben die nationalen Parlamente der EU mehr Mitwirkungsrechte erhalten. Seit dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und dem daraus entwickelten Parlamentsbeteiligungsgesetz muss bei allen europäischen Angelegenheiten der Bundestag beteiligt werden.

In Staaten, in denen nach politischen Umbrüchen Schritt für Schritt demokratische Strukturen aufgebaut werden, kann der Bundestag wichtige Unterstützungsarbeit leisten. Auch wenn es unterschiedliche Konzepte und Abläufe für die Schaffung demokratischer Verhältnisse gibt, werden Signale der Solidarität und Hilfsangebote aus Deutschland in vielen Teilen der Welt voller Erwartungen aufgegriffen.

2. Reisen der Präsidiumsmitglieder

Zukunft der Europäischen Union / Bilaterale Beziehungen

Die Zukunft der Europäischen Union im Lichte des BREXIT sowie die Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten und die bilateralen Beziehungen zu den weiteren europäischen Partnern bleiben ein bestimmendes Betätigungsfeld für die parlamentarische Dimension der Außenpolitik auf der Ebene des Präsidiums. Traditionell werden dabei die Beziehungen zwischen Deutschland, Polen und Frankreich in besonders vielfältiger und auf Präsidiumsebene institutionalisierter Weise wahrgenommen. Ein weiterer Fokus richtete sich im Berichtszeitraum auf die Situation an den Außengrenzen der Europäischen Union zu Russland und Nordafrika.

Im Oktober 2015 reiste Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth nach Ungarn und Bulgarien, um sich im Kontext der Flüchtlingskrise ein Bild von der Lage vor Ort zu verschaffen und für eine solidarische Flüchtlingspolitik der EU-Staaten zu werben. In Ungarn traf sie mit Parlamentariern, Regierungsvertretern sowie Repräsentanten der Zivilgesellschaft zusammen und tauschte sich mit ihnen über die ungarische und die EU-Flüchtlingspolitik aus. Besuche in Flüchtlingslagern ermöglichten direkte Gespräche mit Schutzsuchenden. Auch in Bulgarien dominierten die Flüchtlingskrise und die Situation im Lande die Gespräche mit Parlamentariern und Regierungsvertretern, Vertreter von internationalen Organisationen und von Nichtregierungsorganisationen. Auf den aus Anlass des 20. Jahrestags der deutschen Wiedervereinigung gegebenen Empfängen der deutschen Auslandsvertretungen in Budapest und Plovdiv hielt sie die Festansprachen.

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Unabhängigkeit der Republik Namibia besuchte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert im Oktober 2015 Windhuk. Neben politischen Gesprächen über Fragen der gemeinsamen Vergangenheitsbewältigung hielt der Präsident des Deutschen Bundestages unter anderem einen Vortrag über „25 Jahre Unabhängigkeit: Perspektiven für die deutsch-namibische Partnerschaft“ und traf auch mit Kulturschaffenden sowie Vertretern der deutschsprachigen Gemeinschaft zusammen.

Im Oktober 2015 reiste Präsident Lammert in das schweizerische Freiburg, um zum 20-jährigen Bestehen des Instituts für Europarecht der Universität Freiburg die Festrede („Herausforderungen und Perspektiven der Europäischen Union – Die Rolle der Parlamente“) zu halten.

Im Vorfeld der Volksabstimmung über den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union stattete der Bundestagspräsident im März 2016 Großbritannien einen Besuch ab. In London tauschte er sich hierzu mit Parlamentariern, Regierungsvertretern und Vertretern aus Wissenschaft- und Zivilgesellschaft aus.

Im April 2016 reiste Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert nach Albanien und hielt dort auf Einladung seines Amtskollegen eine Rede vor dem Parlament. Außerdem traf er mit dem Staatspräsidenten und dem Ministerpräsidenten zusammen. Im Anschluss nahm er in Ungarns Hauptstadt Budapest an den Trauerfeierlichkeiten für Imre Kertész teil und führte Gespräche mit ungarischen Regierungsmitgliedern sowie mit Vertretern aus Kultur und Wissenschaft.

Im Mai 2016 nahm Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt in Rom an den Feierlichkeiten im Zusammenhang mit der Verleihung des Karlspreises zu Aachen an Papst Franziskus teil.

Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer fuhr Ende Juni 2016 nach Brüssel, um Gespräche mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments sowie der EU-Kommission unter anderem über die Stellung der deutschen Sprache in den EU-Institutionen zu führen. Anschließend reiste er nach Paris und nahm in der Assemblée nationale als Gastredner am Deutsch-Französischen Forum teil.

Die Mitglieder des Bundestagspräsidiums reisten im Juni 2016 zu dem alle drei Jahre stattfindenden Trilateralen Präsidiumstreffen mit den Mitgliedern des Präsidiums der französischen Assemblée nationale und des polnischen Sejm nach Paris. Auf der Tagesordnung standen die Themen Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie die Folgen eines möglichen BREXIT.

Im Oktober 2016 besuchte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert die europäische Kulturhauptstadt Breslau in Polen und traf u. a. mit seinem Amtskollegen, dem Sejm-Marschall, mit Repräsentanten der Stadt, der Geistlichkeit, der deutschen Minderheit und des kulturellen Lebens zusammen.

Im Februar 2017 reisten die Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Bundestages zum alljährlich stattfindenden Deutsch-Französischen Präsidiumstreffen nach Marseille. Erörtert wurden vor allem die Folgen des BREXIT sowie die Herausforderungen der Flüchtlingskrise.

Auf Einladung des Vizepräsidenten der ungarischen Nationalversammlung, Dr. Gergely Gulyás, unternahm Vizepräsident Johannes Singhammer im März 2017 eine Reise nach Ungarn. Anlass war ein informelles Treffen mit einem österreichischen und einem polnischen Parlamentsvizepräsidenten. Themen der Gespräche in Budapest waren unter anderem die Zukunft Europas nach dem BREXIT, die Migrations- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union sowie ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Städte Aachen und Reims sowie der Europäischen Stiftung Aachener Dom reiste Bundestagspräsident Lammert im April 2017 ins französische Reims, um im Rahmen der Deutsch-Französischen Konferenz „Lieux de Mémoire: Erinnerungsorte und die Zukunft der deutsch-französischen Freundschaft“ die Festrede zum Thema „Historische Lektionen und aktuelle Herausforderungen der deutsch-französischen Freundschaft“ zu halten.

In Begleitung weiterer Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion reiste Vizepräsident Johannes Singhammer im April 2017 zu einer Generalaudienz bei Papst Franziskus in den Vatikan und führte Gespräche mit vornehmlich kirchlichen Würdenträgern.

Im Mai 2017 traf sich Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert in Großbritannien unter anderem mit seinem Amtskollegen John Bercow, um sich über aktuelle europapolitische und bilaterale Fragestellungen, insbesondere im Hinblick auf den BREXIT, auszutauschen. An der Universität Oxford hielt er darüber hinaus einen Vortrag zur Zukunft Europas vor dem Hintergrund des geplanten Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union.

Im Mai 2017 reiste der Bundestagspräsident auf Einladung seines Amtskollegen Mars di Bartolomeo zu einem offiziellen Besuch in das Großherzogtum Luxemburg. Neben der weiteren Vertiefung der intensiven bilateralen Beziehungen stand die Zukunft der Europäischen Union im Mittelpunkt der Gespräche im Parlament und mit Premierminister Xavier Bettel. Darüber hinaus diskutierte Prof. Dr. Lammert mit Studierenden der Universität Luxemburg und wurde von Großherzog Henri zu einer Audienz empfangen.

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung reiste Bundestagspräsident Lammert im Juni 2017 nach Lwiw (Lemberg) in der Ukraine, um im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Brücken bauen in Europa“ die Festrede zu halten.

Auf Einladung des polnischen Parlamentspräsidenten trafen sich die Präsidien des Sejm und des Deutschen Bundestages im Juni 2017 zur jährlichen gemeinsamen Sitzung in Przemyśl. Erörtert wurden vor allem Fragen der bilateralen Zusammenarbeit sowie der Zukunft der Europäischen Union, insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Migration.

Im Juli 2017 besuchte Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert den neugewählten Präsidenten der Assemblée nationale, François de Rugy. Im Mittelpunkt dieser ersten Begegnung standen die Situation im französischen Parlament nach der Wahl und die sich daraus ergebenden Implikationen und Perspektiven auch für die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundestag. An dem Gespräch nahm auch der Vorsitzende der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe, der Abgeordnete Andreas Jung (CDU/CSU), teil. Der Bundestagspräsident traf darüber hinaus zwei seiner ehemaligen Amtskollegen, die ehemaligen Präsidenten der Assemblée nationale Bernard Accoyer und Claude Bartolone.

Parlamentarische Zusammenarbeit / Demokratisierung / Rechtsstaatsentwicklung

Eine Vielzahl der Reisen von Präsidiumsmitgliedern war neben der Gestaltung der bilateralen Beziehungen aktuellen politischen Herausforderungen aus den Bereichen der Demokratisierung und Rechtsstaatsentwicklung gewidmet. Einen Schwerpunkt bildeten hierbei die Entwicklung im Nahen Osten und die mit dieser einhergehenden Fluchtbewegungen. Bei weiteren Reisen ging es um die Stärkung des transatlantischen Verhältnisses.

Die aktuellen Entwicklungen in Syrien sowie die russische Politik in der Ukraine dominierten die offiziellen Gespräche mit Regierungsvertretern und Repräsentanten der Opposition, die Bundestagsvizepräsident Singhammer bei seinem Besuch in Moskau im Oktober 2015 führte. Ebenso diskutiert wurden die Ursachen und Folgen der weltweiten Migrations- und Flüchtlingsbewegungen sowie die vom internationalen Terrorismus ausgehenden Gefahren.

Ihre Teilnahme an dem vom Goethe-Institut veranstalteten IX. Internationalen Finale „Jugend debattiert international“ in Lettlands Hauptstadt Riga im Oktober 2015, das sie mit einem Grußwort eröffnete, nutzte Bundestagsvizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn zu weiteren Gesprächen mit lettischen Parlamentariern sowie für den Besuch einer NATO-Einrichtung.

Im Dezember 2015 konnte Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt ihre Teilnahme am Transatlantischen Forum der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Washington D.C. damit verbinden, anlässlich der Jahresfeier des Goethe-Institutes ein Grußwort zu halten. Sie führte in New York Gespräche zur zukünftigen Nutzung der Liegenschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Fifth Avenue als „German American Forum“. Schwerpunkt der Gespräche bei den Vereinten Nationen und im Flüchtlingshilfswerk UNHCR war die gestiegene Flüchtlingsmigration. Im Zentrum des Gesprächs mit dem stellvertretenden Direktor sowie weiteren Mitarbeitern des Brookhaven National Laboratory stand das Thema Inklusion.

Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth reiste im Januar/Februar 2016 in den Irak, um sich in Bagdad sowie in der Region Kurdistan/Irak über die aktuelle politische Lage zu informieren, insbesondere im Hinblick auf die humanitären, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes. Gesprächstermine fanden u. a. statt mit Staatspräsident Fouad Ma'soum, irakischen Abgeordneten sowie dem irakischen Innenminister. In der Region Kurdistan lag ein inhaltlicher Schwerpunkt auf der aktuellen Flüchtlingsproblematik. Neben politischen Terminen umfasste das Programm den Besuch von Flüchtlingseinrichtungen sowie des Bundeswehr-Einsatzkontingents der Ausbildungsunterstützung im Nordirak.

Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert unternahm im Februar 2016 in Begleitung weiterer Bundestagsabgeordneter eine Reise nach Jordanien und Kuwait. Bestandteil der Reise war ein Besuch beim Einsatzkontingent Counter-DAESH der Bundeswehr in Incirlik/Türkei. Schwerpunktthemen in Jordanien waren ferner die Flüchtlingsproblematik sowie die zunehmende Gefährdung der Stabilität in der Gesamtregion angesichts des fortwährenden kriegesischen Konflikts in Syrien. Der Bundestagspräsident besuchte unter anderem das Flüchtlingslager Zaatari und traf zu Gesprächen mit dem Präsidenten des jordanischen Abgeordnetenhauses sowie mit dem jordanischen König Abdullah II. Ibn Al-Hussein zusammen. Der Besuch in Kuwait erfolgte auf offizielle Einladung des Präsidenten des kuwaitischen Parlaments und befasste sich in erster Linie mit den Themen Entwicklung und Stärkung von Demokratie und Parlamentarismus in Kuwait sowie der Gesamtregion, Lösung des Syrien-Konflikts, Folgen der Ölpreis-Krise und Festigung der guten bilateralen Beziehungen. Treffen fanden u. a. statt mit dem Parlamentspräsidenten und weiteren Parlamentariern, dem Premierminister sowie dem Kronprinzen des Staates Kuwait.

Im Februar 2016 und ebenso im Februar 2017 reiste Bundestagsvizepräsidentin Bulmahn nach Moskau zwecks Teilnahme an den Helmholtz-Wintergesprächen, um auf diese Weise die bilaterale wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Impulsen zu versehen. Darüber hinaus traf sie mit weiteren Gesprächspartnern aus der russischen Zivilgesellschaft zusammen.

Anlässlich der jährlich stattfindenden feierlichen Eröffnung des südafrikanischen Parlaments reiste Vizepräsidentin Ulla Schmidt im Februar 2016 nach Kapstadt und Johannesburg. Sie nutzte die Reise, um zahlreiche soziale Projekte wie Ausbildungs-, Gesundheits- und Sportangebote zu besuchen und Fördermöglichkeiten zu ermitteln. Zahlreiche Gespräche mit Abgeordneten des African National Congress (ANC) und der Democratic Alliance (DA) über die Entwicklung des ANC und der Demokratie in Südafrika rundeten den Besuch ab.

Im Rahmen seiner engen Kontakte mit Tunesien reiste Bundestagspräsident Lammert im März 2016 nach Tunis, wo er sich in Gesprächen mit der Staatsspitze und Vertretern der Zivilgesellschaft über die jüngsten Entwicklungen informierte. Bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Flucht, Vertreibung und Migration hielt er den Hauptvortrag.

Im April 2016 reiste Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer in den Sudan und nach Togo. Die Gespräche in Khartum behandelten neben Fragen der institutionellen Fortentwicklung des Parlamentarismus vor allem die Herausforderungen der Flüchtlingsproblematik, den Stand der Aussöhnungspolitik und die Lage der Oppositionsparteien im Sudan. Des Weiteren informierte sich Vizepräsident Singhammer über die Situation der Christen in der Region sowie mögliche Ansätze für einen vertieften interreligiösen Dialog. Im Zentrum des Besuches in Togo standen Fragen der bilateralen Wirtschaftsförderung und der Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation. Beleuchtet wurden auch der Stand des Demokratisierungsprozesses in Togo sowie der künftige Ausbau der parlamentarischen Zusammenarbeit. Auf Einladung des togoischen Parlamentspräsidenten hielt der Bundestagsvizepräsident bei der Eröffnungssitzung des nationalen Parlaments in Kara ein Grußwort. Außerdem informierte er sich über modellhafte Entwicklungsprojekte im Bereich der Sicherheitskooperation und der Energiewirtschaft.

Im April 2016 unternahm Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth eine Reise nach Algerien und Ägypten. In den Gesprächen mit Regierungsvertretern, Vertretern beider Häuser des algerischen Parlaments, der Zivilgesellschaft und der Parteien informierte sie sich über die aktuelle Lage im Land und bekräftigte das deutsche Interesse an

einer verstärkten Zusammenarbeit mit Algerien. In Ägypten traf Vizepräsidentin Roth mit Vertretern des neu gewählten Parlaments, der außerparlamentarischen Opposition, Regierungsvertretern und Repräsentanten der Zivilgesellschaft zusammen. In den Gesprächen wurden die Situation nach Konstituierung des neuen Einkammerparlaments und zugleich die vielen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, denen sich Ägypten gegenüber sieht, erörtert.

Die im Mai 2016 durchgeführte Reise von Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn nach Armenien galt insbesondere der Vertiefung der bilateralen parlamentarischen Zusammenarbeit im Vorfeld der Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages, der Unterrichtung über die Suche nach Konfliktlösungen im Kaukasus und über den Fortgang der Demokratisierung und rechtsstaatlichen Entwicklung dieser jungen Republik. Sie traf mit dem Präsidenten und Abgeordneten des armenischen Parlaments, mit Vertretern mehrerer Ministerien und der Zivilgesellschaft zusammen. Darüber hinaus besuchte sie die Gedenkstätte, die an den Völkermord an den Armeniern erinnert, und legte einen Kranz nieder. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Resolution des Deutschen Bundestages, die angespannte Lage und die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie Möglichkeiten einer engeren wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

Im Juli 2016 reiste Bundestagsvizepräsidentin Bulmahn nach Kolumbien und Costa Rica. Im Zentrum der zahlreichen Gespräche in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá und in Cali mit allen relevanten Regierungsmitgliedern (zum Beispiel mit Staatspräsident Santos und mit der Arbeits- und Sozialministerin) sowie mit Parlamentsvertretern standen die bevorstehende Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC-Rebellen sowie die für die kolumbianische Gesellschaft hiermit verbundenen Herausforderungen. Weitere Schwerpunkte bildeten die Kooperation im Wissenschafts- und Bildungsbereich sowie die Gründung, die Konstruktion und die Aufgabe des Deutsch-Kolumbianischen Friedensinstituts. In Costa Rica standen die vielfältige Zusammenarbeit im Hochschul-, Wissenschafts-, Umwelt- und Energiebereich sowie die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Vordergrund der hochrangigen Kontakte.

Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth besuchte im Juli/August 2016 Japan, wo sie an den offiziellen Gedenkzeremonien aus Anlass der Jahrestage der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki teilnahm. Ferner nahm sie als Gastrednerin an einem zivilgesellschaftlich organisierten Kongress für einen Atomausstieg Japans in Fukushima teil. Die Vizepräsidentin führte politische Gespräche zur aktuellen politischen Lage sowie zu den Themen Umweltpolitik und Förderung erneuerbarer Energien unter anderem mit dem Vizepräsidenten des japanischen Unterhauses sowie mit Ministerpräsident a. D. Naoto Kan. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt der Reise lag auf den Themen Vergangenheitsbewältigung und außenpolitische Beziehungen sowie Stabilität in der Region.

Im August 2016 reiste Bundestagsvizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn auf Einladung der deutsch-jordanischen Universität nach Jordanien und führte dort Gespräche zu Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft und Hochschulen. Sie traf dort mit Vertretern der Regierung wie auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen der Krieg in Syrien und seine Folgen für Jordanien, insbesondere die Frage der Integration der Flüchtlinge sowie der Unterstützung Deutschlands für die Bewältigung der Flüchtlingsströme.

Auf Einladung seines neuseeländischen Amtskollegen reiste der Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert im Oktober 2016 nach Wellington und Auckland und führte Gespräche mit Neuseelands Parlament und Regierung. Er nahm zudem an einer Festveranstaltung aus Anlass des 20. Jahrestages der Einführung des Verhältniswahlrechts in Neuseeland teil, das dem deutschen Recht nachgebildet worden ist, und hielt eine Ansprache bei einem Empfang der deutschen Botschaft anlässlich des Tages der deutschen Einheit. Der innerhalb des Reisezeitraums liegende Besuch von Tonga galt der Teilnahme an den Feierlichkeiten aus Anlass des 140. Jahrestages des Freundschaftsvertrages zwischen Deutschland und dem pazifischen Inselreich. Den notwendigen Zwischenstopp in Singapur nutzte der Bundestagspräsident auf dem Hinflug zu einem Gespräch mit seiner dortigen Amtskollegin; auf dem Rückflug traf Prof. Dr. Lammert bei einem eintägigen Aufenthalt im australischen Melbourne mit den Präsidenten des Repräsentantenhauses bzw. des Senats von Australien zusammen.

Im Oktober/November 2016 unternahm Vizepräsidentin Claudia Roth eine Reise nach Saudi-Arabien, wo sie sich über die aktuellen politischen Entwicklungen, insbesondere im Hinblick auf die Menschenrechtslage informierte. Einen der Schwerpunkte der Reise stellte die Thematik der Stärkung von Frauenrechten durch eine verbesserte Teilhabe am wirtschaftlichen und politischen Leben dar. Weitere Themen waren die von Saudi-Arabien avisierte Diversifizierung der Wirtschaft sowie die gesamtpolitische Lage und Stabilität in der Region.

Auf Einladung des Goethe-Instituts nahm Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert im November 2016 an der Eröffnung der Künstlerresidenz im Goethe-Institut Salvador da Bahia in Brasilien teil. In São Paulo traf er mit dem Gouverneur des Bundesstaates, Vertretern der deutschen Wirtschaft, Kulturschaffenden und Vertretern der Wissenschaft zusammen und informierte sich über die ausgedehnte deutsch-brasilianische Kooperation auf den verschiedensten Feldern.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Edelgard Bulmahn reiste im November 2016 nach Vietnam, um die parlamentarische Zusammenarbeit der beiden Staaten im Rahmen der 2011 vereinbarten Strategischen Partnerschaft zu stärken sowie die Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit in Ausbildung, Wissenschaft und Forschung zu erörtern. Dazu traf sie mit hochrangigen Repräsentanten des Parlaments, der Partei und der Regierung, aber auch mit der Zivilgesellschaft zusammen. Außerdem besuchte sie das Mekong-Delta, um sich über Aspekte des Klimawandels, des Küstenschutzes und der Bewässerungspraxis bei mit deutschen Mitteln unterstützten Projekten zu unterrichten.

Im November 2016 unternahm Vizepräsident Johannes Singhammer eine Reise in die Republik der Union Myanmar. In Rangun/Yangon und Bagan traf er u. a. die Sprecher des Unterhauses und des Oberhauses sowie den stellvertretenden Staatspräsidenten.

Ihre Teilnahme am Transatlantischen Forum der Parlamentarischen Versammlung der NATO im Dezember 2016 in Washington D.C. nutzte Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt, um sich über die Arbeit des Goethe-Institutes und der Friedrich-Ebert-Stiftung nach der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten zu informieren. Schwerpunkte der Diskussionen mit Vertretern global agierender Wirtschaftsunternehmen und Professoren waren die Zukunft der Handelsbeziehungen sowie der Forschungsfreiheit unter der neuen Regierung.

Im Januar 2017 reiste Vizepräsidentin Schmidt nach Los Angeles und New York. Die Gespräche in Los Angeles hatten ganz wesentlich das künftige Nutzungskonzept für die kurz zuvor von der Bundesrepublik Deutschland erworbene Thomas-Mann-Villa in Pacific Palisades (Kalifornien) zum Inhalt. Auch die Gespräche in New York zentrierten sich um das Nutzungskonzept einer geplanten „German Academy“ im Gebäude des ehemaligen Goethe-Instituts in der Fifth Avenue.

Anlässlich des „National Prayer Breakfast“ reiste Vizepräsident Johannes Singhammer im Januar/Februar 2017 mit anderen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion in die Vereinigten Staaten von Amerika. In Washington D.C. traf er auch mit dem Sprecher des Repräsentantenhauses, Paul Ryan Jr., zusammen.

Vizepräsident Singhammer unternahm im Februar 2017 eine Reise nach Ägypten. Ziel des Besuches war die Stärkung der bilateralen Beziehungen, gerade auch auf parlamentarischer Ebene. Inhaltliche Schwerpunkte waren neben der aktuellen politischen Lage die Themen wirtschaftliche Entwicklung, Flüchtlingspolitik, Religionsfreiheit, Terrorismusbekämpfung sowie die politische Stabilität in der Gesamtregion.

Im Februar 2017 unternahm Vizepräsidentin Bulmahn unter Beteiligung von weiteren Bundestagsabgeordneten sowie Vertretern deutscher Innenbehörden und der Polizei eine Delegationsreise nach Mali. Neben dem Austausch zur aktuellen Lage mit den Vertretern der malischen Regierung lag der Schwerpunkt des Besuchs auf der Arbeit der entsandten deutschen Polizeibeamten bei den MINUSMA- und EUCAP Sahel Mali-Kontingenten. Anlässlich eines Besuchs in Gao konnte sich die Vizepräsidentin einen Eindruck von den schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der MINUSMA-Kräfte machen.

Im Februar 2017 reiste Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert auf Einladung seines irischen Amtskollegen Seán Ó Fearghail mit einer Abgeordnetendelegation zu einem offiziellen Besuch nach Irland. Der Besuch stand ganz im Zeichen des BREXIT-Referendums. In sämtlichen Begegnungen unterstrich die irische Seite ihre Sorgen über die nicht absehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen eines BREXITS.

Im Februar 2017 reiste Bundestagspräsident Lammert auf Einladung seines schwedischen Amtskollegen Urban Ahlin mit einer Delegation zu einem offiziellen Besuch nach Schweden. Bestimmende Themen des Besuches waren der BREXIT-Prozess, Fragen der Migration und Integration, die transatlantischen Beziehungen sowie Aspekte der Cybersicherheit.

Im Februar/März 2017 reiste Vizepräsidentin Ulla Schmidt nach Südafrika, um sich über den Stand der bereits ein Jahr zuvor besuchten und unterstützten sozialen Projekte im Bereich Gesundheit, Bildung und Sport zu informieren. In der Deutschen Internationalen Schule Kapstadt beteiligte sie sich an einer Podiumsdiskussion mit den Schülern. Anlässlich der feierlichen Einweihung eines mit deutschen Fördergeldern finanzierten Busses zum

Transport von Kindern mit Behinderungen zu Förderangeboten der Universität Stellenbosch hielt sie ein Grußwort. Sie führte darüber hinaus Gespräche mit Abgeordneten aller Parteien im südafrikanischen Parlament sowie im Stadtrat von Johannesburg.

Im März 2017 nahmen Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert, Vizepräsidentin Petra Pau und weitere Bundestagsabgeordnete am Deutsch-Israelischen Parlamentarierforum in Jerusalem und Ashdod teil. Neben den bilateralen parlamentarischen Beziehungen wurden vor allem Fragen der Zuwanderung und gesellschaftlichen Integration erörtert.

Im Anschluss an die Versammlung der Interparlamentarischen Union in Bangladesch reiste Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert im April 2017 auf Einladung des Sprechers des sri-lankischen Parlaments, Karu Jayasuriya, weiter nach Colombo. Bei Zusammentreffen mit seinem Amtskollegen, dem Oppositionsführer und weiteren Abgeordneten informierte er sich insbesondere über den Stand der Verfassungs- und Wahlrechtsreform und überzeugte sich vom Fortgang des Versöhnungsprozesses. Darüber hinaus führte er Gespräche mit dem Staatspräsidenten, dem Premierminister und dem Erzbischof von Colombo. Auf Einladung des damaligen Außenministers hielt Präsident Prof. Dr. Lammert einen Vortrag in der Denkfabrik Lakshman Kadirgamar Institute of International Relations and Strategic Studies. Auf dem Rückflug nutzte der Bundestagspräsident eine notwendige Zwischenlandung in Bukarest zu einem Gespräch mit dem rumänischen Staatspräsidenten Iohannis.

Bundestagsvizepräsidentin Bulmahn reiste im April 2017 in die USA, um die parlamentarische Dimension einer intensiven transatlantischen Partnerschaft auch unter einer neuen US-Präsidentschaft zu unterstreichen. Dazu traf sie in Washington D.C. mit zahlreichen Kongressmitgliedern zusammen und warb nicht zuletzt für die (auch durch die US-Seite finanziell ungeschmälernte) Fortführung der bilateralen Austauschprogramme, namentlich des Parlamentarischen Patenschafts-Programms des Deutschen Bundestages mit dem US-Kongress. Gegenstand ihrer Gespräche in New York waren aktuelle Entwicklungen in den Vereinten Nationen. In Boston nahm sie an der „German American Conference at Harvard“ teil und hielt einen Vortrag („Quo vadis, Transatlantic Relations?“).

Bundestagsvizepräsidentin Roth unternahm im Anschluss an die Versammlung der Interparlamentarischen Union in Bangladesch im April 2017 eine Reise nach Bhutan und Nepal. In beiden Ländern standen die Themen Demokratisierung und Menschenrechte sowie Umwelt- und Klimaschutz im Vordergrund. Ein Schwerpunkt der Gespräche in Nepal lag dabei auf dem fortdauernden inneren Versöhnungsprozess nach jahrelangem Bürgerkrieg sowie auf der Bewältigung der Folgen des Erdbebens von 2015. In Bhutan standen hingegen die Fortentwicklung und Festigung der jungen bhutanischen Demokratie im Mittelpunkt der Gespräche. Ferner informierte sich die Vizepräsidentin über die regionalpolitische Gesamtlage im Hinblick auf die Nachbarschaft beider Länder zu den Staaten China und Indien.

Im Mai 2017 reiste Vizepräsident Johannes Singhammer nach Bosnien und Herzegowina. In Sarajewo und Banja Luka traf er mit Gesprächspartnern aus Regierung und Parlament des Gesamtstaates, der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Republika Srpska zu politischen Gesprächen zusammen. Überdies sprach er mit Vertretern verschiedener Religionen und Konfessionen.

Im Juni 2017 reiste Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert auf Einladung seiner serbischen Amtskollegin Maja Gojković mit einer Delegation zu einem offiziellen Besuch nach Serbien, wo er eine Rede vor dem Plenum der Nationalversammlung hielt. Hierbei unterstrich er, dass Deutschland bereit sei, Serbien auf seinem Weg in die Europäische Union zu unterstützen. Entscheidend für diese Beitrittsperspektive sei jedoch, dass neben wirtschaftlichen vor allem auch politische und institutionelle Reformen umgesetzt würden.

Mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Dr. Hans-Peter Bartels, besuchte Präsident Prof. Dr. Norbert Lammert im Juli 2017 das rund 450 Angehörige zählende deutsche Bundeswehrkontingent (im Rahmen der NATO Battle Group „Enhanced Forward Presence“) in Litauen. Er nutzte den Aufenthalt auch zu Gesprächen mit der Staatspräsidentin, dem Parlamentspräsidenten und dem Regierungschef Litauens über aktuelle sicherheits- und europapolitische Entwicklungen in der Region.

Im Juli 2017 reiste Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt nach New York, um sich über den Stand der Errichtung der German Academy New York zu informieren. Hierzu führte sie Gespräche mit Gründungsvorstandsmitgliedern sowie möglichen Förderern, Kooperationspartnern und Nutzern der Kultureinrichtung.

Gedenken und Erinnerungskultur / Interkultureller Dialog

Bundestagspräsident Lammert reiste im November 2015 zum 60-jährigen Bestehen des Goethe-Instituts Thessaloniki nach Griechenland. Im Rahmen dieses Aufenthalts kam er auch mit dem Bürgermeister der Großstadt sowie Vertretern ihrer jüdischen Gemeinde zusammen.

Im Januar 2016 reiste Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau nach London, um mit britischen Parlamentariern die ICCA-Konferenz (Inter-parliamentary Coalition for Combating Antisemitism) im März 2016 in Berlin vorzubereiten.

Vizepräsidentin Claudia Roth nahm im April 2016 an der Gedenkzeremonie aus Anlass des Jahrestages der Deportation der „Kinder von Izieu“ im französischen Izieu teil und hielt eine Rede im Gedenken an die Opfer.

Im April 2016 nahm Vizepräsident Johannes Singhammer anlässlich des 1050. Jubiläums der Christianisierung Polens an den zentralen Feierlichkeiten von Regierung und Parlament in Posen teil.

Im Mai 2016 und ebenso im Mai 2017 nahm Vizepräsidentin Petra Pau anlässlich des 71. bzw. 72. Jahrestages der Befreiung an der Internationalen Gedenk- und Befreiungsfeier der KZ-Gedenkstätte Mauthausen in Österreich teil.

Vizepräsident Johannes Singhammer vertrat im Mai 2016 den Deutschen Bundestag bei den Feierlichkeiten zum hundertjährigen Weltkriegsgedenken in Verdun in Frankreich.

Im Oktober 2016 reiste Vizepräsident Johannes Singhammer ins russische Kaliningrad, wo er anlässlich der Enthüllung einer Skulptur des Künstlers Ram Katzir zu Ehren von Hannah Arendt im Museum Friedländer Tor eine Rede hielt. Ferner standen ein ökumenisches Treffen mit Vertretern christlicher Kirchen und der jüdischen Gemeinde, Begegnungen mit dem Interimsdirektor des Deutsch-Russischen Hauses, dem Vorsitzenden der Vereinigung der Russlanddeutschen sowie mit Teilnehmern des Jugendparlaments Bonn-Kaliningrad und des Gottsched-Kolloquiums auf dem Programm.

Auf Einladung von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer nahm Vizepräsident Johannes Singhammer im Oktober 2016 an dem „Festakt im Gedenken an das Jahr 1956“ als „das Jahr der Freiheit in Ungarn“ teil. Dort traf er mit dem Zweiten Nationalratspräsidenten Österreichs, Karl-Heinz Kopf, und dem Vizepräsidenten der Ungarischen Nationalversammlung, Dr. Gergely Gulyás, zusammen.

Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert und Vizepräsident Johannes Singhammer reisten am 1. Juli 2017 nach Straßburg in Frankreich und nahmen an dem europäischen Trauerakt für Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl im Plenarsaal des Europäischen Parlaments teil.

3. Reisen der Ausschüsse sowie Gegenbesuche

Die Reisen sowie Gegenbesuche der Ausschüsse dienten vornehmlich dazu, Erfahrungen zu wichtigen und aktuellen politischen Themen auszutauschen und Erkenntnisse für die eigene Arbeit zu gewinnen. Gesprächspartner waren insbesondere die korrespondierenden Ausschüsse und andere Mitglieder der ausländischen Parlamente, daneben Vertreter der Regierungen, andere Gruppen und Personen des öffentlichen Lebens sowie Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und von Verbänden.

In den folgenden Abschnitten werden die Reisen und Gegenbesuche ausländischer Parlamentarierdelegationen nach den einzelnen Ausschüssen gegliedert aufgeführt. Die internationalen Aktivitäten wurden unter Bezugnahme auf die inhaltlichen Schwerpunkte des jeweiligen Gremiums dargestellt, wobei sie exemplarisch aufgeführt sind. Es handelt sich demnach nicht um eine vollständige Auflistung aller Aktivitäten.

Auswärtiger Ausschuss

Die Beratungen im Auswärtigen Ausschuss in der zweiten Hälfte der Wahlperiode wurden durch die britische Entscheidung zum Austritt aus der Europäischen Union und die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA maßgeblich beeinflusst. Die möglichen außenpolitischen Auswirkungen beider Ereignisse bestimmten auch die gemeinsamen Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses mit den Ausschüssen für Auswärtige Angelegenheiten des französischen und des polnischen Parlaments im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ im September 2016 in Berlin und mit dem französischen Partnerausschuss im Januar 2017 in Paris, in deren Zentrum zum einen die Folgen des „Brexit“ für die internationale Stellung der EU und zum anderen die Zukunft der transatlantischen Beziehungen standen.

Der offizielle Besuch einer vom Vorsitzenden geleiteten Delegation des Auswärtigen Ausschusses in Israel Ende Februar 2016 auf Einladung des Ausschusses für Auswärtiges und Verteidigung der Knesset bildete den Auftakt zu einem von beiden Seiten vereinbarten regelmäßigen Meinungsaustausch, der mit dem Gegenbesuch einer israelischen Delegation Ende März 2017 fortgesetzt wurde. Bei den Gesprächen standen die aktuellen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten und der israelisch-palästinensische Konflikt im Vordergrund. Beide Delegationen wurden bei ihren Besuchen auch von Regierungsseite hochrangig wahrgenommen. Während die deutsche Delegation von Premierminister und Außenminister Benjamin Netanyahu empfangen wurde, traf die israelische Delegation mit dem Bundesminister des Auswärtigen und der Bundesministerin der Verteidigung zusammen.

Abgeordnete des Unterausschusses für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln informierten sich im April 2016 bei den Vereinten Nationen in New York über neue Konzepte zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung. Die Suche nach einem friedlichen Weg aus dem Konflikt um die abtrünnigen Regionen Südossetien und Abchasien stand im Zentrum einer Delegationsreise des Unterausschusses nach Georgien im Februar 2017.

Eine Delegation des Unterausschusses Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung informierte sich Ende August/Anfang September 2015 in New York über die Umsetzung der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ durch die Vereinten Nationen, über den Stand des Prozesses zur Reform der Weltorganisation und ihre Fähigkeit, in aktuellen Krisen ihrer Verantwortung für Frieden und Sicherheit nachzukommen.

Die Delegationsreisen des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nach Kuba im Oktober 2015 und nach Polen im März 2017 dienten der Unterrichtung über künftige Perspektiven der bilateralen kultur- und bildungspolitischen Zusammenarbeit. Die gemeinsame Sitzung mit Mitgliedern des Kulturausschusses des Europäischen Parlamentes in Berlin im April 2017 bot die Gelegenheit, sich über die europäische Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zu informieren.

Delegationen des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung reisten im Oktober 2016 nach Moskau und im Juni 2017 nach Israel, um Aussichten für Abrüstungspolitische Initiativen im jeweiligen regionalen Kontext zu erörtern.

Innenausschuss

Die Beratungen zur Flüchtlingspolitik veranlassten den Innenausschuss, im April 2016 eine Delegationsreise nach Griechenland und im Februar 2017 eine Delegationsreise in die Türkei durchzuführen. In Griechenland informierte sich die Delegation vornehmlich an der EU-Außengrenze über die Migrationssituation. Hierzu wurden der griechisch-mazedonische Grenzort Idomeni, der aufgrund der Schließung der Balkanroute im Fokus der Öffentlichkeit stand, und die Insel Lesbos aufgesucht, über die sich der Flüchtlingsstrom nach Schließung der türkisch-griechischen Grenze verlagert hatte. Für die Reise in die Türkei bildete das EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen den Referenzpunkt. Informationen zur konkreten Umsetzung des Abkommens standen hierbei ebenso im Vordergrund wie die Flüchtlingsversorgung. Die Delegation besuchte unter anderem ein Flüchtlingszentrum in Kırklareli an der türkisch-bulgarischen Grenze, das von den griechischen Inseln rückgeführte Flüchtlinge aufnimmt. Die einzelnen Stationen beider Reisen wurden umrahmt durch Gespräche mit internationalen Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen, die in der Migrationshilfe aktiv sind.

Angesichts zunehmender Berichte zu Mafia-Aktivitäten und sich in Deutschland aufhaltender Mafia-Mitglieder reiste eine Delegation im April 2017 nach Italien. Schwerpunkt dieser Reise war ein Informations- und Meinungsaustausch über gesetzliche Verbesserungen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität einschließlich der europäischen Zusammenarbeit. Neben Unterrichtungen im Innenministerium hatten die Delegationsteilnehmer Besprechungen mit italienischen Abgeordneten des Ausschusses für die öffentliche Sicherheit und der Parlamentarischen Antimafiakommission sowie mit den Präsidenten der nationalen Direktion zur Ermittlung der Organisierten Kriminalität (D.I.A.) und der Antikorruptionsbehörde (A.N.A.C.).

Sportausschuss

Eines der Kernthemen des Sportausschusses in der 18. Wahlperiode war die konstruktiv-kritische Begleitung der Reform des Spitzensportfördersystems in Deutschland, die hauptsächlich zwischen dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und dem Bundesministerium des Innern erarbeitet wurde. Olympische und Paralympische Spiele sind die wichtigsten sportartübergreifenden Multisport-Großereignisse und können als Gradmesser für die Leistungsfähigkeit des deutschen Spitzensportsystems im internationalen Vergleich dienen. Delegationsreisen im

August und September 2016 zu den Olympischen und Paralympischen Spielen in Rio de Janeiro haben es ermöglicht, hierzu mit deutschen Athleten, Trainern und Verbandsvertretern intensiv zu diskutieren und darüber hinaus den internationalen Dialog zu suchen. Hierzu boten sich sowohl die Besuche von Wettkämpfen mit vordringlich deutscher Beteiligung als auch eine Vielzahl von offiziellen Empfängen an. Insbesondere gegenüber internationalen Gesprächspartnern verwiesen die Mitglieder des Ausschusses stets auf die Bedeutung der Bekämpfung des Dopings und das hierfür als weltweit vorbildhaft zu bezeichnende, vom Deutschen Bundestag 2015 verabschiedete Anti-Doping-Gesetz. Die Integrität bedeutender internationaler Sportverbände, darunter auch die des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), ist unter anderem durch eine Vielzahl bei von Doping- und Korruptionsfällen, mangelnde Transparenz, undurchsichtige Vergabeverfahren und fehlende Nachhaltigkeitsfaktoren der Planung und Durchführung sportlicher Großveranstaltungen schwer beschädigt. Gespräche mit Vertretern nationaler und internationaler Verbände wurden dazu genutzt, grundsätzlich und ausnahmslos auf die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten und die Achtung grundlegender Werte des Sports zu drängen. Darüber hinaus besuchten die Mitglieder des Ausschusses unter anderem das Olympische bzw. Paralympische Jugendlager sowie ein durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterstütztes Jugendsozialprojekt zur Entwicklung im und durch Sport.

Bereits im Oktober 2015 hatte eine Delegation des Ausschusses mit der World-Anti-Doping-Agency (WADA) in Montreal/Kanada die Reform des WADA-Codes vor dem Hintergrund deutscher Erfahrungen und dem Entwurf des deutschen Anti-Doping-Gesetzes diskutiert. Der anschließende Aufenthalt sowohl in Los Angeles als auch in Washington galt der Erkundung des damals noch in der Konkurrenz zu Hamburg stehenden Bewerbungsprozesses um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2024/28.

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Um die Ausschussthemen Verbraucherdatenschutz und Urheberrecht ging es bei einer Delegationsreise im Oktober 2015 in die Vereinigten Staaten von Amerika. Beide Bereiche wurden aus staatlicher Sicht (Reichweite des Zugriffs durch öffentliche Stellen) und aus privater Sicht (Reichweite der wirtschaftlichen Nutzung und Schutz von Verbrauchern) behandelt. Bezugspunkte waren u. a. Rechtsetzungsvorhaben der Europäischen Union (Datenschutzgrundverordnung, Digitaler Binnenmarkt) sowie Übereinkommen der Europäischen Union mit den USA zu Datenspeicherungen und Datenübermittlungen.

Im Mittelpunkt des Interesses einer Delegationsreise nach Argentinien und Chile im Oktober 2016 standen die juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Militärdiktaturen, die in beiden Ländern Leib, Leben, Freiheit und weitere Rechte der Menschen verletzt hatten. In Chile konzentrierten sich die Abgeordneten auf die Lage der Opfer der Sekte Colonia Dignidad, zu denen Chilenen und frühere Mitglieder der Sekte mit deutscher Staatsangehörigkeit sowie deren Nachkommen gehören. In Argentinien befasste sich die Delegation zudem mit den Auswirkungen der Verwendung des Pflanzengiftes Glyphosat.

Thematische Schwerpunkte für eine Delegation des Ausschusses in Israel und in den Palästinensischen Gebieten im Februar 2017 waren der israelische Siedlungsbau sowie Fragen der Einhaltung der Menschenrechte durch Israel im Westjordanland. Neben zahlreichen Gesprächen mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Gesprächspartnern verschafften sich die Abgeordneten in Jerusalem, Ramallah und Hebron einen eigenen Eindruck von der dortigen Menschenrechtsslage.

Der Unterausschuss Europarecht setzte auch in diesem Berichtszeitraum seine Praxis fort, sich bei Institutionen, die für die Entwicklung des EU-Rechts eine Rolle spielen, über deren Tätigkeit und aktuelle Problemstellungen zu informieren. Vor dem Hintergrund der Diskussion um Streitbeilegungsverfahren im Rahmen von EU-Freihandelsabkommen reisten Mitglieder des Unterausschusses im April 2016 nach Genf und informierten sich bei der Internationalen Handelsorganisation (WTO) und der Weltorganisation für Geistiges Eigentum (WIPO) über bestehende internationale Streitbeilegungsmechanismen. Eine weitere Delegation des Unterausschusses besuchte im März 2017 den Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg.

Finanzausschuss

Waren die internationalen Aktivitäten des Finanzausschusses in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode durch Fragestellungen der immer noch andauernden Bewältigung der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt, so traten diese im jetzigen Berichtszeitraum etwas in den Hintergrund.

So standen im Mittelpunkt der Gespräche bei den Jahresversammlungen von IWF und Weltbank im Oktober 2015 in Lima und im Oktober 2016 in Washington D. C. Fragen der wirtschaftlichen Abschwächung in den Schwellenländern, die Erhöhung der finanziellen Mittel zur Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens sowie weitere Reformschritte zur Vermeidung künftiger Krisen an den Finanzmärkten.

Der sogenannte Brexit und damit die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit insgesamt waren Anlass einer Delegationsreise des Ausschusses nach London im Juni 2017. Dabei versuchten sich die Abgeordneten einen Überblick darüber zu verschaffen, mit welchen Folgen für die europäische Finanz- und Steuerpolitik zu rechnen ist und ob man einen Steuerwettbewerb mit den EU-Staaten befürchten muss.

Fragen der nationalen wie auch der internationalen Steuer- und Finanzpolitik gehörten ebenfalls zu den zentralen Themen, die eine Delegation des Ausschusses im Oktober 2015 mit den Mitgliedern des korrespondierenden Ausschusses des japanischen Parlaments und Vertretern des japanischen Finanzministeriums in Tokio erörterte. Die Niedrigzinspolitik der japanischen Zentralbank, das schwache Wirtschaftswachstum und die hohe Staatsverschuldung Japans waren weitere Gesprächsthemen.

Die Überwindung der Wachstumsschwäche und der Abbau des französischen Haushaltsdefizits standen auch im Mittelpunkt der Gespräche, die Abgeordnete des Ausschusses im März 2016 in Paris mit dem Finanzausschuss der Assemblée nationale führten.

Unter ganz anderen Vorzeichen fanden die Gespräche statt, die Mitglieder des Finanzausschusses im Juni 2016 in Athen bzw. im Juni 2017 in Rom führten. Im Mittelpunkt dieser beiden Reisen standen Fragen der Bewältigung der Staatsschuldenkrise sowie der Stabilität des Banken- und Finanzsektors.

Die Möglichkeiten und Konsequenzen der Digitalisierung der Finanzwirtschaft und damit Zukunftsfragen standen im Fokus von Gesprächen, die eine Delegation im September 2016 in den USA und hier insbesondere im Silicon Valley mit Anbietern von Bezahl Diensten, Vertretern von FinTechs, Finanzinstituten und Wissenschaftlern führte.

Im Gegenzug empfing der Finanzausschuss eine Reihe von Delegationen und Gästen zu Gesprächen, u. a. aus Korea, China, Großbritannien, Frankreich und Mosambik. Die Palette der im Rahmen dieser Gespräche erörterten Themen reichte vom Aufbau der deutschen Steuer- und Finanzverwaltung, Fragen der Banken- und Kapitalmarktunion, Bekämpfung der Geldwäsche, Finanztransaktionssteuer bis hin zum Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union.

Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss ist aufgrund seiner Zuständigkeiten für den Gesamtetat und für alle kostenwirksamen Einzelmaßnahmen in sämtlichen politischen Fachgebieten tätig, was sich auch in seinen internationalen Aktivitäten im Hinblick auf die unterschiedlichsten Themen und Politikfelder widerspiegelt. So reisten im Berichtszeitraum u. a. zwei Delegationen in afrikanische Länder, die im Rahmen der Ausstattungshilfe Materialien und Beratungshilfe der Bundeswehr erhalten. Besucht wurden im Februar 2016 Tansania und im Februar 2017 der Senegal und Mali. Bei diesen Reisen wurde den Delegationsteilnehmern im Rahmen von konkreten Projekten die Effektivität der deutschen Hilfe dargestellt. Um die Bundeswehr ging es auch bei einer Delegationsreise im Oktober 2016 nach Spanien und Israel. Der Fokus lag hier jedoch auf militärischen Beschaffungsvorhaben.

Chancen und Risiken der US-amerikanischen Haushalts- und Finanzpolitik, die Tragfähigkeit der US-Staatsschulden sowie Gespräche bei IWF und Weltbank standen im Mittelpunkt des Interesses einer Delegationsreise, die im Mai 2016 nach Washington führte.

Um sich u. a. über die Arbeit der Anfang 2016 in Peking eröffneten Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank zu informieren, an der die Bundesrepublik Deutschland nach China, Indien und Russland der viertgrößte und gleichzeitig größte nichtregionale Anteilseigner ist, machte sich im Mai 2016 eine Delegation auf den Weg in die chinesische Hauptstadt.

Die im Haushaltsausschuss für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zuständigen Berichtersteller hielten sich im Februar 2017 in Äthiopien, Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo auf, wo sie sich umfassend über den aktuellen Stand der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und die künftige Ausrichtung bilateraler und multilateraler Unterstützungsmaßnahmen informierten sowie die Lage der afrikanischen Binnenflüchtlinge diskutierten.

Um der fortschreitenden Entwaldung und dem illegalen Holzeinschlag entgegenzuwirken, fördert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Rahmen des Titels „Internationale nachhaltige Waldbewirtschaftung“ bilaterale Forstprojekte in Partnerländern. Über die Förderung wegweisender Pilotinitiativen zur Verbreitung von Modellen nachhaltiger Waldwirtschaft informierten sich Delegationen bei Reisen im Mai 2016 nach Brasilien, im August 2016 nach China, im Januar 2017 ins südliche Afrika und im Mai 2017 nach Russland.

Europapolitische Fragestellungen waren ein weiterer Themenschwerpunkt im aktuellen Berichtszeitraum. Maltas Vorsitz im Rat der Europäischen Union sowie die drängenden Herausforderungen durch die fortbestehenden Flüchtlingsbewegungen wurden bei einer Reise im April 2017 in die Republik Malta behandelt. Darüber hinaus waren die Obleute des Haushaltsausschusses im Mai 2017 in Großbritannien, um sich mit Gesprächspartnern aus Politik und Wissenschaft über die anstehenden Brexit-Verhandlungen auszutauschen.

Eine Delegation des Rechnungsprüfungsausschusses reiste im Oktober 2015 in die USA, wo sie sich in Washington und in New York ein Bild von der Budgetkontrolle im amerikanischen Haushaltssystem sowie der Mittelbewirtschaftung der UNO und die Kandidatur des Bundesrechnungshofes für das UN Board of Auditors machte. Auf Einladung des nationalen Parlaments besuchte im Juni 2016 eine Delegation des Rechnungsprüfungsausschusses Georgien. Schwerpunkte der Beratungen waren die Verfassungsreform und die Stärkung der parlamentarischen Finanzkontrolle. Im Anschluss reiste die Delegation weiter nach Armenien, wo ebenfalls die konstitutionelle Verankerung einer unabhängigen Rechnungsprüfung im Mittelpunkt der Gespräche stand.

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Die Förderung von Start-up-Unternehmen sowie wirtschafts-, infrastruktur- und energiepolitische Fragen führte eine Delegation des Ausschusses im Oktober 2015 nach Israel mit den Zielen Jerusalem, Tel Aviv, Ashdod und Beer Sheva. Im April 2016 reisten Mitglieder des Ausschusses nach Südafrika und Mosambik, um Gespräche zur wirtschaftlichen Entwicklung der Länder, zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und Investitionsbedingungen, zum Engagement deutscher Firmen sowie zu den regionalen Wirtschaftsbeziehungen zu führen.

Insbesondere um handelspolitische Themen ging es einer Ausschussdelegation im Oktober 2016 in den USA. Neben Washington D.C. für die politischen Gespräche besuchte die Delegation Pittsburgh, um sich über die dortige Schiefergasförderung zu informieren. In der Wirtschaftsmetropole im Südosten der USA (North und South Carolina) standen das wirtschaftliche Engagement, die Rahmenbedingungen sowie die Perspektiven deutscher Unternehmen im Zentrum der Gespräche. Ziel der Weiterreise nach Kuba war die Sondierung der Geschäftsmöglichkeiten und Investitionsbedingungen für die deutsche Wirtschaft, insbesondere bei den erneuerbaren Energien.

Themenschwerpunkte der Delegationsreise nach Kuwait, Bahrain und Oman im Februar 2017 waren neben politischen Gesprächen mit den jeweils korrespondierenden Ausschüssen in den Parlamentskammern und in den Wirtschafts- und Energieministerien die Infrastruktur- und Energiepolitik sowie die Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Schließlich fuhren Mitglieder des Ausschusses im April 2017 ins russische Nowy Urengoi im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen, wo sich ca. 90 Prozent der russischen Erdgasreserven befinden, sowie nach Moskau zu politischen Gesprächen über die deutsch-russischen Energiebeziehungen.

Aufgrund der traditionell sehr intensiven und vielschichtigen Beziehungen des Bundestages zur französischen Nationalversammlung fand im November 2015 ein Gegenbesuch des Ausschusses anlässlich einer auswärtigen Sitzung in Paris mit dem korrespondierenden Ausschuss der Assemblée nationale zu energiepolitischen Themen statt.

Im Berichtszeitraum verzeichnete der Ausschuss am Sitz des Deutschen Bundestages eine hohe Zahl internationaler Besucher. Neben mehreren Treffen mit Mitgliedern der Europäischen Kommission wurden unter anderem hochrangige Delegationen aus Finnland, Großbritannien, dem Iran, Kanada, den Philippinen, Portugal, Russland, Saudi Arabien, der Türkei und der Ukraine empfangen. Gesprächsthemen waren insbesondere die Handelspolitik, die jeweiligen bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und Fragen zur deutschen Energiewende.

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Im Rahmen seiner internationalen Aktivitäten beschäftigte sich der Ausschuss unter anderem mit Fragen der nachhaltigen Produktion im Agrar- und Ernährungsbereich, den Entwicklungsmöglichkeiten ländlicher Räume, der Agrar- und Ernährungsforschung, den Vermarktungsmöglichkeiten von agrarischen Produkten, den Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung.

Thematischer Schwerpunkt einer Delegationsreise im Oktober 2015 nach Malaysia und Vietnam war die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern sowie die nachhaltige Produktion im Agrar- und Ernährungsbereich unter besonderer Berücksichtigung von Palmöl, Reis und Fisch aus Aquakulturen. Die Entwicklungsmöglichkeiten agrarisch geprägter ländlicher Räume, die Vermarktungsmöglichkeiten von agrarischen Produkten sowie der Umgang mit gentechnisch veränderten Nutzpflanzen standen im Zentrum einer Delegationsreise, die den Ausschuss im April 2016 nach Mexiko führte. Bei Delegationsreisen in die ukrainische Hauptstadt Kiew im Mai 2016 sowie nach Moskau im Oktober 2016 führte der Ausschuss Gespräche mit Parlaments- und Regierungsvertretern im Rahmen des Deutsch-Ukrainischen Agrarpolitischen Dialogs bzw. des Deutsch-Russischen Agrarpolitischen Dialogs.

Im Oktober 2016 reiste eine Delegation des Ausschusses nach Griechenland, wo es um die Fördermöglichkeiten für die Diversifizierung der Tätigkeiten im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich, die Rolle von Genossenschaften zur Stärkung bäuerlicher Betriebe und die universitäre Agrar- und Ernährungsforschung ging. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft, die Bedeutung von Landreformen für den Agrarsektor im südlichen Afrika und die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung bildeten den thematischen Pfeiler einer Delegationsreise im April 2017 nach Südafrika und Namibia. Im Fokus einer Delegationsreise nach Bulgarien im Mai 2017 standen die Einhaltung von Tierschutzvorschriften beim Export von lebenden Nutztieren aus der EU in Drittländer, der Ökolandbau sowie die Vorbereitungen des Landes auf seine erste Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union im ersten Halbjahr 2018 sowie seine Funktion als Partnerland der Internationalen Grünen Woche im Januar 2018 in Berlin.

Im Berichtszeitraum empfing der Ausschuss zahlreiche internationale Gäste im Deutschen Bundestag. Hierzu gehörten der neuseeländische Sonderbeauftragte für Agrarhandel, der brasilianische Landwirtschaftsminister, Vertreter der Landesregierung von Yucatán (Mexiko), der Vorsitzende des Ausschusses für Agrarpolitik und Bodenangelegenheiten des ukrainischen Parlaments und Mitglieder des „Club der Agrardiplomaten in Deutschland“, den bei 29 Botschaften in Berlin akkreditierten Agrarattachés. Des Weiteren gab es Begegnungen mit einer Delegation von Parlamentariern aus Australien, der Republik Indonesien, der französischen Nationalversammlung, des kasachischen Parlaments sowie mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Agrarausschusses des Förderationsrates und dem stellvertretenden Landwirtschaftsminister der Russischen Föderation.

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Die Reisen des Ausschusses dienten im Berichtszeitraum ganz überwiegend der Begleitung von Gesetzesberatungen sowie der Information über Auswirkungen politischer Entscheidungen. So informierte sich im Oktober 2015 eine Delegation des Ausschusses in Israel über das dortige soziale Sicherungssystem. Von besonderem Interesse waren dabei die soziale Lage der Holocaust-Überlebenden sowie die administrative Umsetzung der aus Deutschland gezahlten Renten.

In Vorbereitung der Gesetzesberatungen zu einem Bundesteilhabegesetz besuchten die behindertenpolitischen Sprecher der Fraktionen Anfang April 2016 das österreichische Bundesland Vorarlberg, um sich dort über besonders interessante Projekte der Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt zu informieren.

Drei weitere Reisen des Ausschusses im Mai 2015 nach Dänemark, im Februar 2017 nach Österreich sowie im Mai 2017 in die Niederlande standen ganz im Zeichen der rentenpolitischen Diskussion. Die Auswahl dieser Länder erfolgte bewusst, da sie sehr unterschiedliche rentenpolitische Konzepte verfolgen und insbesondere die Systeme in Dänemark und in den Niederlanden in den internationalen Rankings Spitzenpositionen einnehmen, während Österreich ein Rentensystem hat, welches in besonderem Maße auf die erste Säule setzt. In allen Ländern ging es schließlich auch um die Frage der Bewältigung demographischer Herausforderungen, also insbesondere um die Anhebung des Renteneintrittsalters, und der finanziellen Nachhaltigkeit der Alterssicherungssysteme.

Um ein gemeinsames Thema ging es auch bei zwei Delegationsreisen im Oktober 2016 nach Griechenland und im Mai 2017 nach Portugal, nämlich um die Frage der sozialen und beschäftigungspolitischen Auswirkungen der von EU und IWF verlangten Haushaltskonsolidierungsforderungen – zumal es in Teilen der politischen und öffentlichen Diskussion teilweise heftige Kritik an der Austeritätspolitik gibt. Hinzu kommt, dass beide Länder mit einem erheblichen Armutsproblem sowie der Auswanderung insbesondere gut ausgebildeter junger Menschen – auch nach Deutschland – zu tun haben. In beiden Ländern informierte sich die Delegation dabei auch über Unterstützungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit bei der Reform der öffentlichen Arbeitsmarktverwaltung sowie über Beratungstätigkeiten deutscher Stellen beim Aufbau eines Systems der dualen Berufsausbildung.

Das angesichts der enormen Herausforderungen für den Ausschuss immer gewichtiger Thema „Arbeit 4.0“ und die damit verbundene politische und gesellschaftliche Diskussion veranlasste den Ausschuss, im Mai 2016 die USA zu besuchen, um sich in Kalifornien bei Unternehmen wie Google, airbnb, Cisco, der Stanford University, weiteren Startups sowie McKinsey über die Auswirkungen der Digitalisierung und anderer technologischer Entwicklungen auf die weitere Globalisierung zu informieren, insbesondere aber auch über die Art der Arbeitsverhältnisse und die Arbeitsbedingungen der Zukunft. Dabei wurde deutlich, dass die Digitalisierung schon sehr bald einen erheblichen Wandel tradierter Strukturen in der Arbeitswelt hervorrufen wird.

Verteidigungsausschuss

Auch in der zweiten Hälfte der 18. Wahlperiode standen Besuche der Mitglieder des Ausschusses in den Einsatzgebieten der Bundeswehr im Vordergrund seiner internationalen Aktivitäten. Ziel dieser Besuche ist es, sich vor Ort ein Bild von dem Stand der Auftragserfüllung der im Ausschuss wiederkehrend beratenen Mandate zu verschaffen und sich über die Einsatzbedingungen der deutschen Soldatinnen und Soldaten zu informieren. Daneben galt die Reisetätigkeit des Ausschusses der Verstärkung der guten Kontakte zu europäischen Partnerausschüssen und anderen Parlamentariern.

Die Reisen in die Einsatzgebiete erfolgten aufgrund der besonderen Rahmenbedingungen stets in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium der Verteidigung. So begleiteten Ausschussdelegationen Mitglieder der Bundesregierung zu verschiedenen, im politischen Fokus stehenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Eine eigenständige Delegation des Ausschusses besuchte im Oktober 2016 die Türkei, um in Ankara Gespräche mit Parlamentariern und Regierungsvertretern zu führen sowie das deutsche Einsatzkontingent der Operation COUNTER DAESH am Luftwaffenstützpunkt Incirlik und das Allied Land Command der NATO in Izmir zu besuchen. Im März 2017 bereiste der Ausschuss das Baltikum und besuchte dabei auch die einsatzgleiche Verpflichtung der Enhanced Forward Presence in Litauen sowie die auf dem estnischen Luftwaffenstützpunkt Ämari stationierten deutschen Einheiten.

Ein weiteres Augenmerk galt der Vertiefung der parlamentarischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. So reisten Delegationen des Verteidigungsausschusses im April 2016 in die USA, im Mai 2016 nach Frankreich, im Juni 2016 nach Israel sowie in die Palästinensischen Gebiete und im April 2017 nach Großbritannien, um Gespräche mit Parlamentariern und Regierungsvertretern zu führen. Bei dem Besuch in Paris wurde vor allem der regelmäßige Dialog mit den beiden französischen Verteidigungsausschüssen weiter vertieft.

Ebenso empfing der Ausschuss eine Vielzahl an internationalen Parlamentarier-, Regierungs- und Militärdelegationen in Berlin und führte mit diesen Gespräche zur aktuellen Lage in deren Heimat sowie zum System der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte in Deutschland. Daneben traf der Ausschuss mit dem NATO-Generalsekretär und weiteren hochrangigen Vertretern der NATO zusammen.

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Integration von Flüchtlingen standen bei einer Delegationsreise des Ausschusses nach Dänemark und Schweden im April 2016 im Vordergrund. Die Mitglieder der Delegation bewerteten in Kopenhagen das gemeinsame Projekt des Bauunternehmens NCC und des Integrationsnetzes als positives Beispiel für Integrationsarbeit. Gute Ansätze sah man auch beim Besuch dreier sozialer Projekte im Stockholmer Randstadteil Rinkeby-Kista. Allerdings zeigte sich auch, dass bei einem Anteil der Einwanderinnen und Einwanderer von 90 Prozent an der Bevölkerung dieses Stadtteils, einer schwierigen Wohnungssituation und einer hohen Kriminalitätsrate nicht von einer gelungenen Integration gesprochen werden kann. Be-

sonders positiv wurde von der Delegation das Frauenintegrationsprojekt „Livstycket“ in Stockholm aufgenommen, bei dem unter professioneller Anleitung u. a. Stoffdrucke und Design entworfen werden. In Gesprächen mit dem Arbeitnehmerdachverband LO und den Staatssekretärinnen im Gesundheits- und Sozialministerium wurde den Bundestagsabgeordneten das sehr flexible schwedische Elternversicherungssystem erläutert, wobei jedoch auch deutlich wurde, dass Deutschland bei den familienpolitischen Maßnahmen in den vergangenen Jahren stark aufgeholt hat. Bei einem Besuch der Firma Ericsson in Stockholm sahen die Abgeordneten deren kooperativen Umgang mit den Beschäftigten und deren Flexibilität bei Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als vorbildlich an. Die Frage der Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen war sowohl bei einem Gespräch mit schwedischen Parlamentariern als auch bei einem Gespräch im dänischen Folketing ein wichtiges Thema. In beiden Ländern kam schließlich auch das Thema frühkindliche Bildung zur Sprache.

Die Kinderkommission hat im Dezember 2015 eine zweitägige Delegationsreise nach Belgien unternommen. Ein Schwerpunkt lag beim Thema Inklusion, mit dem sich die Kinderkommission seit vielen Jahren befasst. Hierzu traf sich die Delegation mit Vertreterinnen und Vertretern einer deutschen Auslandsschule sowie einer belgischen Inklusionsschule, um sich über die dortigen Erfahrungen mit der Umsetzung der Inklusion berichten zu lassen. Im Weiteren informierte sich die Kinderkommission darüber, inwieweit die Kinderrechte im europäischen Ausland Beachtung finden und das Europäische Parlament die Belange der Kinder würdigt. Innerhalb dieses übergreifenden Themenkomplexes wurden Gespräche mit Abgeordneten des EU-Parlaments, Mitarbeiterinnen der Europäischen Kommission, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Fernsehanstalten sowie Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen zu verschiedenen Einzelthemen geführt. Das besondere Interesse der Delegation galt dem Austausch mit der Kabinettschefin von Kommissarin Věra Jourová zu den Kinderrechten der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Im Europäischen Parlament fand ein Gespräch mit ausgewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu den Herausforderungen in der Kinder- und Jugendpolitik statt. Dabei standen die Programme auf EU-Ebene zur Behebung der Jugendarbeitslosigkeit im Mittelpunkt des Interesses der Delegation.

Ausschuss für Gesundheit

Der Ausschuss hat sich im Berichtszeitraum intensiv mit der Digitalisierung des Gesundheitswesens und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten beschäftigt, die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern und dem zunehmenden Kostendruck effektiv zu begegnen. In diesem Zusammenhang haben Delegationen des Ausschusses 2016 im Februar Japan, im Mai die Vereinigten Staaten sowie im Mai 2017 Norwegen und Schweden besucht. In Japan ging es unter anderem darum, für den derzeit stattfindenden Aufbau einer Telematik-Infrastruktur in Deutschland von den japanischen Erfahrungen in diesem Bereich zu profitieren. Da der Pflegebereich angesichts des zunehmenden Alterns der Bevölkerung immer mehr an Bedeutung gewinnt, haben sich die Delegationsmitglieder zudem über den Einsatz von Pflegerobotern informiert. Im Silicon Valley im amerikanischen Kalifornien haben sich die Abgeordneten mit Vertretern weltweit führender IT-Konzerne getroffen, um das Potenzial digitaler Lösungen im Gesundheitswesen zu erörtern. Neben den Verbesserungsmöglichkeiten der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung standen die Auswirkungen digitaler Anwendungen auf die Forschung sowie mögliche Kosteneinsparungen im Fokus. Norwegen und Schweden, zwei Länder mit hoher IT-Affinität, haben mit der Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegesektor begonnen, so dass die Delegation sich vor Ort über die Wirksamkeit elektronischer Rezepte oder die elektronische Patientenakte informieren konnte. Innovative Technologien und der Ausbau der Telemedizin insbesondere zur Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in ländlichen Regionen waren auch inhaltliche Schwerpunkte der Delegationsreisen nach Washington D.C. und Wien im Juni bzw. Oktober 2016.

Des Weiteren hat sich der Ausschuss im Rahmen verschiedener Gesetzgebungsverfahren mit der Drogenpolitik und insbesondere dem Umgang mit Cannabis befasst. In diesem Zusammenhang ist der Ausschuss im November 2015 mit einer Delegation nach Argentinien und Uruguay gereist. Während Argentinien nach wie vor einen eher repressiven, strafbewehrten Ansatz in der Drogenpolitik verfolgt, hat Uruguay im Jahr 2014 als erstes Land der Welt einen regulierten Markt für die gesamte Wertschöpfungskette von Marihuana geschaffen. Die neue Politik verschiebt den Fokus im Umgang mit Drogen von Strafverfolgung und Repression auf Gesundheit, Prävention und Schadensminimierung.

Seit dem PIP-Brustimplantateskandal ist die Sicherheit von Medizinprodukten ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Gesundheitsausschusses. Da die Sicherheitsstandards der Food and Drug Administration (FDA), der amerikanischen Zulassungsbehörde für Arzneimittel und Medizinprodukte, weltweit als die besten gelten, hat sich der Ausschuss im Rahmen der Delegationsreise nach Washington D.C. über dieses Thema sowie über die Arzneimittelsicherheit informiert.

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Ein wichtiges Themenfeld bei Delegationsreisen des Ausschusses ist die Zusammenarbeit mit anderen Ländern in Verkehrsfragen. Dabei stehen der Betrieb transnationaler Verkehrsverbindungen sowie Kooperationsmöglichkeiten bei Bau, Betrieb und Nutzung von Verkehrsinfrastruktur im Vordergrund. Die Delegationsreisen konzentrierten sich im Berichtszeitraum vor allem auf Nachbarländer beziehungsweise andere EU-Mitgliedsländer, in denen die korrespondierenden Parlamentsausschüsse sowie Vertreter von Ministerien, Unternehmen und Organisationen als fachkompetente Gesprächspartner zur Verfügung standen.

Bei einer Delegationsreise im April 2016 nach Großbritannien (London und Edinburgh) lagen die inhaltlichen Schwerpunkte auf dem Schienenverkehr und auf der Entwicklung des Fernbusverkehrs, insbesondere auf der Gestaltung der Angebote für Reisende und der notwendigen Infrastruktur für Haltepunkte und Bahnhöfe.

Im Vordergrund bei einer Delegationsreise nach Polen im Juni/Juli 2016 stand der grenzüberschreitende Verkehr, der Ausbau der Eisenbahninfrastruktur sowie Logistik und Güterverkehr zwischen beiden Ländern. Der Dialog mit Mitgliedern des polnischen Sejm wurde bei einem Besuch in Berlin im März 2017 fortgesetzt.

Im Mittelpunkt von Delegationsreisen nach Paris (Oktober 2015) und Kopenhagen (November 2016) standen gemeinsame Sitzungen mit dem jeweils für Verkehr zuständigen Parlamentsausschuss. Dabei lag der thematische Schwerpunkt in Kopenhagen auf dem Projekt „Feste Fehmarnbeltquerung“, die Fehmarn (Deutschland) und Lolland (Dänemark) verbinden soll. Ein zentrales Thema war außerdem die Fahrradstrategie der Stadt Kopenhagen.

Im Februar 2017 besuchte eine Delegation des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur Portugal. In Lissabon standen Fragen des Seeverkehrs und der Meerespolitik im Zentrum. Die Delegation besuchte zudem die in Lissabon ansässige Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA). Ein weiterer Themenschwerpunkt der Reise waren Planung, Realisierung, Finanzierung und Verwaltung von Verkehrsinfrastruktur.

Im Vordergrund einer Delegationsreise in Finnlands Hauptstadt Helsinki im Mai 2017 stand das Thema Digitalisierung, insbesondere in den Bereichen Verkehr und öffentliche Verwaltung. Ebenso interessierten sich die Abgeordneten des Ausschusses für den Ausbau der digitalen Infrastruktur in ländlichen Räumen. Darüber hinaus führten sie Gespräche über Themen im Verkehrsbereich, so über die Regulierung neuer Mobilitätsangebote, automatisiertes und vernetztes Fahren, Straßennutzungsgebühren sowie die geplante transeuropäische Eisenbahnverbindung „Rail Baltica“.

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Bei einer Delegationsreise des Ausschusses nach Guatemala, einem Land, das schon allein wegen seiner Lage sehr vom Klimawandel betroffen ist, stand das Thema Klimaschutz im März 2016 im Mittelpunkt. Gespräche mit dem guatemaltekenischen Umweltminister, dem Vorsitzenden des Umweltausschusses sowie weiteren Partnern aus Organisationen, die im Umweltsektor und in der Menschenrechtsarbeit tätig sind, standen hier ebenso wie die Besichtigung von Projekten der Internationalen Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums auf dem Programm. Die Weiterreise nach Kolumbien führte die Delegation in ein Land, das aufgrund seines großen Ressourcenreichtums anfällig gegenüber unkontrollierter Ausbeutung und massiver Umweltzerstörung ist. Mit Regierungsvertretern, den Bergbauunternehmen sowie den betroffenen Anwohnern wurden die Auswirkungen des Kohlebergbaus auf Mensch und Umwelt thematisiert. Da das Land zu den wichtigsten Steinkohlelieferanten Deutschlands gehört, schloss sich auch ein intensiver Dialog des Ausschusses mit den kohleimportierenden Energiekonzernen in Deutschland an.

Das Thema Bau stand im Vordergrund von zwei weiteren Delegationsreisen des Ausschusses nach Mexiko im Oktober 2016 und Israel im Mai 2017. Mexiko, insbesondere die Hauptstadt, begegnet aufgrund der Größe besonderen Herausforderungen bezüglich der Stadt- und Infrastrukturplanung, der energetischen Stadtsanierung, des sozialen Wohnungsbaus und der nachhaltigen Entwicklung. Durch Gespräche mit Vertretern der mexikanischen Regierung, der Stadtverwaltung, mit Senatoren und Vertretern von NGOs sowie durch den Besuch von Projekten wurde die hohe Relevanz der deutschen umweltpolitischen Zusammenarbeit deutlich. Schließlich führte

eine Delegationsreise Abgeordnete des Ausschusses im Mai 2017 nach Israel, wo sie sich über den Fortschritt des deutsch-israelischen Projekts für den Erhalt des UNESCO-Weltkulturerbes der „Weißen Stadt“ in Tel Aviv bei den Verantwortlichen informierten. Die Programmarbeit des dortigen Denkmal- und Architekturzentrums sowie der Aufbau eines deutsch-israelischen Kompetenznetzwerks werden seit 2016 unter anderem auch aus Mitteln des Bundesbauministeriums gefördert.

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Die im Berichtszeitraum durchgeführten Delegationsreisen fanden überwiegend in Zusammenhang mit halbjährlichen Themenschwerpunkten statt, die der Ausschuss bereits zu Beginn der Wahlperiode beschlossen hatte. So reisten im Oktober 2015 Mitglieder des Ausschusses zum Thema „Menschenrechte und Handelspolitik“ nach Mexiko und Peru, um sich dort über die menschenrechtliche Dimension handelspolitischer Abkommen zu informieren und einen Eindruck von den Auswirkungen einer auf den Abbau und Export nicht erneuerbarer Rohstoffe gerichteten Wirtschafts- und Handelspolitik auf die Menschenrechtssituation zu gewinnen. Außerdem wurden im Rahmen der Reise auch allgemeine Menschenrechtsfragen angesprochen wie der Fall der in der mexikanischen Stadt Iguala verschleppten und ermordeten 43 Studenten, der zuletzt auch Gegenstand einer Untersuchung durch eine eigens eingesetzte internationale Expertengruppe war.

Ende Februar/Anfang März 2016 reiste eine Ausschussdelegation zum Themenschwerpunkt „Religionsfreiheit und Demokratieentwicklung“ in die Türkei. In Gesprächen mit Parlaments- und Regierungsvertretern, Vertretern von Kirchen und Nichtregierungsorganisationen sowie unabhängigen Journalisten informierten sich die Abgeordneten ausführlich über die Lage der Menschenrechte im Bereich der Presse- und Meinungsfreiheit, der Religionsausübung und der Rechte von Minderheiten. Zudem machte sich die Delegation im unmittelbaren Vorfeld des EU-Flüchtlingsgipfels ein direktes Bild von den Auswirkungen der Flüchtlingskrise und den von der Türkei ergriffenen Maßnahmen zur Versorgung und Integration syrischer Flüchtlinge.

Die Thematik der Strafverfolgung bei schwersten Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, mit der sich der Ausschuss in der 18. Wahlperiode regelmäßig, wenn auch in unterschiedlichen Kontexten, beschäftigt hat, war zudem Anlass einer Delegationsreise zu den Internationalen Strafgerichtshöfen in Den Haag im Juni 2017. Im Rahmen ihrer Gespräche, insbesondere mit Richtern, Staatsanwälten und Verwaltungsbeamten des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC), des Jugoslawientribunals (ICTY) und seiner Nachfolgeorganisation MTC, verschafften sich die Abgeordneten einen Eindruck von der Arbeitsweise, den politischen Rahmenbedingungen und der Leistungsbilanz der Gerichte im Kontext der bisher in Gang gekommenen bzw. erfolgreich abgeschlossenen Strafverfahren.

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Bilaterale Forschungszusammenarbeit, internationale Kooperation in Wissenschaft und Forschung, die Situation deutscher Wissenschaftler im Ausland sowie die berufliche Bildung waren die thematischen Schwerpunkte der Reisen des Ausschusses im Berichtszeitraum.

Eine Delegation des Ausschusses reiste im November 2015 nach Indien, um mit der dortigen Regierung sowie mit Vertretern der Wissenschaft und der Industrie die herausgehobene Bedeutung von Bildung und Forschung zur Erschließung des enormen Potentials des Subkontinents zu erörtern. Auf vielen Gebieten gibt es bereits eine starke, jedoch noch entwicklungs- und ausbaufähige Zusammenarbeit mit Indien. Darüber hinaus war auch die berufliche Bildung angesichts der herausfordernden demographischen Entwicklung dieses Partnerlandes von großer Bedeutung. Im März 2016 wurde im Rahmen einer Delegationsreise nach Schweden und Finnland der Schwerpunkt auf die Bereiche Bildung und Inklusion gelegt. Ausgangspunkt war das schwedische Schulmodell, ein Musterbeispiel für die Integration von Kindern aus fremden Herkunftsländern. Das finnische Bildungssystem war insbesondere aufgrund der viel diskutierten positiven Ergebnisse Finnlands in der ersten OECD-Bildungsstudie PISA von besonderem Interesse.

Den Schwerpunkt Gesundheitsforschung hatte ein Delegationsbesuch in Washington und Boston im September 2016 in den USA. Während die Abgeordneten in Washington mit politischen Entscheidungsträgern sowie mit Vertretern des National Institutes of Health in einen Informationsaustausch eintreten konnten, besichtigten sie in der Region Boston/Cambridge weltweit exzellente Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen medizinischen Forschungsstandort. Auch besuchte die Delegation die ebenfalls in Boston stattfindende Tagung und Messe des German Academic International Network (GAIN). Der tertiäre Bildungsbereich und die duale Berufsausbildung

waren neben Forschung und Hochschulen sowie der bilateralen Zusammenarbeit wesentliche Themen einer Delegationsreise im Oktober 2016 nach Chile und Argentinien. Nachdem die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Chile in den letzten Jahren stetig intensiviert wurde, haben die großen deutschen Forschungsorganisationen insbesondere sogenannte Tandemprojekte mit Chile entwickelt. Darüber hinaus ist die chilenische Seite sehr stark an dem deutschen Modell der beruflichen Bildung interessiert. Die Zusammenarbeit mit Argentinien, einem Land, das viele Rohstoffe und eine große biologische Vielfalt bietet, befindet sich auf einem hohen Niveau. Gemeinsame Projekte, insbesondere im Bereich der ökologischen Forschung, sind Schwerpunkte der deutsch-argentinischen Zusammenarbeit.

Eine Delegation des Ausschusses reiste zu den Themen Forschungskooperation und Hochschulen sowie berufliche Bildung (insbesondere unter den Bedingungen für Bürgerkriegsflüchtlinge im Nahen Osten) im Mai 2017 nach Jordanien, die Palästinensischen Gebiete und Israel. Der Programmteil in Jordanien stand dabei sowohl im Zeichen der Aufnahme des regulären Betriebs des ersten Synchrotrons im Nahen Osten als auch der beruflichen Bildung, vor allem von Flüchtlingen des syrischen Bürgerkrieges. In den Palästinensischen Gebieten konnte sich die Delegation über die Situation der deutsch-palästinensischen Hochschulkoooperation informieren und sich zu einem Gedankenaustausch mit palästinensischen Wissenschaftlern treffen. Den Abschluss fand die Reise in Israel, wo der Aufenthalt ganz im Zeichen der traditionsreichen deutsch-israelischen Forschungs- und Wissenschaftskooperation stand. Neben Treffen auf politischer Ebene war die dort ansässige Spitzenforschung Gegenstand des Besuches.

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Im Zentrum der Ausschussarbeit standen Fragen der Konfliktprävention und -mediation, insbesondere die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und die Institutionalisierung der Versöhnungsarbeit. In Ergänzung zu den Ausschussberatungen wurden u. a. Gespräche mit der Kommission für Wahrheit und Versöhnung in Nepal (März 2016) geführt und ein Projekt der Friedensarbeit in Kambodscha (Februar 2017) zum Thema Zwangsverheiratung besichtigt. In Kolumbien (Juni 2014) kam es zu Begegnungen mit FARC-Opfern und demobilisierten FARC-Angehörigen. In Honduras (April 2017) trafen die Abgeordneten Vertreter der indigenen Bevölkerung.

Darüber hinaus war ein Schwerpunkt der Ausschussarbeit der Themenkomplex Migration und Fluchtursachenbekämpfung. Um sich ein Bild von der Situation zu verschaffen, besuchte eine Ausschussdelegation u. a. ein Flüchtlingscamp im Sudan (Oktober 2016). Themen der Gespräche mit Flüchtlingen waren ihre Fluchtmotive, der Menschenhandel und ihre Erfahrungen mit Rückführungsprogrammen; mit den betreuenden Organisationen vor Ort und den politisch Verantwortlichen erörterten die Abgeordneten Fragen der Optimierung deutscher und europäischer Entwicklungszusammenarbeit.

Der Ausschuss hat sich im Berichtszeitraum nachhaltig mit der Situation von Frauen, Müttern und Kindern befasst. In Ergänzung zu Gesprächen mit Experten und der Beratung diverser Anträge verschaffte sich eine Delegation in Malawi (Oktober 2015) einen Überblick über die Wirksamkeit der ergebnisorientierten Finanzierung von Projekten zur Verbesserung der Mütter- und Neugeborenenengesundheit sowie der Schulernährung. Auf der Delegationsreise nach Nepal im März 2016 wurden Projekte zur Bekämpfung von Kinderarbeit, zur Inklusion und zur Rehabilitation von Frauen besichtigt. Im Oktober 2016 informierten sich Mitglieder des Ausschusses über ein Straßenkinderprojekt in Dschibuti und eine Frauenuniversität im Sudan.

Im Kontext der SDG- und Klimakonferenzen der Vereinten Nationen lag ein weiterer Fokus der Arbeit des Ausschusses beim Thema Nachhaltigkeit. Im Mai 2016 besuchte eine Delegation landwirtschaftliche Betriebe in Namibia und führte Gespräche über Programme zur kommunalen Landentwicklung. In Südafrika informierten sich die Abgeordneten über das Wetterphänomen El Nino und lernten Schutzmechanismen kennen, um die Folgen der schlimmsten Dürre seit 35 Jahren zu kompensieren.

Im Berichtszeitraum hatte der Ausschuss am Sitz des Deutschen Bundestages in Berlin erneut eine Vielzahl an Repräsentanten internationaler Organisationen und internationalen Delegationen zu Gast, darunter den Staatspräsidenten von Madagaskar, den Premierminister von Jemen, die Außenminister von Eritrea, Kamerun, Mali, Mexiko, Sri Lanka und Sudan sowie die Parlamentspräsidenten von Pakistan und Sri Lanka.

Ausschuss für Tourismus

China und Japan sind für Deutschland die wichtigsten touristischen Quellmärkte in Asien. Allerdings war 2016 zu beobachten, dass sich das Wachstum auf dem chinesischen Markt aufgrund des gebremsten Wirtschaftswachstums vorübergehend abgekühlt hat. Außerdem entdeckten chinesische Touristen zunehmend auch andere europäische Reiseziele. Der traditionell gute japanische Quellmarkt entwickelte sich im vergangenen Jahr weiter rückläufig. Nach verschiedenen Terroranschlägen dämpfte die sehr hohe Sensibilität in Fragen der Sicherheit die Reisefreudigkeit der Japaner in Richtung Europa. Dies bekam auch Deutschland zu spüren. Vor diesem Hintergrund unternahm der Tourismusausschuss im Jahr 2016 Delegationsreisen nach China (Mai) und Japan (Oktober).

In beiden Ländern stand der Gedanken- und Erfahrungsaustausch zur Stärkung des gegenseitigen Tourismus im Vordergrund des Besuches. Daneben bot in China die Teilnahme an der „First World Conference on Tourism for Development“ der Delegation ein Forum für zahlreiche Gespräche.

In Japan konnten sich die Abgeordneten außerdem über die äußerst erfolgreiche japanische Tourismuspolitik informieren. Ein Besuch der Messe CEATEC Japan 2016 diente der Informationsgewinnung im Bereich soziale Medien und Digitalisierung im Tourismus.

Die aktuelle Sicherheitslage führte im Berichtszeitraum zu Veränderungen im Reiseverhalten innerhalb Europas. Touristenströme verschoben sich, der Kreuzfahrttourismus wurde zu einem der am stärksten wachsenden Segmente in der Touristik. Diese Entwicklungen waren dann auch der thematische Schwerpunkt für die Reisen im Jahr 2017.

Der Besuch der deutschen Meyer-Werft im finnischen Turku (Mai 2017) diente dazu, sich über die umweltspezifischen Auswirkungen von Kreuzfahrten und Umweltstrategien im Schiffsbau zu informieren. Zusätzlich fanden in Helsinki Fachgespräche auf politischer Ebene zu den Herausforderungen im Tourismussektor beider Länder statt. Beim anschließenden Besuch in Norwegen interessierte sich die Delegation vor allem für das norwegische Modell einer integrierten Wirtschafts- und Tourismusförderung.

Angesichts ständig wachsender Tourismuszahlen kommt es in Spanien in einzelnen Regionen zu ablehnenden Reaktionen der einheimischen Bevölkerung gegenüber Touristen. Der Umgang mit diesem Phänomen und das Thema nachhaltiges Wachstum der Tourismusindustrie vor dem Hintergrund des Massentourismus standen bei einem Besuch der spanischen Hauptstadt Madrid (Juni 2017) im Mittelpunkt der Gespräche mit Vertretern von Parlament und Regierung. Der Meinungsaustausch mit Vertretern der Welttourismusorganisation UNWTO zum Thema Sicherheit im Reisen rundeten den Besuch ab.

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Die Schwerpunktthemen der Ausschusssitzungen wie institutionelle Fragen, die EU-Erweiterung, Europäische Nachbarschaftspolitik, Vorschläge zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), Entwicklungen in der Eurozone, der rechtsstaatliche Dialog, Migration und die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU waren zugleich Gegenstand der zahlreichen Gespräche des Ausschusses mit Abgeordneten, Regierungsvertretern und Delegationen aus den EU-Mitgliedstaaten, Kandidatenstaaten und assoziierten Staaten. Mit seinen 15 mitwirkungsberechtigten Mitgliedern des Europäischen Parlaments (EP) traf sich der Ausschuss zu Sondersitzungen in Berlin sowie im April 2016 in Brüssel und setzte auch seinen intensiven Dialog mit Mitgliedern der Europäischen Kommission in Berlin und Brüssel fort. Zum EU-Ausschuss der französischen Nationalversammlung und dem des polnischen Parlaments bestehen enge Arbeitsbeziehungen. Im Format Weimarer Dreieck tagten die Ausschüsse der drei Parlamente im Juni 2016 in Paris. Im März 2017 empfing der Ausschuss Abgeordnete des polnischen Sejm zu den Themen östliche Partnerschaft und Energieunion. Aus Frankreich waren im November 2015 der Europa-Staatssekretär und Wirtschaftsminister Macron zu Gesprächen über die WWU, im Dezember 2015 der EU-Ausschuss der französischen Nationalversammlung zu einer gemeinsamen Sitzung mit Bundeskanzlerin Merkel und im Februar 2017 Premierminister Cazeneuve zu Gast.

Die Rolle der nationalen Parlamente und die Zukunft der EU waren Themen der halbjährlichen, öffentlichen Konferenzen der Europaausschüsse der nationalen Parlamente und des EP (COSAC), zu denen Delegationen nach Luxemburg, in die Niederlande, Slowakei, nach Malta und Estland reisten. In den jeweiligen Hauptstädten informierte sich der Ausschuss zudem über die Schwerpunktthemen der Ratspräsidentschaften. Im Oktober 2015 führte eine Delegation in der rumänischen Hauptstadt Bukarest Gespräche über Fragen der Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenrechte, das Grenzregime und Migration im Zuge des Kooperations- und Überprüfungsmechanismus (CVM).

Der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zur Türkei und die dortigen Entwicklungen waren Gegenstand von Gesprächen u. a. mit türkischen Journalisten in Berlin und einer Delegationsreise im April 2016 nach Ankara und Istanbul. Die Verhandlungen über eine Wiedervereinigung Zyperns waren Anlass für Gespräche im Oktober 2016 in Nikosia. Anlässlich einer Reise von Ausschussmitgliedern nach Sevilla und Madrid im Herbst 2016 wurden der Status der Autonomen Regionen in Spanien, die Flüchtlingspolitik der EU und das Defizitverfahren gegen Spanien thematisiert.

Die Lage in der Ukraine war Thema einer Delegationsreise im Januar 2016 nach Kiew. Im März 2017 schließlich führte eine Delegation in Moskau und St. Petersburg Gespräche u. a. über die restriktiven Maßnahmen der EU gegenüber Russland und Russlands Rolle im Rahmen der östlichen Partnerschaft und gegenüber den Staaten des westlichen Balkans.

Ausschuss für Kultur und Medien

Entscheidungen, die in der Europäischen Union getroffen werden, beeinflussen in starkem Maße die nationale Kultur- und Medienpolitik. In der zweiten Hälfte der Wahlperiode konzentrierte der Ausschuss seine internationalen Kontakte daher auf europäische Partner. Durch eine Delegationsreise im Juni 2016 vertiefte der Ausschuss seine Beziehungen zu Polen, um übereinstimmende Interessen und Positionen beispielsweise bei der Revision der europäischen Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste und zur Neujustierung von Urheberrechten zu identifizieren. Der bereits in der ersten Hälfte der Wahlperiode mit Polen und Frankreich eingeleitete Meinungsaustausch wurde im Juni 2016 beim Besuch einer Delegation des Ausschusses in Warschau fortgesetzt und bei einem Treffen mit französischen Abgeordneten in Berlin im Herbst 2016 intensiviert.

Die Medienpolitik wird durch einen tiefgreifenden Strukturwandel geprägt. Der Ausschuss setzt sich dafür ein, dass auch im digitalen Zeitalter die Freiheit der Medien garantiert ist, eine vielfältige Medienlandschaft existiert und Qualitätsjournalismus finanzierbar bleibt. Die Rahmenbedingungen für unabhängigen Journalismus sind deshalb bei allen internationalen Kontakten ein wiederkehrendes Thema für die Abgeordneten, die dieser Fragestellung auch bei einer Delegationsreise Ende Oktober 2016 nach Israel nachgingen.

Ausschuss Digitale Agenda

Der digitale Wandel, dessen parlamentarische Begleitung dem Ausschuss obliegt, bietet zahlreiche Chancen, um Wohlstand, Lebensqualität und Sicherheit zu steigern sowie Zukunftsfähigkeit zu sichern. Diesen Chancen widmeten sich im Berichtszeitraum die Reisen und die Gespräche mit Gästen des Ausschusses.

Im Oktober 2015 reiste eine Delegation des Ausschusses nach Finnland und Estland, um sich in diesen Ländern, die im Bereich der Digitalisierung als vorbildlich gelten, über die Versorgung mit WLAN und den Ausbau eines flächendeckenden Breitbandnetzes sowie über die Erweiterung der Optionen beim Einsatz digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien für Bürger und Unternehmen zu informieren. Einen großen Raum nahmen die Themen Open Government und E-Government ein. Die Bundestagsdelegation konnte einen sehr informativen Erfahrungsaustausch mit Parlamentariern und Vertretern der Start-up-Szene führen über die in Estland erfolgte Umsetzung einer konsequenten E-Government-Strategie und deren Auswirkungen. Vor dem Hintergrund der damaligen Cyberattacken, unter anderem auf den Deutschen Bundestag, waren auch die Themen Informationssicherheit und Umgang mit Netzkriminalität Gegenstand der Gespräche.

Ziel einer Delegationsreise im November 2016 nach Israel war unter anderem der Technologiepark „Cyber Spark“ in Be’er Scheva. Israels Führungsrolle hinsichtlich Cyber-Sicherheit war für die Abgeordneten Gegenstand mehrerer Gespräche. Die Delegation erhielt außerdem Einblick in den Arbeitsbereich einer Akademie für Computer- und Cyberfachleute. Ein Sprecher der israelischen Polizei, zuständig für die ausländische Presse, erläuterte die Vorgehensweise auf digitaler Ebene zur Sicherung der Stadt Jerusalem. Die Delegation konnte sich ein Bild von der Bedeutung eines guten und schnellen Informationssystems für eine heterogene Gesellschaft mit hohem Sicherheitsbedarf machen.

Ebenfalls im November 2016 trafen sich Mitglieder des Ausschusses Digitale Agenda in Berlin mit Dara Murphy, dem irischen Staatsminister für europäische Angelegenheiten und Datenschutz. Die ab dem 25. Mai 2018 anzuwendende EU-Datenschutz-Grundverordnung stand im Mittelpunkt der Gespräche. Erörtert wurde das Für und Wider einer weitestgehenden Harmonisierung ebenso wie die Frage, ob Deutschland hinsichtlich der bevorstehenden Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung eine Vorbildfunktion in den Mitgliedstaaten zukommt.

Thematisiert wurde auch das Ergebnis des Referendums über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union und dessen Auswirkungen auf Irland.

1. Untersuchungsausschuss (NSA)

Eine Delegationsreise des Ausschusses unter Leitung seines Vorsitzenden nach Washington D.C. im Mai 2016 diente ausdrücklich nicht der Beweisaufnahme, sondern dem gegenseitigen Gedankenaustausch und der Stärkung des bilateralen Vertrauens.

Vor diesem Hintergrund führten die Mitglieder des Ausschusses Gespräche mit Vertretern der US-Regierung und des US-Kongresses sowie mit Mitarbeitern verschiedener Think Tanks, Bürgerrechtsorganisationen und Unternehmen. Ziel dieser Gespräche war einerseits, einen Eindruck von der Debatte über die *Snowden*-Veröffentlichungen in den USA zu erlangen, und andererseits, den Austausch über Reformansätze im Bereich der Geheimdiensttätigkeit, des Datenschutzes und der Geheimdienstkontrolle sowie über den grundsätzlichen Konflikt zwischen Terrorismusbekämpfung und Schutz der Privatsphäre zu suchen.

So hat die Ausschussdelegation zunächst Mitarbeiter des US Department of State getroffen. Zudem ist sie mit Mitgliedern des Privacy and Civil Liberties Oversight Board, einer unabhängigen Kontrollbehörde innerhalb der Exekutive im Bereich Schutz von Privatsphäre und Bürgerrechte, sowie mit Mitgliedern des House Permanent Select Committee on Intelligence, dem Ausschuss des Repräsentantenhauses zur Nachrichtendienstkontrolle, ins Gespräch gekommen. Des Weiteren traf sich die Delegation des Ausschusses mit mehreren Abgeordneten des Repräsentantenhauses und Senatoren. Darüber hinaus hatte sie Gelegenheit, sich mit nichtstaatlichen Akteuren aus Think Tanks und Bürgerrechtsorganisationen über die *Snowden*-Enthüllungen und deren Folgen auszutauschen.

Petitionsausschuss

Mitglieder des Ausschusses empfangen im Berichtszeitraum zahlreiche Delegationen aus dem Ausland und führten sehr anregende und informative Gespräche. Gäste waren die Mitglieder des britischen Petitionsausschusses, die Europäische Bürgerbeauftragte, Emily O'Reilly, der französische Ombudsmann, Jacques Toubon, sowie eine Delegation aus Vietnam. Im Nachgang zu einer Delegationsreise des Petitionsausschusses im Oktober 2015 nach Japan besuchten ein Jahr später japanische Kommunalpolitiker den Deutschen Bundestag in Berlin.

Im Berichtszeitraum unternahm der Petitionsausschuss zudem Delegationsreisen nach Costa Rica und Mexiko (Oktober/November 2016) sowie nach Argentinien und Chile (Mai 2017). Im Mittelpunkt der Reisen standen jeweils Fragen zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie zur Wahrung der Menschenrechte.

Der Deutsche Bundestag ist durch den Petitionsausschuss vertreten im Internationalen Ombudsmann-Institut (IOI), im Europäischen Ombudsmann-Institut (EOI) sowie im europäischen Verbindungsnetz der europäischen Bürgerbeauftragten. In diesem Kontext fanden im Berichtszeitraum sechs Veranstaltungen statt, bei denen der Petitionsausschuss durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden vertreten wurde.

So lud der Bürgerbeauftragte der autonomen Gemeinschaft Katalonien und neu gewählte Präsident der europäischen Sektion des IOI, Rafael Ribó, im April 2016 zu einem internationalen Workshop über die aktuellen Herausforderungen und Bedrohungen für die Menschenrechte und die damit zusammenhängenden Aufgaben der Institution des Bürgerbeauftragten nach Barcelona ein. Im April 2017 wurde der Workshop fortgeführt.

Der albanische Ombudsmann Igli Totozani führte in seiner Eigenschaft als Präsident der Verwaltungsgemeinschaft der Ombudsleute der Mittelmeerländer gemeinsam mit dem Verband der Ombudsleute und Schlichter der französischsprachigen Staaten, der Iberoamerikanischen Vereinigung der Ombudsleute und des IOI im September 2016 eine hochrangige Konferenz mit dem Thema „Herausforderungen für die Ombudsmann-Institutionen vor dem Hintergrund der Migrationsströme“ in der albanischen Hauptstadt Tirana durch. Die 11. Weltkonferenz des Internationalen Ombudsmann-Instituts (IOI) fand im November 2016 in Bangkok (Thailand) statt. In Brüssel veranstaltete die Europäische Bürgerbeauftragte im Juni der Jahre 2016 und 2017 Konferenzen des europäischen Verbindungsnetzes der europäischen Bürgerbeauftragten. Hier wurden hochrangige Debatten zu wichtigen Fragen und Schlüsselproblemen der Europäischen Union und der nationalen Verwaltungen geführt.

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Eine Delegation des Ausschusses reiste im März 2016 nach Hongkong und Japan. Anlass für den Aufenthalt in Hongkong war die Einladung einer Delegation des dortigen Legislative Council anlässlich ihres Berlin-Besuchs im Mai 2015. Die Bundestagsabgeordneten informierten sich insbesondere über Fragen des Wahlrechts und verschafften sich zudem einen Eindruck von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Hongkongs. Zu den Themenschwerpunkten des Reisetrips in Japan zählten u. a. die Fragestunde im Parlament, das Immunitätsrecht, die parlamentarische Kontrolle der Regierung, der Status der Abgeordneten und das Thema Korruption in der Politik. Darüber hinaus waren die Themen Wahlen und Wahlprüfungsrecht Gegenstand der Gespräche mit Vertretern aus Politik, Justiz und Gesellschaft.

Im März 2017 besuchte eine Delegation des Ausschusses Kroatien, Mazedonien und Serbien. Aufgrund der Bedeutung der Staaten des Westbalkans für Deutschland und Europa führte die Reise durch mehrere Staaten, um einen guten Überblick über die aktuelle Lage in der Region zu erhalten. Aus den Staaten des Westbalkans wurden Kroatien als neues EU-Mitgliedsland sowie Mazedonien und Serbien als Beitrittskandidaten zur EU als Reiseziele ausgewählt. Die Delegation informierte sich über grundsätzliche Themen aus den Bereichen Verfassungsentwicklung, Wahlen, Parlament sowie die Rechtsstellung von Abgeordneten. Ziel der Reise war es, die Beziehungen zwischen Deutschland und den besuchten Staaten auf parlamentarischer Ebene weiter zu vertiefen. Im Rahmen des Besuches spielten zudem aktuelle Fragen aus den Bereichen der Europa- und der Flüchtlingspolitik eine Rolle.

4. Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen

Der Deutsche Bundestag entsendet Abgeordnetendelegationen zu Sitzungen der Interparlamentarischen Union, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Ostseeparlamentarierkonferenz, der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum, der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (zuvor: Konferenz gemäß Artikel 13 Fiskalvertrags). Der Bundestagspräsident vertritt den Deutschen Bundestag auf den verschiedenen Parlamentspräsidentenkonferenzen. Der Bundestag ist zudem Beobachter bei der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerwirtschaftskooperation.

Mit Ausnahme der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die regelmäßig am Sitz der Versammlung in Straßburg tagt, finden die Sitzungen der übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen an unterschiedlichen Orten auf Einladung der jeweiligen Mitgliedsparlamente statt. Sitzungen dieser internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen bzw. ihrer Gremien werden dementsprechend auch in Deutschland abgehalten.

Die Mitglieder der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werden zu Beginn jeder Wahlperiode aufgrund des Gesetzes über die Wahl der deutschen Vertreter zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom Deutschen Bundestag gewählt. Die Mitglieder der deutschen Delegationen aller übrigen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen werden von den Fraktionen nach dem Verhältnis ihrer Stärke benannt. In zahlreichen internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen bzw. deren Gremien haben Mitglieder des Deutschen Bundestages Funktionen übernommen, zum Beispiel als Präsidenten, Vizepräsidenten oder Schatzmeister einer Versammlung sowie als Ausschussvorsitzende, Berichterstatter oder Beauftragte. Die durch die Mitarbeit in den interparlamentarischen Gremien gewonnenen Informationen und Erfahrungen fließen in die parlamentarische Arbeit des Deutschen Bundestages ein. Gleichzeitig werden Parlamentarier anderer Länder mit den unterschiedlichen Meinungen vertraut gemacht, die in Deutschland zu politischen Fragestellungen vertreten werden.

Über die zentralen Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen und Konferenzen werden amtliche Unterrichtungen erstellt, die als Bundestagsdrucksachen verteilt werden. Diese werden in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages beraten, dort zur Kenntnis genommen bzw. gegebenenfalls im Plenum erörtert.

Interparlamentarische Union (IPU)

1889 wurde die IPU gegründet. Seitdem verfolgt sie das Ziel, den Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen Parlamentariern aller Länder zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu fördern. Die IPU will darüber hinaus einen parlamentarischen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte und zum besseren Verständnis der Arbeitsweise repräsentativer Institutionen erbringen.

Der IPU gehören 173 nationale Parlamente sowie zehn assoziierte parlamentarische Versammlungen an. Seit 2002 hat die IPU einen Beobachterstatus bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Der Deutsche Bundestag ist seit 1951 Mitglied der IPU. Die zu den Versammlungen der IPU entsandte deutsche Delegation besteht aus acht Abgeordneten, die sich in der 18. Wahlperiode im Verhältnis 4:2:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Delegationsleiter ist der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU/CSU). Die IPU kommt zweimal jährlich zu Versammlungen zusammen, in der Regel in der ersten Jahreshälfte auf Einladung nationaler Parlamente der Welt und in der zweiten Jahreshälfte am Sitz des internationalen Sekretariats in Genf. Zu den zentralen Themen gehören die Förderung der Demokratie, die Hilfe beim Aufbau demokratischer Institutionen, die Terrorismusbekämpfung, die Herausforderungen des globalen Klimawandels, die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die Zusammenarbeit zwischen der IPU und den Vereinten Nationen.

Im Berichtszeitraum haben Versammlungen in Genf (133. und 135. Versammlung, Oktober 2015 und Oktober 2016) und in Lusaka (Sambia) und Dhaka (Bangladesch) (134. und 136. Versammlung, März 2016 bzw. April 2017) stattgefunden, an denen Abgeordnete des Deutschen Bundestages teilgenommen haben. Im Oktober 2015 diskutierten die Abgeordneten „Das moralische und wirtschaftliche Gebot, für eine gerechtere, intelligentere und humanere Migration zu sorgen“. Bei den Versammlungen im Jahr 2016 beschäftigten sich die Generaldebatten mit den Themen „Die Verjüngung der Demokratie: Jungen Menschen eine Stimme geben“ (März 2016) und „Menschenrechtsverletzungen als Vorboten von Konflikten: frühzeitige Gegenmaßnahmen und die diesbezügliche Rolle von Parlamenten“ (Oktober 2016). Bei der Versammlung in der bangladeschischen Hauptstadt Dhaka ging es im April 2017 um das Thema „Ungleichheit beseitigen: Die Zusagen in Bezug auf Würde und Wohlstand für alle einhalten“.

Im Oktober 2016 hat die IPU-Bundestagsdelegation erstmals einen Antrag für einen sogenannten Dringlichkeitstagesordnungspunkt eingebracht, dessen Titel „Der Krieg und die humanitäre Situation in Syrien, insbesondere in Aleppo“ lautete. Die Delegation Mexikos hatte ebenfalls einen Antrag zur Lage in Syrien eingebracht. Letztlich einigten sich beide Delegationen auf eine gemeinsame Fassung, wobei der Wortlaut des Antrags der Bundestagsdelegation übernommen und lediglich um den Aspekt der Zerstörung des Welterbes ergänzt wurde. Der gemeinsame deutsch-mexikanische Antrag erhielt bereits im ersten Wahlgang die meisten Stimmen aller fünf zur Wahl stehenden Vorschläge und wurde als Dringlichkeitstagesordnungspunkt angenommen. Der daraufhin im Redaktionsausschuss unter Leitung von Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth erarbeitete Antragsentwurf wurde vom Rat mit einer Gegenstimme verabschiedet.

Von den Bundestagsabgeordneten haben Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, die stellvertretende Delegationsleiterin Petra Ernstberger (SPD) und Dr. Dr. h. c. Bernd Fabritius (CDU/CSU) Funktionen innerhalb der IPU inne. Der Bundestagspräsident gehört wie auch seine Stellvertreterin dem Lenkungsausschuss der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus an, der zu Vorbereitungstreffen im Vorfeld der IPU-Versammlungen zusammenkommt. Die Abgeordnete Ernstberger ist zudem Mitglied im Präsidium der Parlamentarierinnen. Der Abgeordnete Dr. Dr. h. c. Fabritius ist Vizepräsident des Ausschusses für die Menschenrechte von Parlamentariern, der jeweils während der Versammlungen sowie im Januar tagt.

Parallel zu den Versammlungen der IPU tagt die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (Association of Secretaries General of Parliaments – ASGP). Der Deutsche Bundestag ist in der ASGP durch seinen Direktor, Prof. Dr. Horst Risse, und den stellvertretenden Direktor, Prof. Dr. Ulrich Schöler, vertreten. Die Vereinigung hat das Ziel, den Austausch zwischen den Parlamentsverwaltungen zu stärken. Bei der Sitzung im März 2016 in Lusaka hat Prof. Dr. Schöler zu diesem Zweck in einem Vortrag mit dem Titel „Die Ausbildung von Botschaftern für den Parlamentarismus“ das Internationale Parlaments-Stipendium des Deutschen Bundestages vorgestellt.

Parlamentarische Versammlung des Europarates (PVER)

Der 1949 gegründete Europarat hat seinen Sitz in Straßburg. Ihm gehören 47 Mitgliedstaaten, darunter alle Mitgliedsländer der EU, an. Deutschland erhielt 1951 die Vollmitgliedschaft. Ziele des Europarates sind der Schutz und die Stärkung der pluralistischen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Organe des Europarates sind das Ministerkomitee, dem die Außenminister der Mitgliedstaaten angehören, und die Parlamentarische Versammlung (PVER), die sich aus 324 Abgeordneten der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten zusammensetzt.

Zur Verwirklichung seiner Ziele entwickelt der Europarat Normen und Standards und fördert deren Umsetzung durch die Mitgliedstaaten. Dabei handelt es sich insbesondere um völkerrechtliche Verträge (Konventionen). Die bekanntesten sind die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) von 1950 und ihre Zusatzprotokolle, deren Überwachung dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) obliegt. Die Richter des EGMR werden von der PVER gewählt. Daneben wählt die PVER den Menschenrechtskommissar und den Generalsekretär des Europarates. Sie vergibt ferner den Vaclav-Havel-Menschenrechtspreis und den Europapreis, der an Kommunen und Städte für besondere Leistungen bei grenzüberschreitenden Partnerschaften verliehen wird.

Der Deutsche Bundestag entsendet 18 ordentliche Mitglieder in die PVER, die sich in der 18. Wahlperiode nach dem Schlüssel 9:5:2:2 auf die Fraktionen verteilen und durch Wahl bestimmt werden. Die deutsche Delegation stellt mit ihrem Leiter, Axel E. Fischer (CDU/CSU), einen der Vizepräsidenten der PVER. Er ist auch Vorsitzender der EPP/CD-Fraktion, der größten Fraktion der Versammlung. Stellvertretender Delegationsleiter ist Frank Schwabe (SPD). Er ist auch erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Menschenrechte. Dr. Dr. h. c. Bernd Fabritius (CDU/CSU) ist der zweite stellvertretende Ausschussvorsitzende. Dr. Volker Ullrich (CDU/CSU) ist dritter stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für die Wahl der Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dr. Thomas Feist (CDU/CSU) ist Vorsitzender des Unterausschusses für Kultur, Vielfalt und kulturelles Erbe im Ausschuss für Kultur, Wissenschaft, Bildung und Medien. Tobias Zech (CDU/CSU) ist Vorsitzender des für die Vergabe des Europapreises zuständigen Gremiums der PVER. Andrej Hunko (DIE LINKE.) ist stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses für die Europäische Sozialcharta im Ausschuss für Sozialordnung, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung.

Mitglieder der deutschen Delegation werden regelmäßig von den Fachausschüssen der PVER zu Berichterstattem über menschenrechtliche, rechtsstaatliche oder andere mit dem Europarat zusammenhängende politische Fragen mandatiert. Sie bereiten Berichte mit Entschließungs- und Empfehlungsentwürfen vor, die an die Parlamente der Mitgliedstaaten bzw. an das Ministerkomitee des Europarates gerichtet sind und durch die viermal jährlich im Plenum tagende PVER verabschiedet werden. Die Berichterstatter führen Reisen durch, um sich Informationen zu beschaffen und Gespräche mit Regierungsmitgliedern, unabhängigen Experten und nichtstaatlichen Organisationen zu führen. Daneben finden bis zu dreimal jährlich Sitzungen des Ständigen Ausschusses der PVER und etwa alle sechs Wochen Sitzungen der Fachausschüsse in Straßburg und Paris sowie in den Mitgliedstaaten des Europarates statt, die auch der Beratung der Berichte dienen. Ein wichtiges Instrument der PVER ist das Monitoringverfahren, durch das die Versammlung die Einhaltung der gemeinsam beschlossenen Standards in den Mitgliedstaaten überprüft. Die PVER führt ferner Wahlbeobachtungen durch, an denen regelmäßig auch Mitglieder der deutschen Delegation teilnehmen.

Im Berichtszeitraum standen vor allem Fragen der Migration und Integration im Mittelpunkt der Beratungen der PVER. Die Berichte behandelten u. a. humanitäre und menschenrechtliche Fragen der Migration in den Herkunfts-, den Transit- und den Aufnahmestaaten, Chancen der Zuwanderung angesichts der in vielen Mitgliedstaaten unzureichenden demographischen Entwicklung sowie aktuelle Erfahrungen mit der Integration einer großen Zahl von Flüchtlingen, wie sie insbesondere Deutschland gemacht hat. Besondere Aufmerksamkeit widmete die PVER der Situation minderjähriger Migranten. Ein weiterer Schwerpunkt war die Situation in der Ukraine, wobei u. a. die Verschlechterung der Menschenrechtslage auf der Krim nach der russischen Annexion sowie die Lage der Flüchtlinge aus den Kriegsregionen der Ostukraine thematisiert wurden. Die Versammlung beriet ferner die Konsequenzen des Putschversuchs in der Türkei. Angesichts der massiven staatlichen Eingriffe in die Versammlungs- und Meinungsfreiheit sowie der großen Zahl von Verhaftungen, die auch Richter, Lehrer und Journalisten betrafen, beschloss die PVER, die Situation in der Türkei und die Einhaltung der von Ankara gegenüber dem Europarat eingegangenen Verpflichtungen und Zusagen über ein Monitoringverfahren verstärkt zu beobachten. Im Fokus der Beratungen standen zudem die umstrittenen Reformen der Verfassung, der Judikative, des Hochschulwesens oder auch der Gesetzgebung für Nichtregierungsorganisationen in einigen Mitgliedstaaten. Die PVER befasste sich auch mit den sexuellen Übergriffen gegen Frauen in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln und der Umsetzung der Istanbul-Konvention des Europarates zum Schutz von Frauen vor sexueller Gewalt und vor häuslicher Gewalt in den Mitgliedstaaten. Erstmals wurde von der PVER ein sogenannter periodischer Bericht auch über Deutschland erstellt. Dieser Bericht fasst die von den verschiedenen Gremien des Europarates gefertigten Analysen und Informationen zusammen und versieht sie mit eigenen Wertungen und politischen Empfehlungen. Der Bericht würdigt die Bereitschaft Deutschlands zur Aufnahme von Flüchtlingen; gleichzeitig wird vor steigender Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gewarnt. Der Bericht übt Kritik an den Regelungen zur Parteienfinanzierung und greift kritische Anmerkungen des Menschenrechtskommissars des Europarates zur Anfälligkeit von Polizei- und Justizbehörden für Rassismus auf.

Die PVER sah sich im Berichtszeitraum mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert, die vor allem von Nichtregierungsorganisationen erhoben wurden. Die Staatsanwaltschaft Mailand ermittelte gegen einen ehemaligen italienischen Abgeordneten wegen verdächtiger Zahlungen aus Aserbaidschan. Die PVER hat eine unabhängige externe Untersuchungskommission eingesetzt. Sie soll prüfen, ob Mitglieder gegen die Verhaltensrichtlinien verstoßen haben, und Praktiken identifizieren, die den ethischen Standards der Versammlung widersprechen. Die Kommission soll in ihrem Abschlussbericht auch Empfehlungen für die Stärkung des Regelungsrahmens der Versammlung geben. Die PVER hat bereits begonnen, ihre Sanktionsmöglichkeiten zu verschärfen. So wurde die Geschäftsordnung durch ein Amtsenthebungsverfahren für den Präsidenten, die Vizepräsidenten und die Ausschussvorsitzenden ergänzt.

Parlamentarische Versammlung der NATO (NATO PV)

Die 1955 gegründete Parlamentarische Versammlung der NATO bietet 266 Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus den 29 Bündnisländern ein Forum zur Beratung von sicherheitspolitischen Themen. Die nationalen Delegationen bilden in ihrer Zusammensetzung die politischen Gewichte ihrer jeweiligen nationalen Parlamente ab, die Mitglieder werden nach einem für das jeweilige Land geeignete Verfahren ausgewählt. An den Beratungen nehmen ferner Delegierte aus 12 Staaten mit einem assoziierten Status, aus vier regionalen Partnerländern und assoziierten Mitgliedsländern aus dem Mittelmeerraum sowie aus acht parlamentarischen Beobachterdelegationen teil. Das Europäische Parlament kann bis zu zehn Mitglieder entsenden. Die Versammlung versteht sich als Scharnier zwischen den verantwortlichen Stellen des Nordatlantikrates und den Mitgliedsparlamenten und berät neben sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen auch Themen aus Wirtschaft, Politik, Umwelt und Kultur.

Die deutsche Delegation in der NATO PV setzt sich aus zwölf ordentlichen Mitgliedern des Deutschen Bundestages, die sich in der 18. Wahlperiode nach dem Schlüssel 6:4:1:1 auf die Fraktionen verteilen sowie sechs Mitgliedern des Bundesrates zusammen. Deutsche Abgeordnete üben in verschiedenen Gremien herausgehobene Funktionen aus. Bis November 2016 war Prof. h. c. Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU) ex officio Mitglied im Präsidium der Versammlung. Seit April 2017 ist er Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Bildung und Kommunikation“ des Präsidiums. Seit November 2014 bekleidet er das Amt des Vorsitzenden des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“. Bundestagsvizepräsidentin Ulla Schmidt (SPD) berichtet seit Herbst 2014 als Sonderberichterstatterin des Ausschusses „Zivile Dimension der Sicherheit“ über die Transformation in Afghanistan. Seit Mai 2016 ist sie Sonderberichterstatterin für die westlichen Balkanstaaten und seit November 2016 für Fragen zur Entwicklung und Stabilität in der Schwarzmeerregion. Wolfgang Hellmich (SPD) war vom Herbst 2014 bis Herbst 2016 stellvertretender Vorsitzender im Unterausschuss „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“. Seit 2015 ist er Sonderberichterstatter für Afghanistan des Ausschusses „Verteidigung und Sicherheit“.

Die Versammlung tritt jährlich zwei Mal, im Frühjahr und im Herbst, zu einer Plenartagung zusammen, die abwechselnd auf Einladung eines Parlaments eines Mitgliedsstaats oder assoziierten Staates stattfindet. Die fünf Fachausschüsse der Versammlung – der Politische Ausschuss, der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit, der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit, der Ausschuss für die Zivile Dimension der Sicherheit sowie der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie – tagen drei- bis viermal jährlich in NATO-Mitglied- oder Partnerstaaten. Die Ausschüsse erarbeiten auf der Grundlage eines durch die Versammlung festgelegten Arbeitsprogramms Berichte und Entschlüsse zu bündnispolitischen Themen, die in der Plenarsitzung im Herbst verabschiedet werden. Die Entschlüsse richten sich an die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten und an den Nordatlantikrat. Der NATO-Generalsekretär erstattet der Versammlung regelmäßig Bericht. Tagungsorte waren im Oktober 2015 Stavanger, im Mai 2016 Tirana, im November 2016 Istanbul und im Mai 2017 Tiflis.

Zur Förderung des transatlantischen Dialogs bietet seit 2001 das „Transatlantische Parlamentarische Forum“ den Mitgliedern Gelegenheit, sich mit Senatoren und Abgeordneten des US-Kongresses, Experten aus Denkfabriken und Regierungsvertretern über aktuelle sicherheitsrelevante Fragen auszutauschen. Das Forum findet jährlich in Washington D.C. statt und wird in Kooperation mit dem Atlantikrat der Vereinigten Staaten und der „National Defense University“ organisiert.

Inhaltlich beschäftigt sich die Versammlung mit allen die NATO betreffenden Themen. Im Berichtszeitraum waren Schwerpunkte die Rolle Russlands in der internationalen Sicherheitspolitik, die angespannten Beziehungen zwischen Russland und den NATO-Mitgliedstaaten, die Lage im Mittleren Osten, die Flüchtlingskrise, der Transformationsprozess in Afghanistan, die Aufnahme Montenegros in die NATO sowie die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und seine Bekämpfung. Ferner wurden die Reaktionen des türkischen Staates nach dem gescheiterten Militärputsch in der Türkei vom 15./16. Juli 2016 und die Frage der gerechten Lastenteilung innerhalb der NATO beraten.

Parlamentarische Versammlung der OSZE (OSZE PV)

Unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges beschlossen die Staats- und Regierungschefs in der Charta von Paris (1990), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine parlamentarische Versammlung zur Seite zu stellen. In der Erklärung von Madrid (1991) wurden die Grundzüge der Geschäftsordnung, die Arbeitsmethoden, die Größe (zurzeit 323 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 57 OSZE-Teilnehmerstaaten), das Mandat und die Stimmenverteilung festgelegt. Die OSZE PV hat sich zur Aufgabe gemacht, den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Teilnehmerstaaten zu unterstützen, an der Weiterentwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE mitzuwirken und Mechanismen zur Konfliktverhütung und zur Konfliktbewältigung zu entwickeln. Der Deutsche Bundestag ist von Beginn an Mitglied und entsendet 13 Abgeordnete, die sich in der 18. Wahlperiode im Verhältnis 7:4:1:1 auf die Fraktionen verteilen. Leiterin der deutschen Delegation ist Doris Barnett (SPD). Sie ist zudem seit Juli 2015 Schatzmeisterin der OSZE PV.

Die Jahrestagungen der OSZE PV finden abwechselnd auf Einladung des Parlaments in einem Teilnehmerstaat statt. Im Berichtszeitraum waren dies jeweils im Juli die Tagungen in Tiflis (2016) und Minsk (2017). Seit 2001 hält die Versammlung eine jährliche Wintertagung in Wien ab, die insbesondere dem Gedankenaustausch mit den Vertretern der Regierungen bei der OSZE dient. Eine weitere Tagung hat sich jeweils im Herbst etabliert, die neben der Sitzung des Ständigen Ausschusses das „Forum Mittelmeer“ umfasst. Im Berichtszeitraum fand die Tagung in Skopje (2016) statt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der OSZE PV ist die Wahlbeobachtung. Sie gehört zu den Kerninstrumenten der Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Wahlbeobachtungsmissionen leisten einen wichtigen Beitrag, um das öffentliche Vertrauen in den Wahlprozess zu stärken und etwaige Unregelmäßigkeiten offenzulegen. Regelmäßig nehmen Abgeordnete des Deutschen Bundestages an den Wahlbeobachtungsmissionen der OSZE PV teil, so im Berichtszeitraum an der Beobachtung der Wahlen in Kirgisistan, Belarus, der Ukraine, Montenegro, den USA, der Russischen Föderation, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Armenien, der Mongolei, Albanien und in Deutschland.

Ostseeparlamentarierkonferenz

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference – BSPC) ist das parlamentarische Forum der Ostseeregion. Sie verfolgt das Ziel, die gemeinsame Identität des Ostseeraums durch eine enge Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Parlamenten zu stärken. Die BSPC soll politische Aktivitäten in der Region initiieren und leiten, die demokratischen Institutionen in den Teilnehmerstaaten unterstützen und stärken sowie den Dialog zwischen Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaften verbessern.

Jedes Mitgliedsparlament kann vier bzw. fünf Delegierte stellen. Der fünfköpfigen Delegation des Deutschen Bundestages gehören in der 18. Wahlperiode als ordentliche Mitglieder neben dem Delegationsleiter Franz Thönnies (SPD) zwei CDU/CSU-Abgeordnete, eine SPD-Abgeordnete sowie ein Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE. an. Von den Bundestagsabgeordneten haben der Delegationsleiter und sein Stellvertreter Thomas Stritzl (CDU/CSU) Funktionen innerhalb der BSPC inne. Neben seiner Mitgliedschaft im Ständigen Ausschuss ist der Abgeordnete Thönnies BSPC-Berichtersteller für das Thema Arbeit und soziale Wohlfahrt, der Abgeordnete Stritzl ist Berichterstatter für das Thema Menschenhandel im Ostseeraum.

Die jährliche Plenarversammlung findet seit 1991 abwechselnd auf Einladung eines der Mitgliedsparlamente statt, zu denen auch die Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen gehören. Zudem tritt drei- bis viermal im Jahr das Lenkungsorgan der Konferenz, der Ständige Ausschuss, zusammen.

Seit 2005 richtet die Konferenz Arbeitsgruppen ein, die die Funktion von Ausschüssen wahrnehmen. Sie beschäftigen sich für die Dauer von zwei Jahren mit speziellen Fragen des Ostseeraumes. Mit den entsprechenden Abschlussberichten und den darin enthaltenen Empfehlungen beschäftigen sich die Abgeordneten auf ihren Jahrestagungen. Zuletzt verabschiedete die BSPC während ihrer 26. Jahrestagung im September 2017 in Hamburg den Bericht der Arbeitsgruppe „Nachhaltiger Tourismus“.

Im Berichtszeitraum fand im August 2016 außerdem die 25. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga statt. Das Generalthema der Konferenz lautete „Hochwertige Ausbildung und Arbeit – die Zukunft der Ostseeregion“. Konkret ging es etwa um die Fragen, wie Wettbewerbsfähigkeit im Ostseeraum durch die Verbindung von Bildung und Arbeitsmarkt entwickelt werden kann und wie die Arbeitskräftemobilität und der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit im Ostseeraum verbessert werden können. Außerdem wurde das 25-jährige Bestehen der BSPC gefeiert.

Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PV-UfM)

Die parlamentarische Versammlung für den Mittelmeerraum (PV-UfM) begleitet auf parlamentarischer Ebene die Arbeit der 2008 zur Stärkung der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum gegründeten Union für den Mittelmeerraum. 2013 wurde die Versammlung durch die Einrichtung eines eigenen Haushalts und eines Sekretariates institutionell gestärkt. Der Versammlung gehören 280 Parlamentarier aus den nationalen Parlamenten aller EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und aus weiteren Mittelmeeraanrainerstaaten an. Die Delegierten sind im Sinne einer Nord-Süd-Parität verteilt, wonach 140 Sitze auf die Parlamente aus den südlichen Mittelmeeraanrainerstaaten und 140 Sitze auf Abgeordnete aus nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und aus nördlichen Mittelmeeraanrainerstaaten, die nicht Mitglied in der EU sind, entfallen. Die deutsche Delegation in der PV-UfM besteht aus drei ordentlichen Mitgliedern und wird von Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) geleitet.

Die Delegierten erarbeiten bei der jährlichen Plenartagung Berichte zu aktuellen Themen und verabschieden Empfehlungen, die sich an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Union für den Mittelmeerraum richten. Die Plenartagungen finden jeweils in dem Land statt, dessen Parlament die Präsidentschaft in der PV-UfM innehat. Im Berichtszeitraum tagte die Versammlung im Mai 2016 in Tanger und im Mai 2017 in Rom. Die Versammlung setzt sich für ein Zusammenwachsen des Mittelmeerraums ein und beschäftigte sich inhaltlich mit Themen, bei denen sich die Mitglieder um Kooperation bemühen. Die fünf Fachausschüsse der Versammlung beraten die Themen Migration, Infrastruktur, Bildung, Soziales, Mittelstandsförderung und Energie/Umwelt. So waren die Konsequenzen der Klimaerwärmung, die gravierende Verschmutzung des Mittelmeeres, das Vordringen der Terrororganisation des sogenannten „Islamischen Staates“, der Syrien-Konflikt und die daraus resultierenden Folgen sowie die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und Berufsmöglichkeiten im Mittelmeerraum Schwerpunkte der Debatten im Berichtszeitraum.

Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP)

Diese internationale parlamentarische Versammlung wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments „im Geiste der neuen parlamentarischen Dimension des Vertrags von Lissabon“ eingesetzt. Sie sieht vor, dass die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament gemeinsam über Politikfelder beraten, die in der Europäischen Union zur intergouvernementalen Zusammenarbeit und nicht zu den vergemeinschafteten Politikbereichen gehören. Die IPC GASP/GSVP hat dementsprechend keine eigenen Entscheidungskompetenzen in der Außen-, Sicherheits- oder Verteidigungspolitik, sondern bietet ein Forum für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen nationalen und europäischen Abgeordneten. Die Konferenz tagt zweimal jährlich in einem Mitgliedstaat der EU.

Während der Konferenzen treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, der Hohen Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertretern der EU-Exekutive zusammen. Die Konferenz kann im Anschluss an ihre Beratungen Schlussfolgerungen verabschieden. Während der vier letzten Tagungen in Den Haag (April 2016), Bratislava (September 2016), Malta (April 2017) und Tallin (September 2017) standen die Stärkung der zivilen und militärischen Kapazitäten für die GSVP, die Einsatzfähigkeit der EU-Battlegroups sowie die Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingsbewegungen im Mittelpunkt der Beratungen. Ferner diskutierten die Abgeordneten über die Partnerschaft der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarländern sowie über die Situation im Nahen Osten.

Der Deutsche Bundestag ist mit bis zu sechs Abgeordneten bei der Konferenz vertreten. Leiter der deutschen Delegation ist Wolfgang Hellmich (SPD).

Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (zuvor: Konferenz gemäß Artikel 13 Fiskalvertrag)

Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) sieht eine interparlamentarische Konferenz vor, in deren Rahmen Vertreter der zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments (EP) und der nationalen Parlamente die von diesem Vertrag erfassten Angelegenheiten diskutieren.

Die Konferenz gab sich auf ihrer fünften Tagung im November 2015 in Luxemburg eine Geschäftsordnung, mit der neben der Bezeichnung auch das Aufgabenspektrum und die Modalitäten der Konferenz bestimmt wurden.

Die Bezeichnung lautet fortan *Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS)*. Die zweimal jährlich tagende Konferenz bietet einen Rahmen für Debatten und den Austausch von Informationen sowie bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Bestimmungen des Fiskalvertrags, der darauf abzielt, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem EP zu stärken. Zugleich soll die Konferenz zur Gewährleistung demokratischer Rechenschaftspflichten im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU, insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), unter Berücksichtigung der sozialen Dimension beitragen.

Die Konferenz widmete sich auf ihrer sechsten Tagung in Brüssel (Februar 2016), der siebten Tagung in Bratislava (Oktober 2016) und der achten Tagung wiederum in Brüssel (Ende Januar/Anfang Februar 2017) insbesondere dem Austausch von Erfahrungen der Parlamente in Hinblick auf die verstärkte wirtschafts- und haushaltspolitische Koordinierung und Steuerung, der sozialen Dimension der WWU, der Bekämpfung der Steuerhinterziehung in der EU sowie zukünftigen Investitionsprogrammen u. a. für eine makroökonomische Stabilisierung der EU sowie deren Wettbewerbsfähigkeit.

Die Delegation des Deutschen Bundestages umfasst in der 18. Wahlperiode neun Abgeordnete, darunter angesichts der Querschnittsaufgabe der Konferenz Mitglieder des Haushaltsausschusses, des Finanzausschusses und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Sie wird von Ralph Brinkhaus (CDU/CSU) geleitet. Der Bundesrat begleitet die Konferenzen als Teil der deutschen Delegation.

Parlamentspräsidentenkonferenzen

Auf Ebene der Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten haben sich vier institutionalisierte Konferenzen etabliert: Die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der EU-Mitgliedstaaten (EU-PPK) und die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der G7-Staaten (G7-PPK) treffen sich jährlich. Die 47 Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der Mitgliedstaaten des Europarates (ER-PPK) kommen alle zwei Jahre zum Meinungs- und Informationsaustausch zusammen. An diesen Konferenzen nimmt auch der Präsident des Europäischen Parlaments teil. Seit dem Jahr 2000 finden zudem alle fünf Jahre Weltparlamentspräsidentenkonferenzen statt.

Die Bewältigung der andauernden Flüchtlingskrise und die damit verbundenen Fragen nach einer gerechteren Lastenverteilung sowie eine bessere Steuerung der Migration in der Europäischen Union waren zentrale Themen der Konferenz der EU-PPK, die im Mai 2016 in Luxemburg stattfand. Dabei bekräftigte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert, dass es beim Umgang mit den Migrationsströmen ein Mindestmaß an Verbindlichkeit geben müsse und freiwillige Beiträge einzelner europäischer Länder nicht ausreichen würden, um die gemeinsamen Probleme in den Griff zu bekommen. Diskutiert wurde zudem die Ausgestaltung der im September 2015 in Rom unterzeichneten gemeinsamen Erklärung der Parlamentspräsidenten Italiens, Luxemburgs, Frankreichs und Deutschlands. Darin sprechen sie sich für eine vertiefte politische Integration und Zusammenarbeit innerhalb der EU sowie die Stärkung der nationalen Parlamente bei Entscheidungsfindungsprozessen innerhalb der EU aus. Dieser Erklärung haben sich mittlerweile weitere Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten angeschlossen. Mit Blick auf die Ratifizierung des Freihandelsabkommens TTIP betonte Bundestagspräsident Lammert die Bedeutung der Mitwirkung nationaler Parlamente auch für die Akzeptanz der internationalen Abkommen.

Die Teilnehmer der ER-PPK kamen im September 2016 in Straßburg zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Migrations- und Flüchtlingskrise in Europa, die Frage, wie nationale Parlamente und der Europarat Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit fördern können sowie die Mobilisierung der Parlamente gegen Hass und für inklusive und nichttrassistische Gesellschaften. Zu diesem Themenbereich hielt Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert auf Bitten der Gastgeber die einführende Rede, in der er u. a. die Zunahme von Hass und Gewalt gegen Politiker scharf kritisierte und forderte, juristisch konsequent dagegen vorzugehen.

Aus Anlass des 60. Jubiläums der Unterzeichnung der Römischen Verträge kamen im Mai 2017 die Parlamentspräsidenten der EU-Mitgliedstaaten sowie Vertreter des Europaparlaments zu einer außerordentlichen Konferenz in Rom zusammen. Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert hob in einer Festansprache hervor, dass die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht im nationalen Maßstab, sondern nur gemeinsam bewältigt werden könnten. Europäer müssten daher Interesse an einem starken Europa haben. Den nationalen Parlamenten käme dabei eine besondere Rolle zu.

Die Zukunft der EU war auch zentrales Thema der EU-PPK, die im April 2017 in Bratislava stattfand. Bundestagspräsident Lammert mahnte, die eigenen Regeln ernst zu nehmen. Die Weiterentwicklung der EU als eine Wertegemeinschaft hänge auch von der Selbstverpflichtung der Mitgliedsländer ab, ein höheres Maß an Verlässlichkeit für die eigenen Regeln und Prinzipien zu zeigen. Als Erfolg wurde die Einigung der Teilnehmenden über

die Eckpunkte zur Arbeitsweise und Struktur des gemeinsamen parlamentarischen Kontrollgremiums der EU-Polizeigeneratör Europol bezeichnet.

Über die Frage, wie nationale Parlamente zur Stärkung der Rahmenbedingungen für Frieden sowie zur gesellschaftlichen Integration beitragen können, tauschten sich die Parlamentspräsidenten der G7-Staaten bei einer Konferenz in Tokio im September 2016 aus. Dieser Dialog wurde im September 2017 in Rom fortgesetzt. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand neben energiepolitischen Erörterungen die Frage, wie sich Parlamente öffnen und Bürgerbeteiligung gefördert werden können.

5. Reisen der Parlamentariergruppen sowie Gegenbesuche

Der Deutsche Bundestag unterhält internationale Beziehungen auch durch seine aus Abgeordneten bestehenden Parlamentariergruppen, die in Verbindung mit einem oder mehreren Staaten stehen. In der 18. Wahlperiode sind 54 Parlamentariergruppen eingesetzt worden (35 bilaterale und 19 multilaterale), hinzu kommt ein Länderbeauftragter für Moldau.

Die Reisen und Besuche im Rahmen dieser bilateralen und multilateralen Parlamentariergruppen dienen dem kontinuierlichen Kontakt zu Abgeordneten der Partnerstaaten und dem fortlaufenden Dialog über die für sie wichtigen und politisch aktuellen Themen. Daneben treffen sich die Abgeordneten der Parlamentariergruppen mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Medien, um über die politische und gesellschaftliche Lage in den Partnerstaaten informiert zu sein. Durch ihre besondere Sachkenntnis über den Partnerstaat beziehungsweise die Partnerregion sind die Parlamentariergruppen ein Ansprechpartner für ausländische Besuchsdelegationen mit unterschiedlichsten Interessen und Zielsetzungen.

Im Folgenden wird eine Kurzübersicht über die Reisen und Gegenbesuche der Parlamentariergruppen in alphabetischer Reihenfolge gegeben. Trotz vielfältiger anderweitiger Aktivitäten sind einige Parlamentariergruppen nicht genannt, da deren Reisen oder Gegenbesuche durch ausländische Delegationen in der ersten Hälfte der Legislaturperiode stattgefunden haben.

Deutsch-Ägyptische Parlamentariergruppe

Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe liegt in der Unterstützung des Transformations- und Demokratisierungsprozesses des Partnerlandes. Bei einer Delegationsreise nach Kairo im März 2017 informierten sich die Bundestagsabgeordneten über die aktuelle Lage in Ägypten. Nach mehreren Jahren ohne direktes Treffen der Parlamentarier beider Seiten konnte die Reise zur Aufnahme neuer Kontakte genutzt werden. Vor dem Hintergrund des globalen Terrors und dem Erfordernis der Eindämmung von Radikalisierung standen Themen wie die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation Ägyptens sowie das Bildungssystem im Mittelpunkt des Interesses. So besuchten die Bundestagsabgeordneten einen Ausbildungsbetrieb, der im Rahmen der deutschen wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit am dualen Ausbildungssystem teilnimmt. Die ägyptische Seite bemängelte allerdings das Fehlen einer klar definierten Außenpolitik der Europäischen Union gegenüber Ägypten. Weitere Themenschwerpunkte der Gespräche bildeten Fragen der Stabilität in der Region, das ägyptische Engagement für einen moderaten Islam sowie die Integration der Kopten in die ägyptische Gesellschaft. Vertreter der Zivilgesellschaft wiesen auf die Menschenrechtslage in Ägypten hin, die sehr viel schlechter geworden sei als vor der Revolution. Freie Meinungsäußerung sei demnach nicht mehr möglich.

Parlamentariergruppe Arabischsprachige Staaten des Nahen Ostens

(Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate, Arbeitsgruppe Palästina)

Im Berichtszeitraum waren die Auswirkungen des Syrien-Konflikts und der politischen Veränderungen in Nordafrika auf die arabischen Staaten sowie die Bekämpfung des „Islamischen Staates“ immer wieder Themen, mit denen sich diese Parlamentariergruppe beschäftigte. Ein Besuch von Mitgliedern des Parlaments der Republik Irak im Mai/Juni 2017 stand daher unter dem Eindruck der schwierigen Sicherheitslage in dem Land und der gesamten Region. Während des Besuches hatten die Gäste Gelegenheit, sich mit den deutschen Gesprächspartnern über die wirtschaftliche Lage im Irak und Möglichkeiten entsprechender Unterstützung auszutauschen. Vor dem Hintergrund von Autonomiebestrebungen der kurdischen Bevölkerung im Irak war die Delegation zudem sehr interessiert daran, das föderale System der Bundesrepublik Deutschland kennenzulernen. Dazu trafen die Gäste mit Vertretern des Bundesrates, des Abgeordnetenhauses von Berlin und – zum Thema fiskalische Dezentralisie-

rung — mit Vertretern des Bundesministeriums der Finanzen zusammen. Im Gespräch mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zum Thema „Aufarbeitung der Vergangenheit und Versöhnung“ kam es aufgrund der persönlichen Erlebnisse der Delegationsmitglieder im eigenen Land zu einer emotionalen Diskussion. In deren Verlauf bemängelten die irakischen Gäste, dass die Amerikaner einen Großteil der zur Aufarbeitung notwendigen Unterlagen nach Amerika geschafft hätten, so dass eine umfassende Aufarbeitung mit dem Ziel der Versöhnung nur bedingt möglich sein werde.

Deutsch-Australisch-Neuseeländische Parlamentariergruppe

(Australien, Neuseeland, Ost-Timor)

Während ihrer Reise im März 2016 nach Australien und Neuseeland ging es der Bundestagsdelegation neben dem bilateralen parlamentarischen Austausch um eine große Bandbreite von Themen, die sich von den Wirtschaftsbeziehungen beider Länder zu Deutschland bis zu den Bereichen Landwirtschaft, Wissenschaft und Immigration erstreckten. Während die Delegationsmitglieder in Australiens Hauptstadt Canberra die Gelegenheit zu Treffen mit ihren australischen Kollegen nutzten, waren in Perth insbesondere Rohstofffragen und generell die Industriepolitik Gegenstand des Interesses. In Melbourne führten die Abgeordneten Gespräche über die berufliche Bildung in Australien, zu moderner Stadtentwicklung und zur Forschung im Bereich der Energieeffizienz. Ebenso informierten sich die Mitglieder der Parlamentariergruppe über Einwanderung und die Situation von Flüchtlingen auf dem fünften Kontinent. Auch in Neuseeland konnte sich die Delegation bei ihrem Besuch des Parlaments in Wellington ausführlich mit den Abgeordneten ihres Partnerlandes austauschen. Zudem gab es Gelegenheit, an der gerade stattfindenden Fragestunde im Parlament teilzunehmen und sich generell über die parlamentarischen Abläufe zu informieren. Darüber hinaus traf die Delegation der Parlamentariergruppe zu Gesprächen mit Regierungsvertretern zusammen, in denen unter anderem das transpazifische Freihandelsabkommen und das geplante Freihandelsabkommen mit Europa sowie Fragen zur Milch- und Viehwirtschaft erörtert wurden. In Christchurch informierten sich die Abgeordneten über den Wirtschaftsaufschwung im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau nach dem dortigen Erdbeben Anfang 2015 und besuchten eine agrarwissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungsorganisation.

Deutsch-Baltische Parlamentariergruppe

(Estland, Lettland, Litauen)

Aus ihren Gesprächen während einer Delegationsreise im Oktober 2015 nach Litauen nahmen die Mitglieder der Parlamentariergruppe den deutlichen Eindruck mit, dass sich sowohl die politischen Akteure als auch große Teile der litauischen Gesellschaft durch die Politik Russlands – nicht nur mit Blick auf die Ukraine – bedroht fühlten. Die Gesprächspartner der Delegation machten deutlich, dass der russische Präsident und sein Staatsapparat versuchten, den Westen zu destabilisieren. Die deutschen Abgeordneten betonten, Bundesregierung und Bundestag stünden unerschütterlich zur NATO-Beistands- und Schutzverpflichtung. Zweites zentrales Gesprächsthema war der Umgang mit den in großer Zahl nach Europa flüchtenden Menschen, der von litauischer und deutscher Seite sehr unterschiedlich gesehen wurde. Die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin wurde von den Gastgebern heftig kritisiert. Da die litauische Bevölkerung historisch und kulturell keinerlei Erfahrung mit der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen habe, könne das Land nur eine sehr geringe Zahl von Flüchtlingen aufnehmen, erklärten die litauischen Gesprächspartner. Auch auf der Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Juni 2016 nach Lettland und Estland war die zunehmend als bedrohlich empfundene Außenpolitik Russlands das beherrschende Thema. Die russischen Minderheiten in beiden Ländern seien stark von der einseitigen Propaganda russischer Medien beeinflusst, erfuhren die deutschen Abgeordneten von ihren Gesprächspartnern. Bei einem Besuch von Narwa, einer Stadt an der Grenze Estlands zu Russland, informierten sie sich über die verschiedenen Arten der russischen Einflussnahme. Der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung beträgt dort 98 Prozent. Eine nennenswerte Zahl Beschäftigter seien tägliche Pendler, die in Russland arbeiteten. Wie schon 2015 in Litauen wurde auch in Lettland und Estland das Programm des Auswärtigen Amtes zur Resilienzbildung gegen russische Einflussnahme positiv bewertet. Das Ziel, in Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle ein russischsprachiges Programm zu erarbeiten, wurde ausdrücklich begrüßt. Bei einem Besuch des NATO-Zentrums für strategische Kommunikation in Riga erhielt die Delegation eindrucksvolle Darstellungen der Art der russischen Propaganda und Cyberattacken. Sowohl in Estland als auch in Lettland wurde die herausragende Bedeutung der NATO-Mitgliedschaft und der guten Beziehungen zu den USA für das gesamte Baltikum betont. Die gesellschaftlichen und organisatorischen Probleme, in die Deutschland durch die große Zahl von aufgenommenen Flüchtlingen geraten sei, wurden als abschreckend für die Aufnahme von Flüchtlingen in Lettland und Estland bezeichnet.

Deutsch-Belarussische Parlamentariergruppe

Mit einer Delegationsreise in ihr Partnerland im Oktober 2016 knüpfte die Parlamentariergruppe an ihre bisherige Arbeit an. Unmittelbar nach der dortigen Parlamentswahl im September 2016 konnten die Bundestagsabgeordneten mit ihrem Besuch in Minsk zum Ausdruck bringen, dass eine Wiederaufnahme der parlamentarischen Kontakte beiderseitigem Wunsch entsprach. Vor dem Hintergrund einer Annäherung von Belarus und Europäischer Union leistete die Delegation aus dem Bundestag damit ihren Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zu dem Land. Die positiven Anstrengungen und gemeinsamen Programme von Europäischer Kommission und belarussischer Regierung in den letzten zwei Jahren zeigten eine gewisse Annäherung und eine Zunahme der Kooperation, die die Parlamentariergruppe mit ihrer Reise unterstützen wollte. Zugleich sprachen die Abgeordneten kritische Themen an wie beispielsweise die Reform des Wahlgesetzes oder ein Moratorium zur Vollstreckung der Todesstrafe und formulierten entsprechende Erwartungen an die belarussische Seite. Die Mitglieder der Delegation machten sich in Minsk bei Gesprächen mit Mitgliedern des Parlaments, der Regierung sowie mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen ein Bild von der innenpolitischen Situation, insbesondere für Opposition und Zivilgesellschaft. Zudem ging es um die wirtschaftliche Lage des Landes sowie um Möglichkeiten, die wissenschaftliche und technologische Kooperation zwischen Deutschland und Belarus zu vertiefen.

Deutsch-Belgisch-Luxemburgische Parlamentariergruppe

Während einer Delegationsreise im Februar 2017 trafen Mitglieder dieser Parlamentariergruppe in Brüssel, Gent, Namur und Eupen unterschiedliche Gesprächspartner aus dem parlamentarischen Raum, aus der belgischen Föderalregierung, aus Kommunen sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft. Mit ihnen diskutierten sie die Auswirkungen der belgischen Staatsreformen, die grenzüberschreitende bilaterale Zusammenarbeit vor allem bei der Bekämpfung des Terrorismus, Asyl- und Migrationsfragen, die Lage der Europäischen Union nach dem Brexit sowie die transatlantischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung des Freihandelsabkommens CETA. Die Sicherheitsprobleme beim Betrieb der belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel standen im Mittelpunkt einer kritischen Erörterung mit der belgischen Ministerin für Energie, Umwelt und nachhaltige Entwicklung. In den Parlamenten der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft informierte sich die Delegation in Gesprächen mit den jeweiligen Parlamentspräsidenten über die Kompetenzen und die Arbeitsweise der Volksvertretungen sowie über das Zusammenspiel der unterschiedlichen Ebenen des belgischen Föderalstaates. Bei einer Kranzniederlegung auf dem deutschen Soldatenfriedhof Lange-mark gedachten die Abgeordneten der Opfer der Flandernschlachten im Ersten Weltkrieg.

Parlamentariergruppe Bosnien und Herzegowina

Die Parlamentariergruppe verfolgte im Berichtszeitraum auch weiterhin das Ziel, Bosnien und Herzegowina auf dem Weg der Annäherung an die Europäische Union zu begleiten und zu unterstützen. Während einer Delegationsreise im Oktober 2016 führten Mitglieder der Parlamentariergruppe in diesem Zusammenhang zahlreiche Gespräche sowohl mit politischen Vertretern des Landes als auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft. Deutlich wurde, dass gerade junge Menschen vielfach große Hoffnung auf eine Zukunft in der EU setzen. Der Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina wie auch Vertreter der EU-Delegation in Sarajewo machten deutlich, dass die Fixierung auf die verschiedenen ethnischen sowie „nationalen“ Identitäten und damit zusammenhängenden zermürbenden innenpolitischen Debatten dem Annäherungsprozess nicht immer zuträglich sind. Viele Gesprächspartner unter den Parlamentariern mutmaßten zudem, dass die politische Elite des Landes nicht einheitlich hinter einem EU-Beitritt stehe. Ein Besuch in der Srebrenica-Ausstellung und ein Gespräch mit den „Müttern von Srebrenica“ lenkten den Blick auf die noch immer nicht verheilten Wunden des Bosnien-Kriegs.

Eine bosnische Parlamentarierdelegation nutzte ihren Gegenbesuch im Juni 2017 in Deutschland, die in Sarajewo begonnenen Gespräche zu Fragen der EU-Integration fortzuführen. Sie informierte sich zudem bei Vertretern des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz über die Unabhängigkeit der Justiz in der Bundesrepublik Deutschland sowie im Gespräch mit einem Vertreter des Deutschen Presserates über dessen Arbeit. Die Gäste interessierten sich darüber hinaus dafür, ob Nichtregierungsorganisationen in Deutschland Einfluss auf die Politik nehmen können und auf welchen Wegen dies erfolgt. Dies wurde mit einem Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes diskutiert.

Deutsch-Brasilianische Parlamentariergruppe

Eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe im April 2016 fand vor dem Hintergrund einer recht zugespitzten innenpolitischen Debatte in Brasilien statt, die von einem Korruptionsskandal rund um den staatlichen Erdölkonzern Petrobras geprägt war. Gesprächspartner der Abgeordneten verwiesen zum einen darauf, dass das Justizsystem Stärke und Unabhängigkeit bewiesen habe. Andererseits habe vor allem das Parlament einen erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust erlitten. Die Frage einer möglichen Amtsenthebung von Staatspräsidentin Dilma Rousseff spaltete Parlament und Gesellschaft in zwei Lager, die sich unversöhnlich gegenüberstanden. Neben den politischen Gesprächen in der Hauptstadt Brasilia verfolgten die Delegationsmitglieder eine Reihe weiterer thematischer Schwerpunkte. So erörterten sie Fragen des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie die Situation der indigenen Gemeinschaften bei einem Besuch im Bundesstaat Amazonas, der eine Schlüsselrolle bei der Erreichung nachhaltiger Entwicklungsziele spielt. Die Abgeordneten lernten vor Ort Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit kennen, die darauf abzielen, der lokalen Bevölkerung alternative und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Einkommensmöglichkeiten aufzuzeigen. In Río Grande do Sul beschäftigte sich die Delegation ferner sowohl mit dem kulturellen als auch mit dem wirtschaftlichen Einfluss der deutschstämmigen Bevölkerung.

Deutsch-Britische Parlamentariergruppe

Das dominierende Thema der Delegationsreise der Parlamentariergruppe im November 2015 war das Referendum zum Verbleib von Großbritannien in der Europäischen Union. Die Delegation traf sich mit Vertretern beider Lager, um sich ein umfassendes Bild von der Stimmung im Vereinigten Königreich zu machen. Die Mehrheit der Gesprächspartner vertrat die Meinung, dass die Bevölkerung Großbritanniens im Falle des Referendums für den Verbleib in der EU votieren würde, da trotz eines durchaus bestehenden Unmuts über die Union die ökonomische Entwicklung des Landes bei einem Ausscheiden wahrscheinlich gefährdet sei. Diverse Gesprächspartner plädierten ebenfalls aus sicherheitspolitischen Gesichtspunkten für die weitere Mitgliedschaft in der EU. Die von der Delegation bei vielen Gelegenheiten angesprochene Flüchtlingssituation in Deutschland und Europa stieß bei den Briten nur auf verhaltenes Interesse. Einige britische Abgeordnete vertraten die Meinung, die Politik der Bundeskanzlerin sei Hauptursache für die schwierige Lage in Deutschland und anderen europäischen Staaten, da sie Flüchtlinge aus aller Welt geradezu nach Europa eingeladen habe. Druck auf Großbritannien in Richtung einer EU-weit gültigen Flüchtlingsquote könne vor dem Hintergrund des geplanten Referendums zu Abwehrreaktionen führen und stieß bei sämtlichen Gesprächspartnern ausschließlich auf Ablehnung.

Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Im Oktober/November 2016 besuchte eine Delegation der Parlamentariergruppe die Volksrepublik China. In der Hauptstadt Peking trafen sich die Abgeordneten mit Vertretern der vor Ort ansässigen deutschen politischen Stiftungen. Hintergrund für dieses Treffen war ein in der Volksrepublik China verabschiedetes Gesetz, das den Umgang mit ausländischen Nichtregierungsorganisationen regeln soll und dabei die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen einschränkt. Die Delegation nutzte die sich anschließenden Gespräche mit Mitgliedern des Nationalen Volkskongresses (NVK) daher, um auf die wichtige Arbeit der deutschen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen hinzuweisen, die auch für die deutsch-chinesischen Beziehungen relevant sei. Darüber hinaus ging es in den Gesprächen mit Vertretern der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission und des Auswärtigen Ausschusses des NVK um Wirtschaftsthemen sowie um Chinas außenpolitische Rolle in Asien. Zum Abschluss des Aufenthaltes in der chinesischen Hauptstadt erörterte die Delegation aktuelle Entwicklungen mit in China lebenden deutschen Journalisten. In Hongkong ging es neben der wirtschaftlichen Situation der Sonderverwaltungszone vor allem um die weitreichenden Folgen der kurz zuvor abgehaltenen Wahlen des Legislativrats, bei denen die Opposition mit über 55 Prozent der Wählerstimmen die Mehrheit errungen hatte. Zwei junge Abgeordnete der Opposition hatten daraufhin ihre öffentliche Eidesleistung für eine Protestaktion gegen die Zentralregierung in Peking genutzt. Diese bewertete die Aktion als Akt zur Separation von der Volksrepublik, woraufhin Peking ihnen die Mandate aberkannte und zudem ein Gesetz ankündigte, das nach Einschätzung der Opposition sowie von China-Beobachtern und Journalisten in Hongkong faktisch zu einer Gleichschaltung des Legislativrates führen wird.

Parlamentariergruppe Englisch- und Portugiesischsprachige Staaten West- und Zentralafrikas*(Gambia, Ghana, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Nigeria, Sierra Leone)*

Die Arbeit der Parlamentariergruppe ist von dem Bestreben getragen, über persönliche Kontaktpflege auf parlamentarischer Ebene dafür zu werben, dass grundlegende Prinzipien des eigenen Gesellschafts- und Demokratieverständnisses zunehmend auch in den Partnerländern greifen. Eine Delegationsreise im Oktober/November 2016 bot in diesem Sinne Gelegenheit für einen vielfältigen parlamentarischen Austausch zu den politisch aktuellen Themen Nigerias. Bei Gesprächen mit Abgeordneten und Wirtschaftsvertretern wurde die schwierige wirtschaftliche Situation Nigerias thematisiert, mit speziellem Fokus auf die Besonderheiten und Herausforderungen der dynamischen Wirtschaftsmetropole Lagos. Vor allem der Bedarf an Schulprojekten sowie dualer Ausbildung, das intransparente Steuersystem, der Kampf gegen Korruption, die Fördernotwendigkeiten für kleine und mittelständische Unternehmen sowie die problematische Wasserversorgung/Abwasserentsorgung fanden hier Erwähnung. Alle Gesprächspartner einte der Wunsch nach verstärkter ausländischer Initiative hinsichtlich Investitionen und Expertise.

Eine Delegation dieser Parlamentariergruppe nutzte eine Reise im Juni 2017 nach Gambia und Ghana, um sich vor Ort über die jüngsten Entwicklungen in den beiden Ländern zu informieren. Gambia gehört weiterhin zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. Die illegale Auswanderung junger Menschen, besonders mit dem Ziel Europäische Union, ist weiterhin außerordentlich hoch. Infolge der Präsidentschaftswahl im Dezember 2016 ist es Anfang 2017 in Gambia zu einem friedlichen Machtwechsel gekommen – dem ersten durch Wahlen herbeigeführten Wechsel seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1965. Mit der Delegationsreise sollte dokumentiert werden, dass es grundsätzlich in deutschem Interesse ist, zur Stabilisierung des Landes beizutragen, nicht zuletzt, um Gambia als Partner bei der Bewältigung der Migrationsproblematik zu gewinnen. Die Abgeordneten der Nationalversammlung Gambias bekundeten, dass die Delegationsreise der Parlamentariergruppe vor diesem Hintergrund ein positives Signal für Gambia sei. Ghana gilt auf dem afrikanischen Kontinent als demokratisch gefestigter Staat. Dies hat der friedliche Regierungswechsel nach den Parlamentswahlen vom 7. Dezember 2016 erneut gezeigt. Das Land ist seit langem ein Schwerpunktland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Bei den Gesprächen mit den Abgeordneten und Vertretern der Zivilgesellschaft gewann die Delegation den Eindruck, dass die bilaterale Zusammenarbeit im Migrationsbereich noch ausgebaut werden muss. Der Migrationsdruck stellt ein großes innen- und außenpolitisches Problem dar und belastet die sozioökonomische Entwicklung des Landes.

Deutsch-Französische Parlamentariergruppe

Die Parlamentariergruppe ist ein wichtiges Bindeglied in den besonders intensiven und vielschichtigen Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Französischen Nationalversammlung. Mit dem seit 1998 in regelmäßigen Abständen durchgeführten Hospitantenprogramm ermöglicht sie den Aufbau nachhaltiger persönlicher Netzwerke zwischen deutschen und französischen Abgeordneten. Im April 2016 kamen sechs Abgeordnete der Französischen Nationalversammlung im Rahmen des 9. Hospitantenprogramms nach Deutschland. Der erste Programmteil führte in den Wahlkreis des jeweiligen Tandempartners, wo die französischen Abgeordneten ihre deutschen Kollegen bei Begegnungen mit Bürgern, bei Veranstaltungen der örtlichen Parteigremien und bei Gesprächen in lokalen Einrichtungen begleiteten. Im zweiten Programmteil in Berlin besuchten die Teilnehmer Sitzungen der Fraktionen, Arbeitsgruppen und Ausschüsse im Deutschen Bundestag. Wichtige Themen des Austauschs waren neben der Bewältigung der Flüchtlingskrise auch die Umsetzung der auf der Pariser Klimakonferenz im Dezember 2015 gefassten Beschlüsse. Ziel des Hospitantenprogramms ist es, den Abgeordneten durch ihre Einbeziehung in die parlamentarische Arbeit ein vertieftes Verständnis für Strukturen und Abläufe, aber auch für die politische Diskussion im Nachbarland zu eröffnen.

Parlamentariergruppe Französischsprachiger Staaten West- und Zentralafrikas*(Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Cote d'Ivoire, Gabun, Guinea, Kamerun, Republik Kongo, Mali, Niger, Senegal, Togo, Tschad, Zentralafrikanische Republik)*

Große Wertschätzung erfuhr der Besuch einer Delegation der Parlamentariergruppe im Oktober 2015 in Mali und Kamerun. Dies drückte sich sowohl in der sehr hochrangigen protokollarischen Wahrnehmung der Delegation aus als auch in einer Reihe von Äußerungen, die auf hohe Erwartungen gegenüber Deutschland als Partnerland schließen ließen. Die Abgeordneten informierten sich vor Ort über das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstützte Projekt „Grüne Zentren – eine Welt ohne Hunger“. In Mali

ging es zudem um die Herausforderungen und Perspektiven des Bergbaus, während sich die Delegation in Kamerun mit den Möglichkeiten einer Wirtschafts- beziehungsweise Wissenschaftskooperation mit Deutschland beschäftigte.

Im November 2016 informierte sich eine Parlamentarierdelegation aus Togo über verschiedene Aspekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit und kam dazu in Berlin mit dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Vertretern der Bundesregierung sowie der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit zusammen. Sie führte im Bundestag darüber hinaus ausführliche Informationsgespräche über Verhaltensregeln für Abgeordnete, das parlamentarische Fragesystem, die Rolle der parlamentarischen Opposition und die Parteienfinanzierung.

Schwerpunkt einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Burkina Faso und Niger im Februar/März 2017 war die Aufnahme beziehungsweise Intensivierung der parlamentarischen Kontakte. Insbesondere informierte sich die Delegation in beiden Ländern über die realen Einflussmöglichkeiten der Parlamente auf die politischen Entscheidungsprozesse. Darüber hinaus bildeten Sicherheit und Migration zentrale Gesprächsthemen. In beiden Ländern war auch die wachsende Gefahr terroristischer Anschläge ein zentraler Gesprächspunkt. Burkina Faso zeigt sich im Nachgang der friedlichen Revolution im Jahr 2014, der darauf folgenden politischen Übergangsphase und der ersten freien, demokratischen Wahlen im Jahr 2015 bemüht, demokratische Strukturen zu festigen und auszubauen. Niger hingegen steht im Zuge der massiven Migrationsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent und vor dem Hintergrund des rasanten Bevölkerungswachstums vor enormen politischen wie gesellschaftlichen Herausforderungen.

Deutsch-Griechische Parlamentariergruppe

Bei einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Mai 2016 nach Griechenland ging es den Abgeordneten neben den bilateralen parlamentarischen Kontakten um die Flüchtlingssituation, die finanzpolitischen Entwicklungen des Landes und die Perspektiven der von der Wirtschaftslage besonders betroffenen Jugendlichen in Griechenland. Beim Besuch zweier Flüchtlingsunterkünfte in Athen erhielt die Delegation einen deutlichen Eindruck von den drängenden Problemen, die durch die Ungewissheit der Flüchtlinge über ihr weiteres Schicksal und unzureichende Möglichkeiten der Familienzusammenführung gekennzeichnet waren. Im Rahmen ihrer Gespräche zur Flüchtlingskrise wurde den Abgeordneten zudem deutlich, dass der griechischen Regierung keine Alternativen zu dem mit der Türkei abgeschlossenen Abkommen zur Rücknahme von Flüchtlingen zur Verfügung stand, sodass diesem Abkommen bei der weiteren Bewältigung der Flüchtlingskrise aus griechischer Sicht eine zentrale Rolle zukommt.

Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe

Die Deutsch-Israelischen Beziehungen und der Nahostkonflikt bilden naturgemäß den Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe. Das beherrschende Thema einer Delegationsreise im Februar 2017 nach Tel Aviv und Jerusalem gab jedoch eine aktuelle Entwicklung vor: Zu Beginn des Aufenthalts der Mitglieder der Parlamentariergruppe verabschiedete die Knesset das international sehr umstrittene sogenannte „Legalisierungsgesetz“. Dieses erlaubt der Regierung, privates palästinensisches Gebiet, auf dem Siedlerhäuser stehen, nachträglich zu konfiszieren. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung betraf dies etwa 4000 Siedlerhäuser, die auf palästinensischem Privatland errichtet wurden. Die Palästinenser erhielten für ihr Land eine Entschädigung. In Gesprächen mit Abgeordneten verschiedener Fraktionen der Knesset wurde der Delegation deren Sichtweise auf das Gesetz geschildert. Ein großer Teil der israelischen Abgeordneten, neben der gesamten Opposition auch Mitglieder der konservativen Regierung, lehnten das Gesetz mit deutlichen Worten ab, da es den ohnehin schon stagnierenden Friedensprozess zwischen Israel und der palästinensischen Seite gefährde – und eine Zwei-Staaten-Lösung in noch weitere Ferne rücken lasse. Bei einem Besuch des Hauses der Aktion Sühnezeichen sowie bei dem gemeinnützigen Verein AMCHA, der psychologische Hilfe für Holocaust-Überlebende anbietet, konnten sich die Mitglieder der Parlamentariergruppe mit Jugendlichen aus Deutschland unterhalten, die ein freiwilliges soziales Jahr in Israel verbringen. In Jerusalem stand auch ein Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem auf dem Programm, wo die Delegationsmitglieder in der Halle der Erinnerung einen Kranz niederlegten.

Deutsch-Iranische Parlamentariergruppe

Ziel des Besuchs einer Delegation der Iranisch-Deutschen Freundschaftsgruppe im März 2017 in Berlin war das Bemühen um eine Vertiefung der bilateralen parlamentarischen Zusammenarbeit. Bundestagspräsident Lammert erläuterte im Gespräch mit den iranischen Abgeordneten, dass die besonderen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland elementarer Bestandteil der deutschen Staatsräson sei. Hochrangige Vertreter des Auswärtigen Amtes hoben das Potenzial Irans hervor, als stabile Macht in einer von Konflikten geprägten Region zu einer Befriedung Syriens beizutragen. Die Mitglieder der iranischen Delegation erkundeten in Gesprächen mit Mitgliedern des Bundestages, Vertretern der Bundesregierung und anderen Fachleuten die Rahmenbedingungen für einen Ausbau des deutschen Engagements im Iran in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, erneuerbare Energien, Kultur, Bildung und Ausbildung sowie Tourismus. Sie zeigten sich insbesondere an einer Erweiterung von Hochschulkooperationen und von Studentenaustauschprogrammen interessiert. Im Gespräch mit Wirtschaftsvertretern zeigten sie große Wertschätzung für das deutsche System der beruflichen Bildung und äußerten den Wunsch, an die historisch guten bilateralen Kontakte in diesem Sektor anzuknüpfen.

Deutsch-Irische Parlamentariergruppe

Im Berichtszeitraum war der „Brexit“ immer wieder das beherrschende Thema, mit dem sich die Parlamentariergruppe – auch gemeinschaftlich mit der Deutsch-Britischen Parlamentariergruppe – beschäftigte. Der Besuch von Mitgliedern des irischen Parlaments im Juni 2017 drehte sich daher thematisch fast ausschließlich um die Folgen des bevorstehenden Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union. Dazu trafen die Gäste bei ihrem dreitägigen Aufenthalt in Berlin mit Abgeordneten des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU und des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages sowie mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zusammen. Gesprochen wurde hauptsächlich über die in ihrer Gesamtheit noch nicht vorhersehbaren Folgen für die Republik Irland. Besondere Sorgen bereiteten den irischen Parlamentariern die Auswirkungen auf ihre Bürger im Grenzgebiet zu Nordirland, das zum Vereinigten Königreich gehört. Sollten sich Großbritannien und die EU nicht auf Regelungen bezüglich der noch existierenden Freizügigkeit einigen können, hätte dies für die Menschen auf beiden Seiten weitreichende Folgen. Auch wenn der „Brexit“ herbe Nachteile für Irland bedeuten kann, versuchte man über Chancen zu sprechen, die das kommende Szenario für das Land bieten könne. Besonders aufgeschlossen waren die Gäste dabei gegenüber dem Gedanken, dass Irland zukünftig Großbritannien ersetzen könnte als bevorzugtes Ziel für Sprachaufenthalte junger Deutscher und Europäer.

Deutsch-Italienische Parlamentariergruppe

Beim Delegationsbesuch der italienischen Freundschaftsgruppe im Mai 2016 in Berlin standen Themen auf dem Programm, die in beiden Ländern gleichermaßen Gegenstand politischer Diskussionen waren. Gemeinsam mit ihren Gesprächspartnern aus dem Deutschen Bundestag und aus der Bundesregierung erörterten die italienischen Parlamentarier Antworten auf die wachsende EU-Skepsis und das Erstarken populistischer Strömungen an den Rändern des politischen Spektrums in Deutschland und Italien. Einigkeit bestand hinsichtlich der Notwendigkeit eines gesamteuropäischen Ansatzes zur Lösung der Flüchtlingsfrage, der auch auf die Verbesserung der Lebensumstände in den Herkunftsländern zielen müsse. Die italienischen Abgeordneten würdigten die solidarische Unterstützung Deutschlands bei ihrer Forderung nach einem stärkeren Engagement der übrigen EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms. Vor dem Hintergrund der anhaltend schlechten wirtschaftlichen Lage und hoher Arbeitslosigkeit in Italien tauschte sich die Delegation aus Rom mit Vertretern des Bundesarbeitsministeriums, von Unternehmen und Gewerkschaften über die Herausforderungen bei der Umsetzung der Arbeitsmarktreformen sowie über das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland aus. Besonders interessiert zeigten sich die italienischen Abgeordneten in diesem Kontext an den Erfahrungen mit der betrieblichen Mitbestimmung und an dem Modell der Sozialpartnerschaft.

Deutsch-Japanische Parlamentariergruppe

Die gemeinsamen Interessen der kulturell eigentlich sehr unterschiedlichen Partnerländer standen im Mittelpunkt eines Japan-Besuchs von Mitgliedern der Parlamentariergruppe im Oktober 2016. Neben den aufeinanderfolgenden G7-Vorsitzen von Deutschland und Japan ging es in den Gesprächen der Abgeordneten vor allem um die traditionell guten bilateralen Beziehungen sowie um Energiepolitik und Verkehrsthemen. Bei einem Treffen mit Vertretern des erst kürzlich gegründeten Kooperationsrats zur Energiewende wurde dieser als ein für Deutsche

und Japaner wichtiges Projekt zur Energiewende hervorgehoben. Das Ziel, internationalen Wissensaustausch zu fördern und Handlungsempfehlungen auszusprechen, solle der Energiepolitik beider Länder dienen und langfristig zu mehr Energieeffizienz führen. Im „Zukunftsmuseum“ Miraikan konnte die Delegation Einblick in die in Japan populäre Robotik-Forschung erhalten und sich die Fähigkeiten verschiedener Roboter demonstrieren lassen. Zwar sei man in Japan aufgeschlossener hinsichtlich möglicher Einsatzgebiete für Roboter, doch auch in der japanischen Gesellschaft würden angesichts des wissenschaftlichen Fortschritts über Ängste und Folgen gesprochen. In den Gesprächen mit japanischen Abgeordneten und Regierungsvertretern spielte auch der demographische Wandel in Japan eine Rolle, für dessen Herausforderungen das Land massive Anstrengungen unternahme, um die Folgen für den Arbeitsmarkt sowie das Sozial- und Gesundheitssystem absehen und darauf reagieren zu können.

Deutsch-Koreanische Parlamentariergruppe

(Demokratische Volksrepublik Korea, Republik Korea)

Eine Delegation der Parlamentariergruppe besuchte im Oktober 2015 die koreanische Halbinsel; neben einem Aufenthalt in Südkorea verbrachte die Delegation die ersten Tage der Reise auch in Nordkorea. Ein herausragendes Thema in beiden Ländern betraf die mögliche Wiedervereinigung. Diese wird sowohl vom Nord- als auch vom Südtteil offiziell angestrebt, wobei sich beide als die legitime Vertretung des koreanischen Volkes ansehen. Gemeinsam war ihnen jedoch in allen Gesprächen ein aufrichtiges Interesse an den Erfahrungen Deutschlands bei dessen Wiedervereinigung. Die Reise in das abgeschottete Nordkorea fand wenige Tage nach den Feierlichkeiten des 70-jährigen Bestehens der Gründerpartei statt. Im Vorfeld wurde dabei befürchtet, dass Nordkorea zu diesem Anlass – wie es in den Vorjahren öfter vorkam – einen Test von Langstreckenraketen durchführen könnte. In Gesprächen mit Nordkoreanern äußerten die Delegationsteilnehmer daher ihre Erleichterung über den Verzicht eines solchen Tests, denn anderenfalls hätte ein Besuch im Land nicht stattfinden können. Den Aufenthalt in Nordkorea nutzte die Delegation insbesondere um sich dafür einzusetzen, dass deutsche Stiftungen und Hilfsorganisationen ihre Arbeit im Land fortsetzen können. Zu diesem Anlass wurden auch Projekte auf dem Land wie etwa von der „Welthungerhilfe“ oder von „Brot für die Welt“ besichtigt. In Südkorea waren sämtliche Gesprächspartner an den Schilderungen der Bundestagsdelegation von ihrem Aufenthalt im Norden interessiert. Erörtert wurden auch die wirtschaftlichen Herausforderungen, die im Falle einer Wiedervereinigung mit dem völlig unterentwickelten Norden für das hochentwickelte Südkorea zu lösen wären – und die nach Einschätzung aller Beteiligten sehr viel größer wären als bei der deutschen Wiedervereinigung. In einem Gespräch mit jugendlichen Geflüchteten aus Nordkorea erzählten diese der Delegation von ihrem Leben dort und mit welchen Problemen sie bei der Eingliederung in eine freie Gesellschaft zu kämpfen haben.

Deutsch-Kroatische Parlamentariergruppe

Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe lag in der Unterstützung des Reformprozesses in Kroatien im Hinblick auf die weitere Integration des Landes in die Europäische Union. In zahlreichen Gesprächsterminen der Mitglieder der Parlamentariergruppe in Berlin erfolgte ein regelmäßiger Austausch über die Fortschritte der Annäherung, aber auch über die Vor- und Nachteile der Aufnahme von neuen Mitgliedstaaten. Die EU-Erweiterung, insbesondere die Aufnahme Serbiens, die Kroatien unterstützt, war unter anderem Thema während einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Zagreb im Dezember 2016. In einer Reihe von Gesprächen hob die kroatische Seite hervor, dass die außenpolitischen Kernanliegen Kroatiens die Sicherheit im Westbalkan und die Stabilität der Europäischen Union seien. Angesprochen wurde darüber hinaus die problematische Lage in Bosnien und Herzegowina durch den Einfluss anderer Staaten, etwa der Türkei, den arabischen Staaten und Russlands. Die daraus resultierende Forderung Kroatiens lautet, dass sich die Europäische Union der Region wieder mehr widmen müsse. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation des Landes wurden Strukturreformen angekündigt. Kroatien bereitet sich zudem auf die EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2020 vor.

Parlamentariergruppe Maghreb-Staaten

(Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien, Tunesien)

Die Intensivierung der parlamentarischen Beziehungen und die Begleitung des Demokratisierungsprozesses in den Maghreb-Staaten stellten die Arbeitsschwerpunkte der Parlamentariergruppe im Berichtszeitraum dar. Im Rahmen einer Delegationsreise nach Marokko und Mauretanien im März 2016 informierten sich Mitglieder dieser Parlamentariergruppe über die aktuelle Situation in den beiden Ländern. Während in Marokko in zahlreichen

Gesprächen mit Parlamentariern und Regierungsvertretern Fragen des Ausbaus der Wirtschaftsbeziehungen und des Verhältnisses Marokkos zur Europäischen Union im Vordergrund standen, lagen die Themenschwerpunkte in Mauretanien im Bereich der Fischerei und in den Maßnahmen zur Anpassung mauretanischer Küstenstädte an den Klimawandel. Auch wurde mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen über die Situation der Frauen in Mauretanien und das Thema Sklaverei gesprochen.

Während des Besuchs einer Delegation des Parlaments der Demokratischen Volksrepublik Algerien in Deutschland im Mai/Juni 2016 wurden aktuelle innen- und außenpolitische Fragen sowie Themen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Abgeordneten verschiedener Bundestagsausschüsse sowie mit Vertretern von Ministerien und Nichtregierungsorganisationen erörtert. Im Zusammenhang mit der Stärkung der Regionen in Algerien hatte die Delegation darüber hinaus Gelegenheit, das föderale System der Bundesrepublik Deutschland kennenzulernen. Dazu trafen die Gäste aus Algerien Vertreter des Bundesrates sowie des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Deutsch-Maltesische Parlamentariergruppe

Mit einer Delegationsreise im Mai 2016 konnte die Parlamentariergruppe einen Beitrag zur Pflege und Intensivierung der parlamentarischen Kontakte beider Länder leisten. In den zahlreichen Gesprächen, die die Abgeordneten unter anderem mit der Staatspräsidentin, dem stellvertretenden Parlamentspräsidenten, den Mitgliedern der Maltesisch-Deutschen Freundschaftsgruppe, weiteren maltesischen Parlamentariern und Regierungsmitgliedern führten, ging es vor allem um europapolitische Themen und die Flüchtlingsproblematik.

Im Hinblick auf die erste EU-Präsidentschaft des Landes im ersten Halbjahr 2017 kündigten die maltesischen Gastgeber an, dass Malta alle bestehenden Programme umsetzen wolle. Ein besonderes Augenmerk werde auf die Mittelmeer-Partnerschaft gelegt: Die Mittelmeerdimension der EU solle wieder stärker auf die Tagesordnung der EU gebracht werden. Bei ihrem Besuch im Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen und in Gesprächen mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, die sich für Flüchtlinge engagieren, diskutierten die deutschen Abgeordneten Fragen des europäischen Asylrechts und Regelungen zur internationalen Migration. Die maltesische Seite machte deutlich, dass ein Anstieg der Zahl der Bootsflüchtlinge – bedingt durch die geografische Nähe zu Nordafrika und dem großen, von maltesischer Seite abzudeckenden Such- und Rettungsgebiet – jederzeit möglich sei. Umfragen würden zeigen, dass dies große Besorgnis in der maltesischen Bevölkerung hervorrufe.

Der Besuch der Maltesisch-Deutschen Freundschaftsgruppe im November 2016 in Berlin stand dann ganz im Zeichen der ersten EU-Präsidentschaft des Landes. Die daran geknüpften Erwartungen und Anforderungen, aber auch der Wunsch Maltas, in der EU stärker wahrgenommen zu werden, waren Schwerpunkte der Gespräche. Neben der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Ulla Schmidt, Bundestagsabgeordneten aus dem Verteidigungs-, Gesundheits- und Europa-Ausschuss traf die Delegation auch Vertreter verschiedener Ministerien.

Deutsch-Mexikanische Parlamentariergruppe

Abgeordnete dieser Parlamentariergruppe reisten Ende Februar/Anfang März 2016 nach Mexiko-Stadt sowie in die Bundesstaaten Guanajuato und Nuevo-León. In der mexikanischen Hauptstadt ging es in ausführlichen Treffen mit Angehörigen beider Parlamentskammern, Regierungsvertretern und Nichtregierungsorganisationen wiederholt um die Verbesserung der Menschenrechtslage im Land. Das ungeklärte Verbrechen im Zusammenhang mit dem Verschwinden von 43 Studierenden im Herbst 2014 war weiterhin präsent, ob durch Graffiti und Proteste in den Straßen oder durch den Druck der internationalen Gemeinschaft auf rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge. Der Delegation gegenüber wurde mehrfach beklagt, dass es in 98 Prozent der Fälle nicht zur Verurteilung von Straftaten komme; Journalisten berichteten von persönlicher Bedrohung. Ebenso bewegend war für die Abgeordneten die Zusammenkunft mit Angehörigen von Vermissten beim Besuch der Organisation einer mit dem Deutsch-Französischen Menschenrechtspreis ausgezeichneten Ordensschwester in Monterrey. Ein gänzlich anderes Bild erhielten die Mitglieder der Parlamentariergruppe von der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Mexiko hat sich als Gründungsmitglied der Pazifikallianz, OECD-Land und mittlerweile weltweit viertgrößter Automobilhersteller zum Industrieland entwickeln können. Das Land setzt neben qualitativ hochwertiger universitärer Ausbildung (wie etwa an der traditionsreichen Monterrey-Tech, an der die Delegation mit Austauschstudenten aus Deutschland zusammenkam) zunehmend auf die duale Berufsausbildung. Hierzu gibt es ein Pilotprojekt nach deutschem Modell in 13 Bundesstaaten. Deutsche Unternehmen aus der Automobil- und anderen Branchen zeigten sich äußerst zufrieden mit der wirtschaftlichen Lage. Einige Firmen planten oder hatten bereits umfangreiche Investitionen getätigt. Die Reise nach Mexiko fand im Vorfeld des Deutsch-Mexikanischen Jahres statt (Juni 2016 bis Mai 2017).

Deutsch-Niederländische Parlamentariergruppe

Während der Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Oktober 2015 ging es vor allem um konkrete grenzüberschreitende Fragestellungen. So erörterten die Delegationsmitglieder mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments, Regierungsvertretern und Repräsentanten der deutschen Wirtschaft die Situation von Arbeitspendlern in der deutsch-niederländischen Grenzregion sowie Infrastruktur- und Verkehrsthemen, etwa die Auswirkungen des Bundesverkehrswegeplans. Der EU-Ausschuss der Zweiten Kammer stellte ferner seine Agenda für die EU-Ratspräsidentschaft der Niederlande im ersten Halbjahr 2016 vor. Angesichts der Flüchtlingsproblematik, die im Herbst 2015 beide Länder betraf, diskutierten die Parlamentariergruppenmitglieder mit Vertretern von Parlament und Regierung über mögliche Strategien des Umgangs mit der Situation. Beide Seiten waren sich darin einig, dass die positive Grundhaltung der eigenen Bevölkerung nicht gefährdet werden und es nicht zum Erstarken rechtsextremer Parteien kommen dürfe. Sie sprachen sich daher für eine koordinierte Vorgehensweise der bevorzugten Zielländer der Flüchtlinge wie Deutschland und den Niederlanden aus.

Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe

(Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden)

Der Pflege und Vertiefung der guten parlamentarischen Kontakte diene eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Mai 2016 nach Island und Schweden. In Island verschafften sich die Mitglieder der Parlamentariergruppe einen Überblick über die dortige Umwelt- und Energiepolitik sowie über die Herausforderungen, die mit dem stark zunehmenden Tourismus einhergehen.

Vertiefende Gespräche wurden zu den Themen Finanzkrise und den „Panama Papers“ geführt. Die Abgeordneten informierten sich darüber, wie es Island gelungen ist, sich von der Finanzkrise zu erholen und wie sich die zukünftige wirtschaftliche Perspektive darstellt. Die isländischen Gastgeber erörterten mit der Delegation auch die Vertrauenskrise der isländischen Bevölkerung in die Politik aufgrund der Veröffentlichung der „Panama Papers“.

In den Gesprächen in Schweden, wo die Abgeordneten unter anderem mit Mitgliedern des schwedischen Reichstages sowie mit dem Justiz- und Migrationsminister zusammentrafen, ging es um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, die Bekämpfung der anhaltend hohen Jugendarbeitslosigkeit und um Sicherheitsfragen in Zusammenarbeit mit der NATO und der EU. Ebenso wurde über erneuerbare Energien und die angestrebten Klimaziele Schwedens gesprochen.

Deutsch-Österreichische Parlamentariergruppe

In ihrer Arbeit widmet sich die Parlamentariergruppe naturgemäß der Vertiefung der bilateralen freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich. Aufgrund der anhaltend hohen Flüchtlingszahlen in Österreich und Deutschland lag der inhaltliche Schwerpunkt einer Delegationsreise im Oktober 2015 in der Flüchtlingsthematik. Die Delegation konnte sich in Österreich umfassend über die Organisations- und Versorgungssituation in Österreich informieren und mit einer Reihe von Gesprächspartnern die vielfältigen Probleme diskutieren, die mit der großen Zahl der Flüchtlinge einhergingen. Sowohl auf deutscher als auch auf österreichischer Seite war man sich einig, dass man auf europäischer Ebene konstruktiv an einer Lösung der Flüchtlingsfrage arbeiten müsse. Weitere Themen für die Mitglieder der Parlamentariergruppe waren die innenpolitische Situation in Österreich sowie wirtschaftspolitische Fragen. Im Bereich der Verkehrspolitik wurde in den Gesprächen mit Parlamentariern und Vertretern der Regierung die Planung der deutschen Maut diskutiert und der Hochwasserschutz Österreichs erörtert. Kritisch hinterfragte die deutsche Delegation das erneuerte österreichische Islamgesetz, das den verschiedenen Glaubensgemeinschaften Rechte verschaffe, aber auch Pflichten auferlege.

Bei einem Besuch der Parlamentarischen Gruppe Österreich-Deutschland im Oktober 2016 in Berlin stand die Flüchtlingskrise erneut im Mittelpunkt des Programms. Im Gespräch mit dem Bundesminister des Innern würdigten alle Teilnehmer die effiziente deutsch-österreichische Zusammenarbeit im Herbst 2015 bei der unmittelbaren Bewältigung des sprunghaft gestiegenen Zustroms von Flüchtlingen. Es herrschte Konsens darüber, dass angesichts des anhaltenden Migrationsdrucks auf europäischer Ebene unverzüglich und mit Nachdruck an einem abgestimmten, gemeinsamen Rahmen für eine langfristig tragfähige Lösung gearbeitet werden müsse. Dazu gehöre auch die Harmonisierung der in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten stark voneinander abweichenden asylrechtlichen Regelungen. Zudem müssten Schlepperorganisationen mit gesamteuropäischen Maßnahmen und Instrumen-

ten energischer als bisher bekämpft werden. Mit Experten aus dem deutschen Handwerk und aus der Bundesagentur für Arbeit tauschte sich die österreichische Delegation über Erfahrungen aus der Praxis bei der Integration von Migranten und anerkannten Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt aus. Praktische Fragen wurden auch bei einem Besuch in einer Unterkunft für die Erstaufnahme von Flüchtlingen erörtert. Weitere Gesprächsthemen waren die Stabilisierung der Eurozone, die Lehren aus dem Erstarken populistischer Bewegungen in Österreich, Deutschland und anderen Mitgliedstaaten der EU sowie die transatlantischen Freihandelsabkommen CETA und TTIP.

Parlamentariergruppe Östliches Afrika

(Äthiopien, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Ruanda, Somalia, Sudan, Uganda)

Das übergeordnete Ziel des Austauschs der Parlamentariergruppe mit den Partnerstaaten des östlichen Afrika besteht seit jeher darin, gemeinsame Chancen in der Zusammenarbeit zu erkennen und zu entwickeln, ohne dabei die Probleme der Region auszublenden. In diesen Kontext ist auch die Reise einer Abgeordnetendelegation nach Äthiopien und Eritrea im Mai 2016 einzuordnen. Neben der Pflege der jeweils bilateralen parlamentarischen Beziehungen ging es den Mitgliedern der Parlamentariergruppe in ihren Gesprächen um die politische und wirtschaftliche Entwicklung beider Länder sowie Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit. Demokratie und Menschenrechte waren dabei ebenso wichtige Themen wie Migrationsfragen, die Situation von Frauen und Mädchen, die Gesundheitsversorgung sowie die Bereiche Bildung und Ausbildung. Ein wesentlicher Gesprächsinhalt in Äthiopien und Eritrea war auch das angespannte Verhältnis dieser beiden Länder zueinander, insbesondere mit Blick auf die gegenseitig wahrgenommene Bedrohung des Friedens, der Stabilität und Sicherheit durch den jeweils anderen.

Deutsch-Polnische Parlamentariergruppe

Auf Einladung der Polnisch-Deutschen Freundschaftsgruppe im Sejm besuchte eine Delegation der Parlamentariergruppe im Mai 2017 die Städte Posen und Warschau. Besonders in Posen ging es neben Fragen der Zusammenarbeit in grenznahen Regionen auch um das Thema Erinnerungskultur. Der Anlass für diese thematische Akzentuierung war die von vereinzelt deutschen Medien genutzte Begrifflichkeit „polnische Vernichtungslager“ für Konzentrationslager auf polnischem Boden. Dies war von polnischer Seite auf das Schärfste kritisiert worden. Bei dem Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Fort VII in Posen erklärten die Abgeordneten nach Niederlegung eines Kranzes, dass es sich eindeutig nicht um „polnische Lager“ handle. Mit dem Ziel einer vertiefenden Aufklärung wolle man besser über diese Gedenkstätten informieren und sich unter anderem dafür einsetzen, dass brandenburgische Schulklassen das Fort VII in Posen besuchen. In Warschau trafen sich die Abgeordneten mit Mitgliedern verschiedener parlamentarischer Ausschüsse. So ging es mit den Parlamentariern aus dem Infrastrukturausschuss hauptsächlich um den für beide Länder wichtigen grenzüberschreitenden Verkehr, mit Mitgliedern des polnischen Umweltausschusses wurde das Thema erneuerbare Energien erörtert. Über die Zukunft Europas sprachen die Bundestagsabgeordneten dann mit Mitgliedern des polnischen EU-Ausschusses. Zwar unterschieden sich die Vorstellungen beider Seiten in einigen Bereichen, doch ein gemeinsamer Standpunkt betraf die Stärkung der nationalen Parlamente in EU-Angelegenheiten.

Deutsch-Portugiesische Parlamentariergruppe

Die parlamentarischen Kontakte zur Portugiesischen Republik sind dank des Engagements der bilateralen Freundschaftsgruppen auf beiden Seiten überaus eng und freundschaftlich. Die Reise einer Delegation der Deutsch-Portugiesischen Parlamentariergruppe im Mai 2016 diente in erster Linie dazu, das neue Politikmodell nach dem Machtwechsel im Herbst 2015 kennenzulernen. Die Delegation informierte sich in Gesprächen mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern sowie Verbänden und Gewerkschaften über das vorsichtige Abrücken vom bisherigen Konsolidierungskurs sowie über die Erwartungen an die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Portugal leidet nach wie vor unter den Folgen der schweren Wirtschaftskrise und kann als eines der europafreundlichsten Länder angesehen werden. Das Interesse der Delegationsteilnehmer galt darüber hinaus dem auf vielfache Weise ausgeprägten sozialen Engagement – gegenüber sozial Benachteiligten ebenso wie gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden. Die Abgeordneten informierten sich in diesem Zusammenhang über eine vom früheren Staatspräsidenten Sampaio ins Leben gerufene Initiative für syrische Studierende.

Auch beim Gegenbesuch einer siebenköpfigen Delegation der portugiesischen Freundschaftsgruppe im Mai 2017 ging es um die Situation geflüchteter Menschen, etwa beim Besuch einer Notunterkunft oder im Gespräch mit der Bundesagentur für Arbeit. Fragen über die Zukunft der EU wurden mit dem Europa-Ausschuss des Bundestages,

dem zuständigen Staatsminister im Auswärtigen Amt sowie dem Staatssekretär für Europa des Berliner Senats beraten. Ein weiterer Interessenschwerpunkt der Besuchsdelegation war die Forschungsförderung in Deutschland. Hierzu informierte sie sich im Gespräch mit dem Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und bei der Alexander von Humboldt-Stiftung.

Parlamentariergruppe SADC-Staaten

(Angola, Botswana, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Seychellen, Simbabwe, Südafrika, Swasiland, Tansania)

Eine Delegationsreise im Mai/Juni 2015 nach Südafrika, Botswana und Namibia bot Gelegenheit, die in vergangenen Jahren geknüpften Gesprächskontakte wieder aufzunehmen. Die Abgeordneten erörterten dabei insbesondere Themen wie Demokratie und Menschenrechte, wirtschaftliche Entwicklung, nachhaltiger Tourismus, Energie- und Wasserversorgung, Gesundheitswesen sowie berufliche Bildung. In Südafrika wurde den Abgeordneten eindrücklich vermittelt, dass das Land im Kampf gegen Armut, Luftverschmutzung, Wassermangel, Bedrohung der Bio-Diversität, Maßnahmen gegen HIV/AIDS sowie gegen Korruption vor großen Herausforderungen steht. Beim Besuch der Deutschen Industrie- und Handelskammer erfuhr die Delegation, dass sich das Investitionsklima für ausländische Unternehmen zunehmend verschlechtert. In Botswana, das den Ruf einer stabilen und friedfertigen Demokratie genießt, wurde für die Delegationsteilnehmer deutlich, dass das Land zunehmend unter Korruption, einer mangelnden Teilhabe großer Bevölkerungsschichten am erwirtschafteten Reichtum sowie unter der schleppenden Diversifizierung der Wirtschaft leidet. Der Kampf gegen HIV/AIDS bleibt auch dort eine zentrale Aufgabe. Die Förderung von Frauen- und Kinderrechten sowie eine grundlegende Bildungsreform sind zentrale Aufgaben für die Regierung. Fragen der Energie- und Wasserversorgung sind wie in vielen anderen Staaten des südlichen Afrikas noch nicht gelöst. Die besonderen Beziehungen zu Deutschland im Hinblick auf den Völkermord an Nama und Herero, der durch Kolonialtruppen des Deutschen Kaiserreichs zwischen 1904 und 1908 begangen wurde, waren ein wichtiges Thema für die Delegation in Namibia. Die Gespräche über einen angemessenen Umgang der Bundesrepublik mit diesem Teil deutscher kolonialer Vergangenheit sowie Forderungen nach Reparationszahlungen an die Nachkommen der vom Völkermord Betroffenen gestalteten sich schwierig. Davon abgesehen wurden die deutsch-namibischen Beziehungen von beiden Seiten allerdings als hervorragend bezeichnet. Vertreter deutscher politischer Stiftungen bezeichneten in den Gesprächen mit den Abgeordneten den Umfang der Diskriminierung von Frauen und Kindern, von sexueller Gewalt, Kinderprostitution und Kinderehen als nach wie vor erheblich. Repräsentanten der politischen Opposition kritisierten, sie verfügten im Parlament über deutlich weniger Rechte als die nahezu übermächtige Regierungspartei SWAPO.

Um Kontaktpflege zu Parlamentariern der SADC-Region ging es auch einer Delegation der Parlamentariergruppe mit einer Reise nach Angola, Mosambik und Simbabwe im Oktober 2016. Sie führten außer mit Parlamentariern auch Gespräche mit Vertretern der jeweiligen Regierungen und der Zivilgesellschaft. In allen drei Ländern fanden zudem Treffen mit Abgeordneten der Oppositionsparteien sowie vor Ort ansässigen deutschen Unternehmen, mit Vertretern aus Medien, Kultur und Wissenschaft sowie Mitarbeitern politischer Stiftungen statt. Dabei wurden insbesondere die Themen Demokratie und Menschenrechte, gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Gesundheitswesen sowie Bildung und berufliche Ausbildung diskutiert. Einen weiteren Schwerpunkt der Gespräche in allen drei Ländern bildeten Fragen zur Energie- und Umweltpolitik, Landwirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung. Der Besuch der deutschen Delegation wurde als deutliches politisches Zeichen für das Interesse Deutschlands an den Entwicklungen in der SADC-Region gewertet. Auch traf die prinzipielle Bereitschaft Deutschlands, die SADC-Staaten nachhaltig zu unterstützen, sofern angestrebte Reformen umgesetzt und grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien sowie Menschenrechte gewährt werden, bei allen Gesprächspartnern auf durchweg positive Resonanz.

Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe

Im Rahmen der regelmäßigen bilateralen parlamentarischen Kontakte zu ihrem Partnerland führten Mitglieder dieser Parlamentariergruppe während einer Delegationsreise im November 2016 in Lugano und Bern eine Reihe von intensiven Gesprächen. Dabei tauschten sie sich mit ihren Schweizer Parlamentskollegen und anderen Fachleuten über verkehrspolitische Themen, Erfahrungen mit der Energiewende, die Lagerung radioaktiver Abfälle, die Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik beider Staaten, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden sowie die laufenden Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU aus. Am Beispiel des fristgerecht und innerhalb des geplanten Kostenrahmens fertiggestellten Gotthard-Basis-Tunnels erläuterten die

Schweizer Gesprächspartner die Verfahren zur frühzeitigen und kontinuierlichen Bürgerbeteiligung sowie zur fachlichen und politischen Begleitung und Kontrolle von Großbauprojekten. In diesem Kontext unterstrichen die Schweizer Parlamentarier ihre Erwartung, dass die deutsche Seite den Ausbau der vertraglich vereinbarten Zulaufstrecken ohne weitere Verzögerungen in Angriff nimmt. Von besonderem Interesse für die deutschen Abgeordneten war der Prozess zur Auswahl eines Standortes in der Schweiz zur Lagerung radioaktiver Abfälle, der grenznah gelegene Gemeinden in Deutschland betreffen könnte. Des Weiteren informierten sie sich über die Regularien, die den Schweizer Behörden eine überaus zügige Entscheidung über Asylanträge ermöglichen.

Deutsch-Slowenische Parlamentariergruppe

Auch in diesem Berichtszeitraum pflegten die Mitglieder dieser Parlamentariergruppe einen intensiven Informationsaustausch mit Mitgliedern des slowenischen Parlaments. Neben regelmäßigen Treffen der slowenischen Botschafterin mit Mitgliedern der Parlamentariergruppe in Berlin gehörte eine Delegationsreise nach Slowenien im Oktober 2015 zu den Aktivitäten dieser Gruppe. In Ljubljana diskutierten die Bundestagsabgeordneten mit den slowenischen Gesprächspartnern im Parlament und auf Regierungsebene über die Flüchtlingsproblematik, insbesondere über die Frage der Aufnahme von Flüchtlingen. Ferner wurden wirtschaftliche Fragestellungen erörtert. Die Delegationsmitglieder beteiligten sich zudem am internationalen Symposium „Zivilgesellschaft: Überbrückung der Kluft zwischen den Bürgern und Entscheidungsträgern in der slowenischen Zivilgesellschaft“, das von einer politischen Stiftung organisiert wurde. In den Städten Nova Gorica und Piran traf sich die deutsche Delegation mit den Bürgermeistern zum Austausch über kommunalpolitische Fragen.

Der Gegenbesuch einer Delegation des slowenischen Parlaments fand ein Jahr später im September 2016 statt und wurde genutzt, um den in Slowenien begonnenen Dialog fortzuführen. Darüber hinaus besprachen die Abgeordneten gemeinsame europäische Themen. Dazu gehörten die Zukunft der Europäischen Union nach dem Brexit, die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union, die EU-Erweiterung sowie das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP).

Deutsch-Spanische Parlamentariergruppe

Eine Delegationsreise nach Madrid und Valencia im Oktober 2016 fand in einer für Spanien sehr schwierigen Zeit statt, da das Land seit den Parlamentswahlen am 20. Dezember 2015 ohne Regierung war. Es drohte eine wiederholte Neuwahl, sollte bis Ende Oktober 2016 keine Einigung auf eine mehrheitsfähige Koalitionsregierung gefunden sein. Ausgangspunkt nahezu aller Gespräche war demnach die kaum handlungsfähige, lediglich geschäftsführende Regierung. Dessen ungeachtet lag der thematische Schwerpunkt der Reise in den Bereichen Arbeit und Soziales. Insbesondere die Frage nach der Entwicklung eines dualen Ausbildungssystems und dem Rentenniveau waren Gegenstand der Gespräche mit spanischen Abgeordneten, im Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit sowie mit Vertretern der Wirtschaft und der Gewerkschaften. Zudem besuchte die Delegation der Parlamentariergruppe verschiedene Einrichtungen wie die deutsche Auslandsberufsschule, das Welcome-Center der Bundesagentur für Arbeit, den Arbeitgeberverband sowie das Ford-Werk in Valencia.

Deutsch-Südamerikanische Parlamentariergruppe

(Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Suriname, Uruguay, Venezuela)

Im Mittelpunkt des Besuchs einer Abgeordnetendelegation aus Ecuador im November 2015 standen Fragen der Forschungs- und Bildungspolitik sowie der Energieversorgung. Ecuador plant, die duale Berufsausbildung nach deutschem Vorbild einzuführen. Vor diesem Hintergrund besuchte die Gastdelegation unter anderem ein berufliches Zentrum, das Berufsschule, Fachakademie und Fachoberschule kombiniert sowie eine Vielzahl von kaufmännischen und sozialen Ausbildungsberufen anbietet. Daneben stellten mehrere große Unternehmen ihre Ausbildungskonzepte vor. Auf dem Besuchsprogramm stand auch eine Reihe von Besichtigungsterminen, um industrielle Entwicklung, angewandte Forschung sowie Grundlagenforschung in Deutschland anschaulich zu machen.

Mit Bolivien und Argentinien besuchte eine Delegation der Parlamentariergruppe im Mai 2016 zwei Länder, mit denen die Bundesrepublik Deutschland auf vielfältige Weise im Austausch steht. Beide Länder konnten in den zurückliegenden Jahren stark vom weltweiten Rohstoffboom profitieren und bemühen sich nun um eine Diversifizierung ihrer Wirtschaft. So engagiert sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit etwa beim Bau des ersten Windparks in Bolivien – ein Projekt, welches die Delegation bei ihrer Besichtigung sehr beeindruckte. Doch auch wenn sich das Land hoher Wachstumsraten und einer noch nie dagewesenen politischen Stabilität erfreut, zählt

Bolivien noch immer zu den ärmsten Ländern Südamerikas. Die Abgeordneten informierten sich vor Ort über das vielseitige Engagement deutscher staatlicher und nichtstaatlicher Akteure, etwa bei der Einweihung eines Fortbildungszentrums für durch Armut und Gewalt gefährdete Familien. Der Besuch in Argentinien stand ganz im Zeichen des Politikwechsels nach zwölf Jahren Staatspräsidentschaft Kirchner, die das Land zuletzt immer stärker isoliert hatte. Aus ihren Gesprächen nahm die Delegation der Parlamentariergruppe den Eindruck mit, dass die neue Regierung neben der Reintegration in den Weltmarkt auch um eine offenere Außenpolitik bemüht ist und auf eine Wiederbelebung der Beziehungen mit Europa hofft. Die argentinischen Gesprächspartner verliehen wiederholt der Hoffnung Ausdruck, zu Fortschritten zu kommen bei den Verhandlungen hinsichtlich eines Assoziierungs-Abkommens zwischen EU und Mercosur, dem gemeinsamen Markt Südamerikas.

Deutsch-Südasiatische Parlamentariergruppe

(Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka)

Mit Nepal und Sri Lanka besuchte eine Delegation der Parlamentariergruppe im April 2016 zwei Staaten, die im Zuge eines politischen Wandlungsprozesses ihre jeweilige Verfassung mit der Zielsetzung reformiert haben, die Folgen zurückliegender Bürgerkriege zu überwinden und die Rechte benachteiligter Gruppen und damit den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Zentrale Themen in beiden Ländern waren die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen unter früheren Regierungen und die laufenden Demokratisierungsprozesse. In Nepal informierte sich die Delegation in Gesprächen mit Hilfsorganisationen darüber hinaus über die Bewältigung der beispiellosen humanitären Notlage nach den beiden verheerenden Erdbeben vom Frühjahr 2015. In Sri Lanka, wo die Delegation auch mit Staatspräsident Sirisena zusammentraf, stand der Versöhnungsprozess zwischen den singhalesischen und tamilischen Bevölkerungsgruppen im Mittelpunkt des Austauschs. Große Wertschätzung äußerten verschiedene sri-lankische Gesprächspartner für die deutsche Unterstützung im Bereich der dualen Berufsausbildung. Die Delegation besuchte im tamilisch geprägten Norden Sri Lankas das kurz vor der Fertigstellung stehende und mit Mitteln der deutschen Entwicklungszusammenarbeit finanzierte Exzellenzzentrum für berufliche Bildung „Sri Lanka-German Training Institute (SLGTI)“.

Der Amtsbereich der deutschen Botschaft in Colombo umfasst auch die Malediven. In Colombo informierten sich die Abgeordneten daher in Gesprächen mit Vertretern der maledivischen Opposition und der maledivischen Regierung über die politischen Entwicklungen in dem Inselstaat.

Parlamentariergruppe Südkaukasus

(Armenien, Georgien, Aserbaidshan)

Der Südkaukasus ist geprägt von verschiedenen ungelösten territorialen Konflikten in Georgien (Abchasien, Südossetien) sowie zwischen Armenien und Aserbaidshan (Berg Karabach). Für Europa und Deutschland ist die Region indes von großer geopolitischer und strategischer Bedeutung, so dass die Parlamentariergruppe einerseits die jeweils bilateralen parlamentarischen Kontakte intensiv pflegt und andererseits versucht, einen friedlichen Dialog zwischen allen drei Ländern zu befördern und zu unterstützen.

Diesen Zielen diente auch eine Delegationsreise nach Georgien im Juni 2017. Im Mittelpunkt der Gespräche mit dem Vorsitzenden des georgischen Parlaments, mehreren Ausschussvorsitzenden sowie dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten standen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Georgien im Rahmen des Deutsch-Georgischen Jahres 2017/2018 sowie die geplante georgische Verfassungsreform. Die Abgeordneten informierten sich zudem über die Möglichkeiten der Annäherung Georgiens an die Europäische Union und die NATO sowie über Georgiens Außenpolitik gegenüber Russland, insbesondere im Hinblick auf die separatistischen Teilgebiete Abchasien und Südossetien. Genutzt wurde der Aufenthalt zudem für eine Besichtigung des Neubaus der Deutschen Internationalen Schule Tbilissi und den Besuch der Altstadt von Bolnissi (ehemalige deutsche Siedlung Katharinenfeld) unter Führung des Vereins zur Bewahrung deutschen Kulturguts im Südkaukasus. Die Führung durch die ehemalige deutsche Siedlung fand im Kontext des 200. Jahrestages der Ankunft erster deutscher Siedler in Georgien statt.

Der Reise war der Besuch einer Delegation des georgischen Parlamentes im März 2017 in Berlin vorausgegangen, in deren Gesprächen es ebenso um die Annäherung Georgiens an die Europäische Union und die NATO wie um die Gestaltung der Östlichen Partnerschaft oder die Vertiefung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit ging.

Einen Besuch in Deutschland im November 2016 nutzte eine armenische Abgeordnetendelegation, um mit einer Reihe von Gesprächspartnern im Deutschen Bundestag, mit Vertretern der Bundesregierung, politischer Stiftungen sowie des Deutsch-Armenischen Forums zusammenzutreffen. Darüber hinaus besichtigte die Delegation das Lepsiushaus in Potsdam, eine deutsch-türkisch-armenische Begegnungsstätte. Der Besuch fand vor dem Hintergrund der Armenien-Resolution des Deutschen Bundestages statt, deren Wortlaut, öffentliche Debatte und Wahrnehmung sowie politische Konsequenzen nahezu alle im Rahmen des Besuches geführten Gespräche durchzogen.

Deutsch-Südosteuropäische Parlamentariergruppe

(Albanien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien)

Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe lag auch in diesem Berichtszeitraum in der Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in der Region Westbalkan und deren Annäherung an die Europäische Union. Im April 2016 reiste eine Delegation in die Republik Kosovo, die Republik Albanien und nach Montenegro, um sich unmittelbar vor Ort ein Bild von der derzeitigen Lage zu machen. In Pristina beschäftigten sich die Abgeordneten vor allem mit Fragen der europäischen Integration sowie mit der politischen Bedeutung der Visa-liberalisierung für den Kosovo. Der Aufenthalt in Albanien stand ganz im Zeichen der dort geplanten sehr umfangreichen Justizreform. In Podgorica informierten sich die Bundestagsabgeordneten über die Fortschritte der euroatlantischen Integration Montenegros sowie über die Bemühungen um eine Vereinbarung der Regierung und Teilen der Opposition über eine technische Übergangsregierung zur Vorbereitung von freien und fairen Parlamentswahlen im Oktober 2016.

Im Mittelpunkt eines Delegationsbesuches von Abgeordneten des kosovarischen Parlaments im März 2017 in Berlin stand die Beitrittsperspektive der Republik Kosovo für die Europäische Union. In diesem Zusammenhang fand ein umfangreicher Austausch über die schwierige wirtschaftliche Lage in Kosovo und die zu geringen Investitionen im Land sowie über die weiterhin bestehenden Defizite bei den rechtsstaatlichen Strukturen statt, zum Beispiel bei der Korruptionsbekämpfung.

Deutsch-Tschechische Parlamentariergruppe

Die Parlamentariergruppe steht in einem intensiven Informations- und Meinungsaustausch mit ihren tschechischen Partnern zu vielen aktuellen bilateralen Fragen. Dieser konnte mit einer Delegationsreise nach Prag im Januar/Februar 2017 in einer Reihe von Themenfeldern weiter ausgebaut werden. So traf die Delegation aus dem Bundestag unter anderem mit Mitgliedern des Budgetausschusses und des EU- und Auslandsausschusses des tschechischen Parlaments zusammen. Des Weiteren ging es während der Gesprächstermine im Verkehrsministerium um den Ausbau der Verkehrswege, insbesondere der Schienenwege, und um den aktuellen Stand verschiedener Projekte in der Nähe der tschechisch-deutschen Grenze. Im Hinblick auf das wirtschaftliche Engagement deutscher Investoren in Tschechien wies die Delegation bei einem Gespräch mit Vertretern des Gewerkschaftsverbandes CMKOS darauf hin, dass diese eine Schlüsselfunktion bei der Einflussnahme auf die Lohngestaltung hätten.

Deutsch-Türkische Parlamentariergruppe

Im Berichtszeitraum durchlebten die deutsch-türkischen Beziehungen ihre schwerste Krise. Gründe dafür waren zum einen die Verabschiedung der Armenien-Resolution durch den Deutschen Bundestag im Juni 2016, mit der das historische Massaker an den Armeniern im Ersten Weltkrieg als Völkermord eingestuft wurde, zum anderen der gescheiterte Putschversuch im Juli 2016 und die daraus resultierenden Entwicklungen in der Türkei. Unter diesen Eindrücken und im Vorfeld des für April 2017 geplanten Verfassungsreferendums zur Stärkung der Machtbefugnisse des Staatspräsidenten fand die Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Istanbul und Ankara im Februar 2017 statt. Im Bemühen um die Fortführung des Dialogs trafen die Abgeordneten in Istanbul mit Vertretern der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Kultur zusammen. Die Gespräche machten deutlich, wie wichtig Kommunikation zwischen beiden Ländern gerade in Zeiten großer Unsicherheit ist. Während die Wirtschaftsvertreter keine Auswirkungen des zu erwartenden Referendums auf Investitionen sahen, zeichneten die Vertreter der Zivilgesellschaft ein düsteres Bild der Lage. Ausdrücklich wiesen sie auf die Auswirkungen des Ausnahmezustandes hin, insbesondere auch auf die Willkür der Justiz. In den politischen Gesprächen in Ankara wurde sowohl von den Regierungsvertretern als auch von den Mitgliedern des türkischen Parlaments der Wunsch nach weiterer Intensivierung der bilateralen Beziehungen geäußert. Mit Hinweis auf eine gemeinsame Wertebasis

der Türkei und der Europäischen Union stellte die türkische Seite zudem klar, dass sie nicht nur Nachbarschaftsbeziehungen zur EU wünsche, sondern weiterhin die Eröffnung von Verhandlungskapiteln. Während die türkischen Gesprächspartner einerseits Kritik übten an der Verabschiedung der Armenien-Resolution durch den Deutschen Bundestag, an einer ungenügenden Anti-Terror-Kooperation sowie an mangelnder Empathie Deutschlands nach dem Putschversuch, beklagte andererseits eine Vertreterin der Republikanischen Volkspartei (CHP) im Menschenrechtsausschuss das Ausufern der „Säuberungsmaßnahmen“ nach dem Putschversuch sowie Fälle von Folter in Polizeigewahrsam. Sie erklärte, dass eine neu geschaffene Kommission zur Aufarbeitung der Entlassungen durch Dekret, die seit dem Putsch stattfinden, nicht die Kraft und die nötige Mitgliederzahl habe, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Kritische Fragen der deutschen Abgeordneten zur geplanten Verfassungsänderung per Referendum, zum Beispiel zur Verhinderung einer Diktatur, wurden nur ausweichend beantwortet. Die Forderung zur Referendumsbeobachtung durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und das Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) wurde von türkischer Seite allgemein befürwortet. Im Gespräch mit Mitgliedern der Demokratischen Partei der Völker (HDP), der kurdischen Oppositionspartei, informierte sich die Delegation über die aktuelle Situation der Partei nach den Verhaftungen der beiden Vorsitzenden und weiterer Abgeordneter. Die Gesprächspartner berichteten, dass auch gegen sie inzwischen mehrere Verfahren von der Justiz eröffnet worden seien.

Deutsch-Ukrainische Parlamentariergruppe

Im Rahmen einer Delegationsreise der Parlamentariergruppe im Oktober 2015 informierten sich die Abgeordneten über die Reformprozesse in der Ukraine. In den Gesprächen im Parlament, der Werchowna Rada, sowie mit Vertretern der ukrainischen Regierung in Kiew waren Wirtschaftsfragen von besonderem Interesse für die Mitglieder der Parlamentariergruppe. In diesem Zusammenhang übten sie deutliche Kritik an der fortbestehenden Korruption sowie der politischen und wirtschaftlichen Dominanz von Oligarchen. Mit ihren Gesprächspartnern erörterten die Abgeordneten die Idee eines „Marshall-Planes“ aus vorhandenen Mitteln der Internationalen Finanzinstitutionen (IFI), wobei deutlich wurde, dass die Unterstützung und Begleitung durch westliche Experten für den sinnvollen Einsatz dieser Mittel notwendig wäre. In den Städten Dnipropetrowsk und Lemberg informierte sich die Delegation über kommunalpolitische Themen und nutzte auch dort die Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass die rasche Umsetzung spürbarer Reformen und eine Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung nach den im Oktober 2015 stattfindenden Kommunalwahlen wünschenswert seien. Eine aktive Zusammenarbeit der Regierung in Kiew mit lokalen Anhängern des proeuropäischen Weges wurde als weiteres Element einer erfolgreichen Modernisierungsstrategie erörtert.

Beim Gegenbesuch einer Delegation der Ukrainisch-Deutschen Freundschaftsgruppe im September 2016 waren für die ukrainischen Abgeordneten Fragen der weiteren EU-Integration, der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch der Austausch über wirtschaftspolitische Fragestellungen von besonderem Interesse. Die Gäste hatten darüber hinaus die Gelegenheit, mit Mitgliedern des Innenausschusses des Deutschen Bundestages über Flüchtlings- und Migrationspolitik zu diskutieren.

Deutsch-Ungarische Parlamentariergruppe

Der thematische Schwerpunkt der Arbeit dieser Parlamentariergruppe konzentrierte sich im Berichtszeitraum auf die Bewältigung der gemeinsamen europäischen Herausforderungen. Nachdem im September 2015 eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe stattgefunden hatte, hielt sich eine Delegation der Ungarisch-Deutschen Freundschaftsgruppe im April 2016 zum Gegenbesuch in Deutschland auf. Im Fokus der Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages und Vertretern der Bundesregierung stand die europäische Flüchtlingspolitik. In den Diskussionen zu diesem Thema teilte die ungarische Seite mit, Zweifel am Bestand des im April 2016 in Kraft getretenen EU-Türkei-Abkommens zu haben. Die Gäste zeigten sich zwar offen gegenüber einer Verteilung von Flüchtlingen zwischen den EU-Mitgliedstaaten, lehnte jedoch ein gemeinsames europäisches Asylsystem mit einer festen Verteilungsquote kategorisch ab. Während des Besuches nahmen die Vorsitzenden der beiden Parlamentariergruppen gemeinsam mit dem Direktor des Walter-Hallstein-Institutes für Europäisches Verfassungsrecht an einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Ungarn in der EU – Wege aus der Krise“ an der Humboldt-Universität Berlin teil.

Parlamentariergruppe USA

US-Kongressabgeordnete und Bundestagsabgeordnete treffen sich seit fast 30 Jahren jährlich wechselnd in den USA und in Deutschland zum Congress-Bundestag Seminar und stehen dadurch in einem kontinuierlichen Meinungsaustausch, an dem neben Abgeordneten auch Wissenschaftler, Politikberater und Vertreter ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure beteiligt sind. Im Berichtszeitraum fand das 33. Congress-Bundestag Seminar im März 2016 in Washington D.C. und Omaha (Nebraska) statt – kurz vor dem Parteitag der Republikanischen Partei, auf dem Donald Trump als Präsidentschaftskandidat nominiert wurde. Naturgemäß bildete die Lage vor den Präsidentschaftswahlen den Schwerpunkt der Gespräche. Kongressabgeordnete und Vertreter von Think Tanks äußerten Vorbehalte gegen eine Präsidentschaftskandidatur Donald Trumps, da es den Anschein habe, dass dieser die Regeln, nach denen das politische System der USA bisher funktioniert, nicht befolgen wolle. Mehrfach wurde betont, sowohl Donald Trump als auch dem Demokraten Bernie Sanders sei es gelungen, „Graswurzelbewegungen“ ins Leben zu rufen und so eine große Zahl bisher politikferner Menschen zu aktivieren. Die ohnehin im ganzen Land verbreitete Anti-Establishment-Stimmung habe massiv zugenommen. Die seit Jahren von vielen konstatierte Spaltung der amerikanischen Gesellschaft werde durch die Wahlkampfstrategie von Donald Trump gezielt weiter vertieft. Noch stärker als in den Präsidentschaftswahlkämpfen von Barack Obama würden die sozialen Medien eingesetzt und so zu einem bestimmenden Faktor im Wahlkampf. Der Besuch des Hauptquartiers des US-Strategic Command in Omaha bot Gelegenheit, über internationale Krisenherde und Bedrohungen zu sprechen. Die Repräsentanten des US-Strategic Command betonten den zentralen Stellenwert des Kampfes gegen Cyberangriffe.

Auch unter den veränderten Rahmenbedingungen nach dem Regierungswechsel in Washington erwiesen sich die bilateralen parlamentarischen Beziehungen bei dem Besuch einer Delegation amerikanischer Abgeordneter aus dem Repräsentantenhaus im Rahmen des 34. Congress-Bundestag Seminars Ende Mai/Anfang Juni 2017 in Berlin und Hamburg als unverändert eng und gut. Im Zentrum der Diskussionen, zu denen die US-Parlamentarier unter anderem auch mit Bundespräsident Steinmeier zusammentrafen, standen die jüngsten Entwicklungen in den transatlantischen Beziehungen. Bundestagspräsident Lammert unterstrich im Gespräch mit der amerikanischen Delegation seine besondere Wertschätzung für den vom US-Kongress und Deutschem Bundestag 1983 gemeinsam ins Leben gerufenen Jugendaustausch (Parlamentarisches Patenschaftsprogramm/PPP) und warb ausdrücklich für eine uneingeschränkte Fortführung des Programms. Im Bundesministerium der Verteidigung informierten sich die amerikanischen Parlamentarier über den Stand der Aufstockung von materiellen und personellen Ressourcen der Bundeswehr sowie über die strategische Neuausrichtung angesichts neuartiger Bedrohungen. Beim Empfang durch den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Olaf Scholz lag der Fokus auf dem Zusammenspiel der politischen Kräfte im föderalen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland.

Deutsch-Zentralasiatische Parlamentariergruppe

(Kasachstan, Kirgistan, Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan)

Im November 2015 kam die Usbekisch-Deutsche Freundschaftsgruppe für politische Gespräche nach Berlin. Die Gäste diskutierten aktuelle Themen der Außen- und Sicherheitspolitik beider Länder im Rahmen eines Treffens mit Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag. Insbesondere um Terrorismusbekämpfung und die Rekrutierung von IS-Kämpfern in Deutschland drehte sich das Gespräch im Bundesinnenministerium. Außerdem informierte sich die Delegation aus Usbekistan im Bundesrat und bei Vertretern des brandenburgischen Landtages in Potsdam über Fragen des Föderalismus sowie Aufgaben und Funktionen eines Landesparlaments innerhalb eines föderalen politischen Systems.

Eine Delegationsreise der Parlamentariergruppe nach Usbekistan und Kasachstan im April 2016 diente der Vertiefung der parlamentarischen Kontakte zu beiden Partnerländern. Die Bundestagsabgeordneten wurden sowohl in Taschkent (Usbekistan) als auch in Astana (Kasachstan) von den Parlamentspräsidenten empfangen und führten zudem Gespräche in einer Reihe von Ministerien. Sie trafen Vertreter der Oppositionsparteien sowie der Zivilgesellschaft und besichtigten verschiedene deutsche und kulturelle Projekte. In Kasachstan nahm die Delegation auch das Gelände der EXPO 2017 in Augenschein, die in der kasachischen Hauptstadt vom 10. Juni bis 10. September 2017 stattfand.

Eine Delegation des mongolischen Parlaments nutzte ihren Besuch in Deutschland im März 2017, um sich in Berlin über außen- sowie verteidigungspolitische Themen zu informieren. Einen weiteren thematischen Schwerpunkt des Besuchsprogramms bildeten kommunalpolitische Themen und der Tourismus. Die mongolischen Abgeordneten führten dazu Gespräche im thüringischen Kyffhäuserkreis, wo sie sich besonders interessiert zeigten an der Arbeitsweise von Bürgermeistern, der IHK und von Vertretern des Tourismus.

Mit einer Delegationsreise nach Tadschikistan und Kasachstan im April 2017 konnte die Parlamentariergruppe die parlamentarischen Beziehungen zu zwei Partnerländern weiter intensivieren. Die Abgeordneten führten in Tadschikistan Gespräche zur demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, zu agrarpolitischen Fragen sowie zur Situation an der tadschikisch-afghanischen Grenze. In Kasachstan erörterten die Mitglieder der Parlamentariergruppe mit Abgeordneten ihrer Freundschaftsgruppe, mit dem Parlaments- sowie dem Senatspräsidenten und den Vorsitzenden verschiedener Ausschüsse vor allem die im März 2017 verabschiedete Verfassungsreform. Die kasachischen Gesprächspartner hoffen auf deutsche Unterstützung bei der Diversifizierung der eigenen Wirtschaft und sehen in Deutschland den wichtigsten Pfeiler und Fürsprecher innerhalb der EU.

Deutsch-Zyprische Parlamentariergruppe

Die Parlamentariergruppe konnte im Mai 2017 eine Delegation der Freundschaftsgruppe aus ihrem Partnerland in Berlin begrüßen. Schwerpunkt der Gespräche der Abgeordneten bildete das Thema des weiterhin ungelösten Konflikts um die seit 1974 unter türkischem Einfluss abgetrennte Nordhälfte der Insel. Vor diesem Hintergrund informierte sich die Gastdelegation bei Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Vertretern des Bundesrates sowie des Kanzleramts über Fragen der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland und des Integrationsprozesses Ost- und Westdeutschlands nach dem Mauerfall 1989.

6. Einzeldienstreisen der Abgeordneten

Wie die Delegationsreisen sind auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten als Mitglieder ihrer jeweiligen Ausschüsse vorrangig auf die Informationsgewinnung sowie den Erfahrungs- und Meinungsaustausch gerichtet. Diese Reisen dienen außerdem der Stärkung der Wahrnehmung der Kontrollfunktion gegenüber der Regierung durch die Abgeordneten. Denn eine unmittelbare und möglichst wenig gefilterte Informationsgewinnung zur politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lage in den jeweiligen Staaten und Regionen ist häufig nur auf diese Weise erreichbar.

Die im Berichtszeitraum von den Mitgliedern des Deutschen Bundestages durchgeführten Einzeldienstreisen sind angesichts der Themen, mit denen sich die Abgeordneten im Rahmen ihrer Mandatsausübung befassen, vielfältig und weit gefasst. Weiterhin bilden die Einladungen zu Kolloquien und Konferenzen zu einer Vielzahl von Themen den Anlass für Einzeldienstreisen von Abgeordneten. Zudem haben Abgeordnete immer wieder Gelegenheit, Reisen des Bundespräsidenten sowie der Bundeskanzlerin und anderer Mitglieder der Regierung zu begleiten.

Aufgrund der Vielzahl und der großen Themenbreite werden die Einzeldienstreisen des Berichtszeitraums im Folgenden nur exemplarisch und nach regionalen Aspekten grob gegliedert dargestellt.

Europa

Die belgische Hauptstadt Brüssel war wie in den vorangegangenen Berichtszeiträumen ein regelmäßiges Ziel von Einzeldienstreisen für die Mitglieder des Deutschen Bundestages. Abgeordnete aus fast allen Politikbereichen führten dort Gespräche mit Vertretern der Institutionen der Europäischen Union oder nahmen an Konferenzen und Diskussionsveranstaltungen teil, um europa-, wirtschafts-, sozial-, umwelt- oder sicherheitspolitische Fragestellungen zu erörtern. Gesprächsschwerpunkte bildeten insbesondere die Flüchtlingskrise, der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, die Konflikte sowohl in der Ukraine und als auch in Syrien sowie die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Eine Reihe von Gesprächen fand mit Vertretern der NATO statt, um sich über das Verhältnis zu Russland sowie die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Europäischen Union auszutauschen.

Ebenso reisten Abgeordnete aus den unterschiedlichen Bundestagsausschüssen im Berichtszeitraum häufig nach Frankreich. In Gesprächen mit Abgeordneten, Vertretern der Regierung, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft erörterten sie die Entwicklung der Europäischen Union, die innenpolitische Lage, außen- und sicherheitspolitische

Fragen, die Folgen von Flucht und Migration, die Bekämpfung von Terrorismus und internationale Polizeizusammenarbeit, den Brexit oder umweltpolitische Themen. Ein Abgeordneter aus dem Auswärtigen Ausschuss führte Gespräche zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Eine Abgeordnete mit umweltpolitischer Schwerpunktsetzung besuchte das Atomkraftwerk Cattenom, um sich über die nachträgliche Erhöhung der dortigen Sicherheitsmaßnahmen zu informieren. Nach der Wahl des neuen französischen Präsidenten führte ein Mitglied aus dem Europaausschuss Gespräche zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und informierte sich über die europapolitische Agenda des neuen Staatsoberhauptes.

Wie bereits in der ersten Hälfte der 18. Wahlperiode nahmen Abgeordnete an einer Vielzahl von Konferenzen, Diskussionsveranstaltungen und politischen Gesprächen in Großbritannien teil. Neben der Intensivierung der bilateralen Beziehungen wurden unter anderem die Folgen des Brexit für Großbritannien und die Europäische Union sowie der Stand der EU-Verhandlungen besprochen. Ebenso führten Bundestagsabgeordnete Unterredungen über die Bedrohung durch Terrorismus, das Verhältnis zu Russland, über Cybergefahren, die Flüchtlingskrise, die europäische Rüstungsindustrie sowie die Beziehungen zur neuen Administration nach der US-Präsidentschaftswahl.

Abgeordnete aus dem Auswärtigen Ausschuss und dem Europaausschuss informierten sich in Italien über die aktuelle innenpolitische Lage und tauschten sich mit Parlamentariern und Regierungsvertretern sowie mit Angehörigen der Zivilgesellschaft über Bewältigungsstrategien hinsichtlich der Flüchtlingskrise aus. Sie besuchten zudem Flüchtlingslager, um die Bedingungen und die Lage für die Menschen dort beurteilen zu können. Der Vorsitzende des Innenausschusses nahm auf Einladung des italienischen Abgeordnetenhauses in Rom an einem interparlamentarischen Gedankenaustausch vor dem Hintergrund der Terroranschläge in Paris teil. Ein Abgeordneter mit wirtschaftspolitischer Schwerpunktsetzung führte Gespräche zu den Themen mittelständische Betriebe, Reformen sowie Chancen für Innovation und Wirtschaftswachstum. Die Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz besuchte Textilfabriken, um sich dort über die Arbeitsbedingungen zu informieren; sie führte Gespräche mit Näherinnen, Vertretern der Unternehmen und von Nichtregierungsorganisationen. Ein Mitglied des Finanzausschusses verschaffte sich auf einer Dienstreise einen Überblick über den Zustand des italienischen Bankensystems.

Im Zuge der maltesischen EU-Ratspräsidentschaft reisten Abgeordnete verschiedener Ausschüsse in den südeuropäischen Inselstaat. Ein Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales führte auf Malta im Rahmen einer Konferenz Gespräche mit Parlamentariern der Arbeits- und Sozialausschüsse der Europäischen Union zu den Themen Armut und soziale Ausgrenzung. Die Vorsitzende des Umweltausschusses nahm an einem interparlamentarischen Treffen der für Wirtschaft und Umwelt zuständigen Ausschussvorsitzenden teil. Thematisiert wurden die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Klimawandels sowie die Handlungsmöglichkeiten für nichtstaatliche Akteure. Auf Einladung der Münchner Sicherheitskonferenz nahm ein Mitglied des Verteidigungsausschusses an einem Round-Table-Gespräch teil, bei dem es um das Thema europäische Verteidigung ging. Ein Abgeordneter aus dem Europaausschuss informierte sich über die europäische Grenzschutzarbeit und die zivilen Seenotrettungsmissionen.

In Russland nahmen insbesondere Abgeordnete aus dem Auswärtigen Ausschuss an einer Reihe von Konferenzen teil und führten Gespräche zu außen-, sicherheits- und energiepolitischen Themen. Die Abgeordneten diskutierten mit Parlamentariern, Regierungsmitgliedern, Journalisten, Nichtregierungsorganisationen und anderen Vertretern der Zivilgesellschaft unter anderem über die innenpolitische und wirtschaftliche Lage in der Ukraine und in Syrien sowie über die europäische Friedensordnung. Zwei Abgeordnete nahmen als Redner an einer Konferenz zum Thema Menschenrechte in der Ukraine teil. Beim deutsch-russischen Diskussionsforum „Petersburger Dialog“ vertraten Abgeordnete den Deutschen Bundestag bei den Treffen zu den Themen „Russland und Deutschland im Angesicht globaler Herausforderungen“ sowie „Migration, Integration und Toleranz“. Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Energie führte mit Abgeordneten der russischen Staatsduma Gespräche über die russisch-deutsche Zusammenarbeit im Energiebereich.

Die anhaltende Krise in der Ukraine führte auch im zweiten Berichtszeitraum der 18. Wahlperiode zu Dienstreisen deutscher Parlamentarier. Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses informierten sich über die innenpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen im Land sowie über die Umsetzung des Minsk II-Abkommens. Ein Mitglied des Haushaltsausschusses nahm in Kiew als Redner an einer sicherheits- und verteidigungspolitischen Konferenz zum Thema „Wege und Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle von Streitkräften“ teil. Auf Einladung des Bundespräsidenten begleitete ihn eine Abgeordnete mit dem Arbeitsschwerpunkt Osteuropapolitik auf seiner Reise nach Kiew, um an der Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Massenhinrichtungen von Babyn Jar im Jahr 1941 teilzunehmen. Der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses hielt an der juristischen Fakultät der

Kiewer Universität einen Vortrag zum Thema Menschenrechte und humanitäre Hilfe und sprach mit Abgeordneten des ukrainischen Parlaments über die aktuelle Entwicklung in diesem Bereich.

Abgeordnete verschiedener Ausschüsse reisten wegen der Flüchtlingskrise sowie energie- und umweltpolitischer Themen nach Dänemark. Zwei Mitglieder aus dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend informierten sich in Kopenhagen über die Pläne und Maßnahmen zum Ausbau von Frauenhäusern, der Notfallversorgung für Opfer von Gewalttaten sowie über den Umgang mit Flüchtlingen. Das 16. Interparlamentarische Treffen für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Kopenhagen bildete den Anlass einer Reise für zwei Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Energie. Die für Umwelt und Forschung zuständigen Ausschussvorsitzenden informierten sich in Grönland über die Messtechniken in einem Eisbohrcamp und die Auswirkungen des Klimawandels.

Eine Reihe von Mitgliedern des Bundestages reiste im Berichtszeitraum auch nach Polen. Neben der Pflege der bilateralen Beziehungen ging es im Rahmen von zahlreichen Konferenzen und Gesprächen darum, sich über Themen wie die Europäische Union, internationale Konfliktherde, die Flüchtlingskrise, Menschenrechte und den Klimaschutz auszutauschen. Der Vorsitzende des Innenausschusses besuchte in Warschau die EU-Agentur Frontex, um Gespräche über die anstehenden Veränderungen zu einer Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenschutz, die Drittstaatenkooperation, die Organisation von Rückführungen sowie das Überwachungssystem EUROSUR zu führen.

In Österreich nahmen Abgeordnete verschiedener Ausschüsse an einer Reihe von Konferenzen teil, die sich unter anderem mit den Themen Sicherheit, Konflikte im Nahen Osten, Stilllegung und Abbau von Kernkraftwerken sowie parlamentarische Bürgerbeteiligungsmodelle befassten. Darüber hinaus bauten die Bundestagsabgeordneten in Gesprächen mit Vertretern des Parlaments, der Regierung, der Zivilgesellschaft sowie verschiedener Institutionen die bestehenden Kontakte weiter aus und erörterten Fragen zu den Themen Energie, Finanzen und Zukunft der Europäischen Union.

Ein Abgeordneter aus dem Europaausschuss nahm in Ungarn als Gastredner an einem Symposium zum Thema „Herausforderungen der Europapolitik – Mitteleuropäische Perspektiven“ teil und führte Gespräche mit Mitgliedern des Nationalrates sowie des Europäischen Parlaments über die ungarische Sichtweise zur europäischen Flüchtlingspolitik. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses befasste sich auf einer Reise nach Budapest mit dem inneren Zustand der Europäischen Union, der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik sowie der Lösung internationaler Konflikte.

Über die haushalts- und wirtschaftspolitische Lage sowie die humanitäre Situation von Flüchtlingen informierten sich Abgeordnete verschiedener Ausschüsse in Griechenland. Sie besuchten Flüchtlingslager in Idomeni und Thessaloniki sowie den Seenotrettungskreuzer „Minden“. Außerdem führten sie Gespräche mit Parlaments- und Regierungsvertretern sowie Mitarbeitern von Hilfsorganisationen und mit weiteren zivilen Helfern vor Ort. Abgeordnete aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie begleiteten den Bundeswirtschaftsminister auf einer Reise nach Griechenland, um Gespräche mit Vertretern der griechischen Regierung zu führen und an der Eröffnung einer Konferenz über die Perspektiven des Energiewandels teilzunehmen. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses nahm in Athen an der Fachtagung „Europas Grenzen: Sicherheit, Migration, Menschenrechte“ teil.

Über die aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei informierten sich insbesondere Abgeordnete aus den Ausschüssen für Auswärtiges, Europa, Verteidigung und Menschenrechte. In einer Vielzahl von Gesprächen mit Parlamentariern und Regierungsmitgliedern, Nichtregierungsorganisationen, Journalisten und Wirtschaftsvertretern ging es unter anderem um die innerpolitischen Entwicklungen in der Türkei, um Menschenrechte, Presse- und Meinungsfreiheit, die Situation der Oppositionsabgeordneten, die Verfassungsreform, den Umgang mit Flüchtlingen, die Lage in den Kurdengebieten sowie um bilaterale Zusammenarbeit im Energiesektor. Abgeordnete aus dem Verteidigungsausschuss begleiteten die Bundesministerin der Verteidigung im Jahr 2016 auf einer Reise zum Luftwaffenstützpunkt in Incirlik. Des Weiteren nahmen Bundestagsabgeordnete als Beobachter an einer Reihe von Prozessen gegen inhaftierte Journalisten, Polizisten, weitere Bedienstete des öffentlichen Sektors sowie Sportler teil, um einen ungefilterten Eindruck von der Situation vor Ort zu erhalten.

Der Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union führte in Rumänien Gespräche mit Abgeordneten, Vertretern der Regierung, der Wirtschaft und von Nichtregierungsorganisationen sowie mit Journalisten über europapolitische Themen. Dabei ging es um die Flüchtlingspolitik, den Brexit, den Ukraine-Konflikt, die Situation in der Republik Moldau sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für ausländische Investoren. Ein Abgeordneter aus dem Wirtschaftsausschuss besuchte die Europäische Interparlamentarische

Weltraumkonferenz (EIWK) zum Thema „Space Security“. Der Vorsitzende des NSA-Untersuchungsausschusses hielt auf Einladung der Heeresakademie Sibiu einen Vortrag über die Zusammenarbeit zwischen dem zivilen und dem militärischen Nachrichtenwesen.

In Serbien nahm ein Abgeordneter aus dem Auswärtigen Ausschuss an einer Veranstaltung zur Aufarbeitungskultur Serbiens sowie am „Prayer Breakfast“ teil. Nach der Parlamentswahl führte ein Mitglied aus dem Verteidigungsausschuss Gespräche über die Bildung der Regierung, den Umgang mit Flüchtlingen sowie die europäische Integrationspolitik. Auf Einladung des serbischen Ministerpräsidenten nahm ein Abgeordneter aus dem Auswärtigen Ausschuss an einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung für serbische und kroatische Veteranen teil.

Mitglieder aus dem Verteidigungs- und dem Haushaltsausschuss besuchten im Kosovo das deutsche Einsatzkontingent KFOR und informierten sich über die Materiallage und den Zustand der eingesetzten Waffensysteme. Ein Abgeordneter des Europaausschusses führte Gespräche mit Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft über die politische, wirtschaftliche und soziale Situation im Land und besuchte Projekte, die mit öffentlichen Geldern aus Deutschland finanziert werden.

Afrika

Auch in der zweiten Hälfte der 18. Wahlperiode informierten sich Bundestagsabgeordnete über die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent.

Zwei Mitglieder des Bundestages begleiteten den Bundesminister für Wirtschaft und Energie auf seiner Reise nach Ägypten, um mit dem ägyptischen Präsidenten ins Gespräch zu kommen und an der 3. Sitzung der Deutsch-Ägyptischen Gemischten Wirtschaftskommission (GWK) teilzunehmen. Ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses diskutierte mit Mitgliedern des Parlaments und der Regierung sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft über die Sicherheit in der Region und innenpolitische Themen wie die Arbeitsbedingungen von Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen in Ägypten. Ein Abgeordneter informierte sich über Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der beruflichen Bildung und thematisierte mit Politikern und Hilfsorganisationen die Bekämpfung von Terrorismus und Fluchtursachen sowie die Stabilisierung der Region.

Über die aktuelle Sicherheitspolitik in Tunesien informierten sich Abgeordnete aus dem Auswärtigen Ausschuss. Zwei Mitglieder des Bundestages führten mit Blick auf die Ursachen von Flucht vom afrikanischen Kontinent nach Europa und insbesondere nach Deutschland Gespräche zu Themen wie der Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen und der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten sowie der Verbesserung von Ausbildung.

Fragen der sicherheitspolitischen Lage waren von Interesse für einen Abgeordneten in Marokko. Die Vorsitzende des Umweltausschusses nahm im Rahmen der 22. UN-Klimakonferenz an einem gemeinsamen Treffen der Interparlamentarischen Union (IPU) mit dem marokkanischen Parlament teil und diskutierte dort über die Erfahrungen bei der Ratifizierung und Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Ein weiteres Ausschussmitglied führte Gespräche zum Ausbau der Solarenergie und zu einer klimagerechten Landwirtschaft.

Auf Einladung der Bundesministerin der Verteidigung begleiteten sie Mitglieder des Verteidigungsausschusses auf zwei Reisen nach Mali, um die deutschen Einsatzkontingente zur UN-geführten Mission MINUSMA und der Ausbildungsmission der Europäischen Union EUTM Mali zu besuchen. Ein Abgeordneter begleitete den Bundespräsidenten zu Gesprächen mit dem malischen Präsidenten, Vertretern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sowie Soldatinnen und Soldaten der laufenden Ausbildungsmissionen.

In Äthiopien besuchten zwei Mitglieder des Umweltausschusses deutsche Förderprojekte für internationalen Klimaschutz und Stabilität der Biodiversität. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses nahm in Addis Abeba an einer Tagung der Münchner Sicherheitskonferenz teil. Zu gesundheitspolitischen Themen, insbesondere dem Kampf gegen die Krankheiten HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria sowie dem Aufbau des Gesundheitssystems, reisten Abgeordnete des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie des Haushaltsausschusses in das Land in Ostafrika.

Ein Treffen des weltweiten Tuberkulose-Arbeitskreises führte ein Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, welches sich intensiv mit der Stärkung der Bekämpfung von armutsassoziierten Erkrankungen beschäftigt, in die Hauptstadt Südafrikas. Ein weiteres Ausschussmitglied informierte sich in Südafrika über die bisherigen Ergebnisse der deutsch-südafrikanischen Partnerschaft in den Bereichen Bildung, Entwicklung und Forschung.

Nordamerika

Wie auch im vorangegangenen Berichtszeitraum hielten sich Abgeordnete des Bundestages zu zahlreichen Dienstreisen in den USA auf. Gesprächstermine mit hochrangigen Vertretern von Parlament und Regierung sowie die Teilnahme an einer Vielzahl von Konferenzen dienten der Information und dem Meinungsaustausch sowie generell der Förderung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Dabei umfassten die Themen nicht nur klassische Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, sondern reichten von haushalts- und finanzpolitischen Diskussionen über Bereiche der Wirtschafts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik bis zu energie- und umweltpolitischen Fragestellungen.

So führten Abgeordnete Gespräche mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft über das Freihandelsabkommen TTIP und Neuerungen in der Industrie. Eine bildungspolitische Sprecherin nahm an einem weltweiten Bildungssymposium teil und brachte Erfahrungen und Vorhaben im Bereich der Bildungspolitik aus Deutschland ein. Zu sicherheitspolitischen Gesprächen mit Regierungs- und Parlamentsvertretern über den Syrienkonflikt sowie über die Lage im Nahen und Mittleren Osten reiste ein Mitglied aus dem Auswärtigen Ausschuss in die USA. Eine Abgeordnete des Verteidigungsausschusses nahm auf Einladung des Nahost Friedensforums am National Security Forum teil. Im Vorfeld der US-amerikanischen Wahlen reisten Abgeordnete des Auswärtigen Ausschusses zu politischen Gesprächen mit Regierungsvertretern, Kongressabgeordneten, Think Tanks sowie zu Treffen mit den Wahlkampfteams der Präsidentschaftskandidaten. Ein Mitglied aus dem NSA-Untersuchungsausschuss tauschte sich mit Fachjournalisten, Nichtregierungsorganisationen und „Whistleblowern“ über die Arbeitsweise des Geheimdienstes NSA aus. Als Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe nahm ein Abgeordneter in Washington D.C. an der jährlich stattfindenden „Legislativkonferenz des Congressional Black Caucus“ teil, um sich über die menschenrechtliche Situation von Afroamerikanern und deren Situation in den nationalen Bildungssystemen zu informieren. Der Congressional Black Caucus ist eine in den 1970er Jahren gegründete Organisation von Kongressabgeordneten und Senatoren mit afrikanischer Herkunft im amerikanischen Kongress. Mitglieder des Haushalts- und Auswärtigen Ausschusses besuchten die Messe der AUSA (Association of the United States Army), um Gespräche über Verteidigung und äußere Sicherheit zu führen. Ein Abgeordneter mit dem Arbeitsschwerpunkt Abrüstung und Rüstungskontrolle nahm an der UN-Überprüfungskonferenz über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen teil. Nach der Ernennung des neuen amerikanischen Präsidenten reisten der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses sowie weitere Bundestagsabgeordnete zu ersten Gesprächen mit der neuen US-Administration nach Washington, um unter anderem die Ausrichtung der US-Politik im Hinblick auf die transatlantischen Beziehungen, die NATO, den Konflikt in Syrien und den Umgang mit Russland auszuloten. Ein Abgeordneter führte bei den Vereinten Nationen Gespräche über die Weiterentwicklung von UN-Friedenseinsätzen. Für den Umweltausschuss reiste eine Abgeordnete in die USA, um an der ersten Konferenz zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen teilzunehmen und umweltpolitische Gespräche mit Parlamentariern sowie Vertretern internationaler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen zu führen.

Mitglieder aus dem Auswärtigen Ausschuss sowie dem Haushalts- und Wirtschaftsausschuss reisten zu politischen Gesprächen nach Kanada. Dabei ging es insbesondere um die Themenbereiche Sicherheit, Außenpolitik, erneuerbare Energien sowie die Beziehungen Ottawas zur neugewählten US-Administration und zur Europäischen Union.

Mittel- und Südamerika

Im Berichtszeitraum reisten Mitglieder des Bundestages nach Mexiko, um dort an Konferenzen teilzunehmen oder um die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem mittelamerikanischen Land zu vertiefen. So nahm eine Abgeordnete aus dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am jährlichen Gipfel des „Women in Parliaments Global Forum“ teil. Das Netzwerk der politischen Entscheidungsträgerinnen hat das Ziel, sowohl den Anteil als auch den Einfluss von Parlamentarierinnen auf die politischen Prozesse in ihren Heimatländern zu verbessern. Zwei Mitglieder des Bundestages begleiteten den Bundesminister des Auswärtigen auf seiner Reise, um die politische, wirtschaftliche und kulturelle Partnerschaft mit Mexiko zu vertiefen. Zur Eröffnung des Nachhaltigkeitskongresses des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) in Guanajuato und zur Werkseröffnung eines deutschen mittelständigen Unternehmens in der Hauptstadt Mexiko-Stadt reiste ein Abgeordneter des Haushaltsausschusses.

Auf Einladung des Bundesministers für Wirtschaft und Energie begleiteten drei Abgeordnete ihn auf seiner Reise nach Kuba. Schwerpunkte der Reise waren wirtschaftspolitische Gespräche mit hochrangigen Regierungsvertretern. Ein Mitglied des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz nahm als Redner am „2. Internationalen Symposium gegen Geschlechtergewalt, Prostitution, Sextourismus und Menschenhandel“ in Havanna teil.

In Kolumbien informierten sich zwei Abgeordnete aus dem Umwelt- beziehungsweise aus dem Haushaltsausschuss über die Möglichkeiten einer nachhaltigen Waldwirtschaft. Sie führten Gespräche mit lokalen Gemeinden, Behörden und Waldbesitzern und besuchten Nationalparks sowie Projekte zum Schutz der Biodiversität. Zudem diskutierte die menschenrechtspolitische Sprecherin einer Bundestagsfraktion mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und der Politik über die Situation der Menschenrechte in Kolumbien. Die Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung informierte sich dort über die Fortschritte und Herausforderungen mehrerer Entwicklungsprojekte sowie über die zukünftige Gestaltung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Mitglieder des Wirtschafts- und des Haushaltsausschusses reisten nach Chile, um Gespräche mit Vertretern des Finanzministeriums, der Zentralbank, der Industrie- und Handelskammer sowie Wissenschaftlern zu den Themen Haushaltsdisziplin, Schuldenabbau, Lohnentwicklung und Geldpolitik zu führen. Ein Abgeordneter des Bildungsausschusses nahm als Gastredner an einer Veranstaltung zum Thema „Duale Ausbildung als Eckpfeiler deutscher Bildungspolitik“ teil. Zwei Mitglieder des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft informierten sich über die Digitalisierung der Landtechnik im Hinblick auf die Feldwirtschaft und führten Gespräche zur Hochseefischerei.

Zwei Abgeordnete aus dem Auswärtigen Ausschuss begleiteten den Bundesaußenminister auf seiner Reise nach Argentinien, um wirtschafts- und kulturpolitische Gespräche zu führen. Ein Abgeordneter reiste nach Buenos Aires, um an der Fachtagung „Parteienzusammenarbeit in Lateinamerika“ teilzunehmen und um weitere politische Gespräche mit argentinischen Parlamentariern und Regierungsvertretern zu führen.

Asien und Naher Osten

Die Sicherheitslage sowie der Bürgerkrieg in Syrien führten auch in der zweiten Hälfte der 18. Wahlperiode zu einer Vielzahl von Reisen deutscher Parlamentarier nach Israel und in die palästinensischen Gebiete. Insbesondere Abgeordnete aus dem Verteidigungs- und dem Auswärtigen Ausschuss reisten für Gespräche mit Abgeordneten, Regierungsmitgliedern und Vertretern der Zivilgesellschaft über den anhaltenden Nahost-Konflikt, den Bürgerkrieg im Nachbarland, die Integration von Flüchtlingen sowie die Bedrohung durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ in die Region. Darüber hinaus informierte sich ein Abgeordneter mit außenpolitischer Schwerpunktsetzung über die Rechte und den Status von frei gewählten Abgeordneten sowie von israelischen Nichtregierungsorganisationen. Ein Mitglied aus dem Wahlprüfungsausschuss führte Gespräche zum Wahlrecht, den Umgang mit Immunitätsangelegenheiten sowie zur Geschäftsordnung des israelischen Parlaments. Auf Einladung des Bundespräsidenten begleiteten zwei Abgeordnete ihn auf seiner Reise nach Israel, um die besonderen gemeinsamen Beziehungen zu würdigen. Weitere Themenschwerpunkte der Dienstreisen lagen in den Bereichen berufliche Aus- und Weiterbildung, Umweltschutz und Energie.

In Armenien führte ein Mitglied des Auswärtigen Ausschusses politische Gespräche zum Karabach-Konflikt mit Aserbaidschan sowie zur europäischen Nachbarschaftspolitik. Ein Abgeordneter des Ausschusses für Arbeit und Soziales nahm in der armenischen Hauptstadt Jerewan an einer Veranstaltung teil, in der es um Jugendarbeitslosigkeit und die daraus entstehenden Herausforderungen für den armenischen Arbeitsmarkt ging. Der außenpolitische Sprecher einer Bundestagsfraktion führte Gespräche zu den Themen regionale Sicherheit und Beziehungen zur Europäischen Union.

Aufgrund der sicherheitspolitischen Lage im Irak reisten Abgeordnete aus dem Auswärtigen Ausschuss und dem Verteidigungsausschuss wiederholt in das Land. Sie führten Gespräche mit hochrangigen Vertretern der Regierung und mit Entwicklungsorganisationen, besuchten Flüchtlingsunterkünfte, um sich ein Bild von der humanitären Lage vor Ort zu verschaffen, und besuchten das multinationale Hauptquartier sowie das Koordinierungszentrum für die militärische Ausbildung der Peschmerga.

Mitglieder aus dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie reisten für sicherheits- und wirtschaftspolitische Gespräche in den Iran. Zwei Abgeordnete nahmen an einer Tagung der Münchner Sicherheitskonferenz in Teheran teil und führten weitere Gespräche mit Vertretern von Politik und Wirtschaft zu den Themen regionale Sicherheit und wirtschaftliche Kooperationen. Ein Mitglied des Bundestages informierte

sich bei der iranischen Regierung über das Atomabkommen, die Sichtweise des Syrien-Konflikts und die bilateralen Beziehungen zu Saudi-Arabien.

Wie auch im vorangegangenen Berichtszeitraum informierten sich deutsche Parlamentarier über die aktuelle außen- und sicherheitspolitische Lage in Afghanistan. Abgeordnete des Verteidigungsausschusses begleiteten die Bundesministerin der Verteidigung auf ihrer Reise, um das deutsche Einsatzkontingent der Resolute Support Mission der NATO zu besuchen. Ein Mitglied aus dem Auswärtigen Ausschuss führte Gespräche mit Vertretern der Regierung, der Zivilgesellschaft, der politischen Stiftungen und der Presse zu den Themen Außen-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik.

Abgeordnete mit den Arbeitsschwerpunkten Außen- und Sicherheitspolitik, Menschenrechte und Wirtschaft informierten sich über die aktuellen Entwicklungen in China. Auf Einladung der Bundeskanzlerin begleiteten vier Abgeordnete sie auf ihrer Reise in das Land, um politische Gespräche über die internationale Lage und die Rolle Chinas für die Weltwirtschaft zu führen. Ein Abgeordneter diskutierte mit hochrangigen Parlamentariern über die chinesische Außenpolitik und deren Position zur Beilegung aktueller Konflikte wie in Syrien oder zur Stabilisierung Afghanistans. Zwei Mitglieder des Bundestages informierten sich ebenso über die Lage der Menschenrechte und der Presse- und Informationsfreiheit wie über die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen.

Die Vorsitzende des Unterausschusses nahm in Südkorea als Rednerin am Deutsch-Koreanischen Forum teil, das sich mit dem Thema „Globale Verantwortung“ beschäftigte. Eine Abgeordnete aus dem Verteidigungsausschuss führte sicherheits- und verteidigungspolitische Gespräche mit Mitgliedern der koreanischen Nationalversammlung. Der Vorsitzende des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung reiste zu einer sicherheitspolitischen Konferenz nach Seoul. Er diskutierte dort mit Fachleuten über die Herausforderungen im Cyberraum und führte Gespräche zu den Themen Abrüstung und Rüstungskontrolle.

In Japan besuchte ein Abgeordneter aus dem Auswärtigen Ausschuss die 24. Sitzung des Deutsch-Japanischen Forums in Tokio und diskutierte mit Experten beider Länder über aktuelle Fragen aus Wirtschaft und Politik. Vier Abgeordnete mit dem Arbeitsschwerpunkt Umweltschutz begleiteten die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit auf ihrer Reise zum havarierten Reaktor in Fukushima. Neben der Besichtigung der Anlage wurden Gespräche zur Klima- und Energiepolitik geführt. Ein Mitglied des Haushaltsausschusses hielt einen Vortrag zum anstehenden Handelsabkommen zwischen der EU und Japan, zum EU-Austritt Großbritanniens und zum Handelsabkommen mit Kanada (CETA).

Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe reisten im Berichtszeitraum wiederholt nach Vietnam, um sich im Rahmen des Programms „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ vor Ort einen Eindruck von der Inhaftierung und Gerichtsverhandlung des vietnamesischen Menschenrechtlers und Bloggers Nguyen Huu Vinh zu verschaffen. Ein Abgeordneter aus dem Bildungsausschuss führte Gespräche mit Regierungsvertretern und Mitarbeitern deutscher Mittlerorganisationen zu den Themen Hochschul- und Berufsbildungspolitik.

7. Internationale Austauschprogramme

Der Deutsche Bundestag arbeitet auch auf der Ebene der Verwaltung im Rahmen der Internationalen Parlamentskooperation eng mit anderen Parlamenten zusammen. Dabei dienen die jeweiligen Austauschprogramme und wechselseitigen Besuche unterschiedlichen Zwecken. Gemeinsame Zielrichtung ist die Stärkung demokratischer Strukturen. Ergänzt wird das Aufgabenspektrum durch verschiedene Stipendienprogramme zur Demokratieförderung.

Die Internationale Parlaments-Kooperation besteht aus der Internationalen Parlamentsberatung für Länder, die sich in einem Demokratisierungs- oder parlamentarischen Umstrukturierungsprozess befinden und aus dem Mitarbeiteraustausch mit Parlamentsverwaltungen entwickelter Demokratien. Zum einen werden thematisch spezifische Besuchsprogramme in Berlin durchgeführt, die möglichst genau auf den Beratungsbedarf der Partnerparlamente abgestimmt sind. Zum anderen werden Expertenentsendungen der Bundestagsverwaltung in Parlamentsverwaltungen weltweit angeboten, wobei beide Instrumente oftmals kombiniert werden.

Die Maßnahmen beruhen jeweils auf Anforderungen der nationalen Parlamente. Sie erfolgen bilateral oder zum Beispiel im Rahmen von EU-Förderprogrammen (Twinning und TAIEX) und von Projekten anderer supranationaler Förderinstitutionen (wie zum Beispiel der Interparlamentarischen Union oder Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) zur Stärkung demokratischer Strukturen.

Grundsätzliche Voraussetzung für eine Kooperation sind bei Beratungsprojekten die Einhaltung von demokratischen Mindeststandards, positive Entwicklungsaussichten der Reformprozesse und die Möglichkeit für das beratene Parlament, darin eine zentrale Rolle zu spielen. Im Einzelfall sind auch ad-hoc-Maßnahmen möglich, die politische Entwicklungen kurzfristig aufnehmen können. Im Fokus der Projekte steht immer die Verbesserung der Arbeitsfähigkeit von Verwaltungen (*capacity building*) oder die Optimierung der von einer Verwaltung umzusetzenden parlamentarischen Verfahren (*rules and procedures*).

Die zumeist einwöchigen Programme informieren über Struktur und Arbeitsweise der Bundestagsverwaltung sowie über Stellung und Aufgaben des Parlaments in einer modernen parlamentarischen Demokratie. Sie orientieren sich an den inhaltlichen Wünschen der eingeladenen Parlamente, um den Teilnehmerinnen und Teilnehmern praxisnahe Anregungen für die Ausgestaltung ihrer eigenen parlamentarischen Arbeit geben zu können. Im Berichtszeitraum wurden Programme mit den Parlamentsverwaltungen aus Afghanistan, Pakistan, Armenien, Georgien, Ukraine, Marokko, Tunesien, Algerien, Libanon, Kuwait, Guinea, Senegal, Mali, Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, El Salvador, Myanmar und Vietnam durchgeführt.

Mit der Entsendung von Kurzzeitexperten zu besonderen Themenkomplexen ergänzt der Deutsche Bundestag sein Beratungsspektrum für ausländische Parlamentsverwaltungen. Entsendungen fanden im Berichtszeitraum mit Marokko, Tunesien, Algerien, Myanmar, Sri Lanka und Argentinien statt.

Außerdem bestehen acht ständige Mitarbeiteraustausch-Programme mit einzelnen ausgesuchten Verwaltungen ausländischer Parlamente, die zum einen auf langfristige Arbeitsbeziehungen der Verwaltungen zurückgehen und zum anderen die besonderen bilateralen politischen Beziehungen zu einzelnen Ländern spiegeln. Zweck der Programme ist es, konkrete Kenntnisse der Arbeitsweise des jeweils anderen Parlaments und seiner Verwaltung zu vermitteln, das Know-how zu verbessern und Neuerungen zu vergleichen, Arbeitskontakte zu knüpfen und mögliche Felder für Kooperationen zu identifizieren. Dazu werden je nach Interessen und Qualifikationen der jeweiligen Teilnehmenden in der Regel einwöchige Programme zusammengestellt. Hierbei stehen thematische Arbeitsfelder und der praxisbezogene Austausch im Mittelpunkt. Die dabei entstehenden persönlichen Kontakte festigen zudem nachhaltig die Arbeitsbeziehungen zwischen den Parlamentsverwaltungen und fördern die bilateralen Beziehungen.

Im Berichtszeitraum informierten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamente von Frankreich, Polen, Großbritannien, Irland, Israel, Italien, Österreich und der Schweiz über Struktur und Arbeitsweise der Verwaltung des Deutschen Bundestages. Im Gegenzug fanden entsprechende Besuche in den jeweiligen Parlamentsverwaltung der teilnehmenden Länder durch Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter des Deutschen Bundestages statt.

Ein besonderer Austausch auf Mitarbeitererebene findet traditionell zwischen dem US-Kongress, dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat im Rahmen der transatlantischen Beziehungen über das International Visitor Leadership Program des US-Department of State statt. An dem jährlich in beide Richtungen stattfindenden zehntägigen Programm nehmen jeweils zehn Personen teil: auf amerikanischer Seite acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kongressabgeordneten oder Senatoren sowie zwei Angehörige des Congressional Research Service, auf deutscher Seite zwei Angehörige der Bundestagsverwaltung, ein Angehöriger der Verwaltung des Bundesrates und sieben Mitarbeiter der Fraktionen. Im Berichtszeitraum besuchten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des US-Kongresses den Deutschen Bundestag in Berlin sowie Angehörige der Verwaltungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates das amerikanische Parlament.

Darüber hinaus bietet der Deutsche Bundestag verschiedene Stipendienprogramme zur Förderung der Demokratie und der bilateralen Beziehungen an: Das Internationale Parlaments-Stipendium und das Parlamentarische Patenschafts-Programm.

Das Internationale Parlaments-Stipendium wurde 1986 zum ersten Mal für Hochschulabsolventen aus den USA und Frankreich angeboten. In den frühen 1990er Jahren nach Ende des Kalten Krieges wurde es für Teilnehmer aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa geöffnet, um den Demokratieaufbau in dieser Region zu fördern. Nach dem arabischen Frühling 2011 wurden weitere Ergänzungen vorgenommen.

Bis heute nahmen etwa 2.500 Stipendiaten aus Ägypten, Albanien, Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Israel, Jordanien, Kasachstan, Kosovo, Kroatien, Lettland, Libanon, Litauen, Marokko, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Palästinensische Gebiete, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Türkei, Tunesien, Ukraine, Ungarn, USA und Zypern am Internationalen Parlaments-Stipendium teil.

Die Bewerberinnen und Bewerber müssen sich nach einer Vorauswahl, die zusammen mit den Deutschen Botschaften in den jeweiligen Ländern durchgeführt wird, einem Auswahlgespräch vor Ort stellen. Der Auswahlkommission unter Leitung einer oder eines Abgeordneten gehören weiterhin ein Vertreter der am Programm beteiligten drei Berliner Universitäten und ein Beschäftigter der Bundestagsverwaltung an. Außerdem finden während der Auswahlreisen Gespräche mit Parlamentariern, Alumni des Internationalen Parlaments-Stipendiums sowie Informationsveranstaltungen an Universitäten statt.

Jährlich erhalten bis zu 120 Hochschulabsolventen damit die Gelegenheit, das parlamentarische System Deutschlands sowie Entscheidungsinhalte und -prozesse deutscher Politik kennenzulernen. Das fünf Monate dauernde Programm richtet sich an hochqualifizierte, engagierte und politisch interessierte junge Frauen und Männer, die den Willen haben, die demokratische Zukunft ihres Landes aktiv mitzugestalten. Ziel des Programms, das unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Deutschen Bundestages steht, ist es ferner, die Beziehungen Deutschlands zu den teilnehmenden Ländern zu fördern und zu festigen.

Das Internationale Parlaments-Stipendium dauert jeweils vom 1. März bis zum 31. Juli eines Jahres. Kernstück ist eine dreimonatige Tätigkeit im Büro eines Mitglieds des Deutschen Bundestages. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten werden dabei aktiv in die Arbeit eines Abgeordneten eingebunden. Sie begleiten die Abgeordneten unter anderem zu Sitzungen der Ausschüsse, Fraktionen und anderer Gremien und gewinnen dadurch Einblicke in die internen Funktionsweisen, Zusammenhänge und Verfahrensabläufe. Abgerundet werden die Eindrücke durch einen Besuch im Wahlkreis. Ergänzend besuchen sie regelmäßig Informationsprogramme und Seminare, die der Deutsche Bundestag und die politischen Stiftungen veranstalten. Sie sind außerdem während des Sommersemesters an der Humboldt-Universität zu Berlin eingeschrieben und nehmen an Lehrveranstaltungen aller drei Universitäten Berlins teil.

Als Reaktion auf die Umbrüche in der arabischen Welt wird seit 2012 ein Sonderprogramm des internationalen Parlaments-Stipendiums ausschließlich für Bewerberinnen und Bewerber aus arabischen Staaten angeboten. Das vierwöchige Kompaktprogramm richtet sich vor allem an junge Berufstätige mit Hochschulabschluss, die damit Impulse für ihr zivilgesellschaftliches und politisches Engagement in ihrer jeweiligen Heimat erhalten sollen. Die Auswahl der bis zu 24 Teilnehmer erfolgt wie im Regelprogramm mit einer Vorauswahl über die Deutschen Botschaften und über anschließende Auswahlgespräche vor Ort durch Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie Angehörige der Bundestagsverwaltung.

Mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm bietet der Deutsche Bundestag darüber hinaus ein Stipendienprogramm mit den USA für Schülerinnen, Schüler und junge Berufstätige an. Aus Anlass des 300. Jahrestages der ersten deutschen Einwanderung in Amerika wurde im Jahr 1983 das Programm gemeinsam vom Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Deutschen Bundestag ins Leben gerufen. Ziel ist es, die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu fördern. Dieses Austauschprogramm, das ebenfalls unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten steht, soll der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen Wertevorstellungen beruht, vermitteln. In jedem Jahr wird jeweils etwa 350 Stipendiatinnen und Stipendiaten ein einjähriger Aufenthalt nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit in den USA beziehungsweise in Deutschland ermöglicht, wo sie in Gastfamilien leben. Eine Besonderheit des Programms ist die für jeden Stipendiaten übernommene Patenschaft durch ein Mitglied des Deutschen Bundestages. Darüber hinaus werden für die Stipendiaten Seminare zur politischen Bildung und Gespräche mit deutschen und amerikanischen Abgeordneten sowie Besuche im Deutschen Bundestag und US-Kongress angeboten.

Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird erwartet, dass sie sich als „junge Botschafter“ ihres Landes während des Austauschjahres ehrenamtlich engagieren und so einen dauerhaften Beitrag zur Verständigung zwischen Deutschen und Amerikanern leisten.

Jährlich reist eine Delegation des Ältestenrates des Deutschen Bundestages in die Vereinigten Staaten, um sich mit Mitgliedern des US-Kongresses und Vertretern des Department of State neben politischen Themen zu inhaltlichen Aspekten des Austauschprogrammes wie auch zu Finanzierungsfragen auszutauschen. Gespräche mit Gastfamilien tragen zur Qualitätssicherung bei, während mit Besuchen in Schulen und Betrieben für das Programm und die erforderlichen Praktikumsplätze geworben werden kann.

Insgesamt haben bisher rund 24.000 Jugendliche am Parlamentarischen Patenschafts-Programm teilgenommen. Regelmäßig bewerben sich in Deutschland ca. 5.000 junge Menschen für das Stipendium.

8. Grundlage der Berichtspflicht

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 118. Sitzung am 6. November 1992 eine Empfehlung des Ältestenrates (Bundestagsdrucksache 12/2665) angenommen und folgenden Beschluss gefasst:

„Der Präsident des Deutschen Bundestages erstellt in der Mitte und zum Ende einer Wahlperiode einen Bericht über Auslandsdienstreisen der Mitglieder des Deutschen Bundestages. Dieser Bericht enthält Angaben über die Anzahl und die Zielländer der Reisen von Ausschussdelegationen, offiziellen Delegationen, Parlamentariergruppendelegationen sowie Einzeldienstreisen und die damit verbundenen Kosten je Haushaltsjahr.“

Auf dieser Grundlage sind bisher zwölf Berichte über Auslandsdienstreisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages vorgelegt worden (Bundestagsdrucksachen 12/4945, 12/8584, 13/6959, 13/11449, 14/4851, 14/9997, 15/5056, 16/7841, 16/14145, 17/7900, 17/14834 und 18/6610). Der vorliegende Bericht umfasst den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis zum 30. September 2017. Er legt Rechenschaft über die im Berichtszeitraum durchgeführten Auslandsreisen und internationalen Aktivitäten ab. Die Reisen sind nach regionalen oder politischen Schwerpunkten geordnet und werden exemplarisch dargestellt. Die vollständigen Zahlen der Reisen und sämtliche Ziele ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 4 der statistischen Übersicht, die diesem Bericht am Ende beigelegt sind.

9. Rechtsgrundlagen und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von Auslandsdienstreisen

Die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung von Auslandsdienstreisen sind:

- das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) vom 18. Februar 1977 (BGBl. I S. 297) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 2014 (BGBl. I S. 906) und
- die Ausführungsrichtlinien für Reisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages nach § 17 AbgG in der Fassung vom 19. Januar 2017.

Gemäß § 17 Abs. 1 AbgG bedürfen Auslandsdienstreisen der vorherigen Zustimmung des Präsidenten des Deutschen Bundestages. Anträge auf Genehmigung von Dienstreisen sind schriftlich an den Bundestagspräsidenten zu stellen und ausführlich zu begründen.

Bei Dienstreisen wird zwischen Delegations- und Einzeldienstreisen unterschieden. Um Delegationen handelt es sich, wenn sie aus mindestens drei Abgeordneten bestehen, ansonsten handelt es sich um Einzeldienstreisen. Bei den Delegationsreisen der Mitglieder der Ausschüsse und der Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages ist für die 18. Wahlperiode eine maximale Delegationsstärke von sieben Abgeordneten festgelegt worden. Bei der Zusammensetzung von Delegationen soll das Stärkeverhältnis der Fraktionen im Deutschen Bundestag nach Möglichkeit im Haushaltsjahr, zumindest aber in der Wahlperiode berücksichtigt werden. Die Entscheidung über die Anträge auf Genehmigung von Auslandsdienstreisen trifft der Präsident des Deutschen Bundestages; bei Delegationsreisen geschieht dies nach eingehender Erörterung und Beratung im Präsidium.

Die bilateralen Parlamentariergruppen können im Verlauf der Wahlperiode jeweils eine Delegationsreise durchführen, multilaterale Parlamentariergruppen haben die Möglichkeit, jeweils zwei Delegationsreisen in Staaten aus der "Partnerregion" zu unternehmen. Delegationsreisen der Ausschüsse müssen in direktem Zusammenhang mit den konkreten Beratungsgegenständen des jeweiligen Ausschusses stehen. Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ziel und Inhalte einer Delegationsreise erfolgt in der Regel in Form einer Pressemitteilung vor Reiseantritt. Jede Delegation ist außerdem verpflichtet, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens sechs Wochen nach Ende der Reise einen schriftlichen Bericht über deren Ablauf und Ergebnisse vorzulegen.

Auslandsdienstreisen einzelner Abgeordneter sind dann genehmigungsfähig, wenn die Vorsitzenden und Obleute der Ausschüsse, in denen der Abgeordnete Mitglied ist und in dessen fachlichen Kontext die Reise fällt, der Durchführung der Einzeldienstreise zugestimmt haben. Darüber hinaus ist bei Auslandsdienstreisen von Abgeordneten die Zustimmung der Parlamentarischen Geschäftsführung der Fraktion des jeweiligen Abgeordneten erforderlich. Ebenso wie die Delegationsreisen unterliegen auch die Einzeldienstreisen der Abgeordneten der Verpflichtung, dem Bundestagspräsidenten bis spätestens sechs Wochen nach Abschluss der Reise einen Bericht vorzulegen.

Zur Reduzierung der Flugkosten werden Dienstreisen mit der Maßgabe genehmigt, dass kostengünstige Flugverbindungen zu nutzen sind. Außerdem sind die Abgeordneten durch einen Beschluss des Ältestenrates vom September 2002 verpflichtet, dienstlich erworbene Prämienmeilen aus entsprechenden Programmen der Fluggesellschaften wieder für Dienst- und Mandatsreisen einzusetzen. Neben der Beachtung des Prinzips der Kostengünstigkeit und dem vorrangigen Einsatz von Prämienmeilen trägt auch die Nutzung von Sonderkonditionen der Fluggesellschaften dazu bei, dass Kosten eingespart werden können.

10. Erläuterungen zur statistischen Übersicht der Auslandsdienstreisen

Der Bericht unterscheidet zwischen Ausschussdelegationen (AD), Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM), offiziellen Delegationsreisen unter Leitung des Präsidenten oder eines Präsidiumsmitglieds (OD), Reisen von Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP).

Im Berichtszeitraum haben 1275 Reisen stattgefunden:

- 155 Reisen von Ausschussdelegationen (AD)
(Oktober bis Dezember 2015: 23; 2016: 80; Januar bis September 2017: 52)
- 10 Reisen offizieller Delegationen (OD)
(Oktober bis Dezember 2015: -; 2016: 4; Januar bis September 2017: 6)
- 32 Delegationsreisen der Parlamentariergruppen (PG)
(Oktober bis Dezember 2015: 7; 2016: 21; Januar bis September 2017: 4)
- 825 Einzeldienstreisen (ED)
(Oktober bis Dezember 2015: 129; 2016: 450; Januar bis September 2017: 246)
- 65 Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
(Oktober bis Dezember 2015: 7; 2016: 29; Januar bis September 2017: 29)
- 188 Reisen zu Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP)
(Oktober bis Dezember 2015: 31; 2016: 105; Januar bis September 2017: 52)

Unterteilt nach Erdteilen sind in den Anlagen 1, 2 und 3 die Anzahl und die Ziele der Reisen von Ausschussdelegationen (AD), offiziellen Delegationen (OD), Parlamentariergruppen (PG), Einzeldienstreisen (ED) sowie der Reisen zu den Konferenzen und Sitzungen der internationalen parlamentarischen Versammlungen, einschließlich Wahlbeobachtungen (IP) für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis zum 30. September 2017 aufgeschlüsselt.

Die Anlage 4 weist die Gesamtkosten der im Berichtszeitraum zulasten der Haushaltsjahre 2015, 2016 und 2017 durchgeführten Reisen aus.

Berlin, den 12. Oktober 2017

Prof. Dr. Norbert Lammert

11. Statistische Übersicht**Anlage 1****Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Oktober 2015 bis 31. Dezember 2015 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Belgien	1	7				1
Bulgarien						1
Dänemark		2				
Frankreich	3	2				12
Griechenland			1			1
Großbritannien		3			1	
Italien		7				
Kosovo		1				
Kroatien		1				
Lettland			1			2
Litauen		1			1	
Luxemburg	1	2				
Moldau		1				1
Monaco		1				
Niederlande					1	
Österreich		1			1	1
Polen		1				1

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Rumänien	1	1				
Russland		10	1			
Schweden						1
Schweiz		3	1			1
Serbien						1
Slowenien		1			1	
Spanien		1				
Tschechien		3				
Türkei		4				1
Ukraine		3			1	
Ungarn		1				
Weißrussland						2

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Bulgarien, Rumänien		1				
Bulgarien, Ungarn			1			
Dänemark, Schweden	1					
Estland, Finnland	1					
Griechenland, Türkei		1				
Litauen, Estland		1				
Österreich, Serbien		1				
Polen, Tschechien		1				
Schweden, Finnland		1				
Ukraine, Moldau		1				
Ukraine, Russland		2				
Ungarn, Slowakei		1				

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Äthiopien		2				
Kongo		1				
Namibia		1	1			
Senegal		1				
Südafrika		1				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Marokko		1				
Mali, Kamerun					1	
Mosambik, Sambia, Uganda, Tansania		3				
Sambia, Malawi	1					

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
El Salvador		1				
Kanada		2				
Kuba	1					
Mexiko		1				
Peru	1					
USA	2	9	1			1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kanada, USA	1					
Kolumbien, Uruguay		2				
Mexiko, Peru	1					
Uruguay, Argentinien	1					

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Aserbaidshjan						1
China		5				
Indien	1					
Irak		4				
Iran		3				
Israel	2	4				
Japan	2	2				
Jordanien		1				
Katar		1				1
Kirgisistan						1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan, Pakistan		3				
Armenien, Georgien		1				
Iran, Saudi-Arabien		1				
Iran, Saudi-Arabien, Jordanien		2				
Iran, Türkei		1				
Israel, Jordanien		4				
Jordanien, Libanon		1				
Jordanien, Palästinensische Gebiete, Israel		1				
Libanon, Jordanien, Israel		1				
Nordkorea, Südkorea	1					
Pakistan, Afghanistan, Nepal		1				
Saudi-Arabien, Iran		1				
Vietnam, Malaysia	1					

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage 2**Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien		4				3
Belgien		16				4
Bosnien und Herzegowina		1			1	
Bulgarien		1				2
Dänemark	2	5				3
Estland		1				1
Finnland	1	2				1
Frankreich	3	22	2	2		28
Griechenland	3	14			1	
Großbritannien	1	26	2			
Island						1
Italien		18	1			1
Kosovo		4				
Kroatien	1	1				
Lettland		1				5
Litauen		1				1
Luxemburg						1
Malta		1			1	
Mazedonien						3

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Moldau		1				1
Montenegro		2				1
Niederlande	3	4				2
Norwegen		4				
Österreich	2	9	2			3
Polen	2	13	2			3
Portugal		4			1	
Rumänien		10				
Russland	2	14	2			3
Schweden		1				1
Schweiz	2	11				2
Serbien		4				
Slowakei	1	6				1
Spanien	1	3			1	
Tschechien		3				
Türkei	4	14				2
Ukraine	2	13				4
Ungarn		3				
Weißrussland		1			1	2
Zypern	1	2				1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien, Ungarn			1			
Belgien, Frankreich			1			
Bosnien und Herzegowina, Serbien						1
Dänemark, Schweden	1					
Griechenland, Kosovo		1				
Griechenland, Mazedonien	1					1
Griechenland, Türkei		3				

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Island, Schweden					1	
Kosovo, Mazedonien		2				
Kroatien, Bosnien und Herzegowina		1				
Kroatien, Serbien		1				
Lettland, Estland					1	
Lettland, Litauen, Estland		1				
Mazedonien, Albanien		1				
Montenegro, Albanien, Kosovo					1	
Polen, Tschechien		1				
Polen, Ungarn		1				
Rumänien, Bulgarien		1				
Rumänien, Bulgarien, Slowenien		2				
Rumänien, Moldau						1
Schweden, Finnland	1					
Schweden, Norwegen	1					
Serbien, Slowenien		1				
Spanien, Israel	1					
Türkei, Griechenland		1				
Türkei, Jordanien, Kuwait				1		
Ukraine, Moldau		1				
Ungarn, Slowakei		1				
Weißrussland, Ukraine		1				

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		4				
Äthiopien		4				
Kamerun		2				
Kenia		2				
Malawi		1				

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Mali		4				
Marokko		2				3
Namibia		1				
Nigeria		1			1	
Ruanda		1				
Sambia						2
Südafrika		1	1			
Tansania	1					
Togo		2				
Tschad		2				
Tunesien		4	1			
Westsahara		2				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, Algerien			1			
Ägypten, Jordanien		1				
Ägypten, Marokko		2				
Ägypten, Tunesien		1				
Äthiopien, Eritrea					1	
Algerien, Tunesien		1				
Angola, Simbabwe, Mosambik					1	
Dschibuti, Sudan	1					
Jordanien, Kuwait				1		
Jordanien, Libanon						1
Marokko, Westsahara, Mauretanien					1	
Namibia, Südafrika	1					
Nigeria, Mali		1				
Nigeria, Mali, Niger		3				
Ruanda, Zentralafrikanische Republik, Kamerun		1				

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Sudan, Togo			1			
Sudan, Ägypten, Libanon		2				
Südafrika, Mosambik	1					
Südafrika, Tansania	1					
Togo, Ghana		1				
Tunesien, Jordanien		2				
Tunesien, Marokko		1				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Brasilien	3	1	1		1	
Chile	1	1				
Costa Rica		2				
Ecuador		1				
Kanada		3				
Kuba		3				
Mexiko	3	1				
USA	12	35	2		1	5
Venezuela		1				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien, Bolivien					1	
Argentinien, Chile	1	2				
Argentinien, Mexiko		3				
Argentinien, Paraguay, Uruguay		1				
Chile, Argentinien	1					
Chile, Uruguay		1				
Costa Rica, Mexiko	1					
Guatemala, Kolumbien	1					

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Honduras, Guatemala, Panama		1				
Kolumbien, Costa Rica			1			
Kolumbien, Panama		1				
Kuba, USA	1					
Mexiko, Costa Rica		2				
USA, Kuba	1					

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien		2	1			
China	3	9			1	1
Georgien		2				3
Indien		3				
Irak		2	1			
Iran		5				
Israel	3	7				
Japan	3	7	1		1	1
Jordanien		2	1			
Kasachstan		1				3
Katar		1				
Kirgisistan		1				
Libanon		3				1
Mongolei		1				
Myanmar		1	1			
Nepal	1					
Oman						1
Philippinen		2				
Saudi-Arabien		2	1			1
Südkorea		1				
Thailand		1				
Vereinigte Arabische Emirate		1				

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Vietnam		2	1			

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien, Georgien		1				
Aserbaidshan, Armenien		1				
Bhutan, Myanmar		1				
China, Hongkong		2				
China, Myanmar	1					
Georgien, Armenien	1					
Iran, Tunesien		1				
Israel, Jordanien		2				
Israel, Palästinensische Gebiete	1	7				
Japan, China	1					
Kasachstan, Aserbaidshan		1				
Kirgisistan, Türkei		1				
Myanmar, Vietnam		3				
Nepal, Sri Lanka					1	
Philippinen, Indonesien, Singapur					1	
Philippinen, Taiwan		1				
Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan		3				

Australien/Neuseeland

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Neuseeland		2				

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Australien, Neuseeland					1	
Neuseeland, Australien, Singapur, Tonga			1			

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Anlage 3**Angaben über Anzahl und Ziele der vom 1. Januar 2017 bis 30. September 2017 durchgeführten Reisen**

- Ausschussdelegationsreisen (AD)
- Einzeldienstreisen (ED)
- Einzeldienstreisen von Präsidiumsmitgliedern (PM)
- Reisen offizieller Delegationen (OD)
- Parlamentariergruppen (PG) – Delegationsreisen
- Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) – Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen

Europa

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Albanien		1				2
Belgien		10	1	1	1	3
Bosnien und Herzegowina		1	1			1
Bulgarien	1					
Dänemark						3
Estland	1	2				1
Finnland	1	1				
Frankreich	2	21	4	1		8
Griechenland		5				
Großbritannien	2	4	1			1
Irland		1		1		
Island		1				
Italien	1	13	2			4
Lettland		1				
Litauen		1	1			
Luxemburg	1	1	1			
Malta	3	8				1
Niederlande	1	2				
Norwegen			1			3

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Österreich	2	5	3			2
Polen	2	6		1		
Portugal	2	1				1
Rumänien		5	1			
Russland	3	7	1			2
Schweden				1		1
Schweiz		3				1
Serbien			1			2
Slowakei		1				1
Spanien	1	3				2
Tschechien	1	2				2
Türkei	1	7			1	1
Ukraine		7	1			
Ungarn		3	1			
Vatikanstaat		1				
Weißrussland		1				1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Dänemark, Island		1				
Dänemark, Schweden		2				
Estland, Lettland, Litauen		1				1
Großbritannien, Irland	1					
Großbritannien, Italien	1					
Irland, Großbritannien		1				
Italien, Griechenland	1					
Kroatien, Mazedonien, Serbien	1					
Lettland, Litauen		1				
Lettland, Litauen, Estland	1					
Norwegen, Finnland	1					

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Portugal, Spanien	1					
Moldau, Ukraine		1				
Schweden, Norwegen	1	1				

Afrika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten		5	1			
Kamerun		1				
Kenia		1				
Kongo		1				
Mali		1	1			
Südafrika	1	3	1			
Südsudan		2				
Tunesien	1	2				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Ägypten, China		1				
Ägypten, Jordanien, Palästinensische Gebiete		1				
Äthiopien, Ruanda, Kongo	1					
Burkina Faso, Kongo					1	
Ghana, Gambia	1					
Mali, Niger		1				
Mali, Senegal	1					
Sambia, Südafrika	1					
Südafrika, Namibia	1					
Togo, Burkina Faso		2				
Tunesien, Algerien		1				
Uganda, Südsudan		2				

Amerika

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien		1				
Brasilien		1				
Guatemala		1				
Kanada		1				1
Kolumbien		3				
Kuba		1				
Nicaragua		1				
Paraguay		1				
USA	2	26	4			1

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Argentinien, Chile	1					
Chile, Argentinien		1				
El Salvador, Honduras	1					
Kanada, USA		1				
USA, Mexiko		1				

Asien und Naher Osten

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Armenien		1				2
Aserbaidshan						1
Bangladesch						1
China		2				
Georgien	1	3				1
Irak		1				
Iran		1				
Israel	2	5		1	1	
Japan		3				

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Kambodscha		1				
Kasachstan		2				
Libanon		1				
Mongolei		1				1
Singapur		1				
Sri Lanka			1			
Südkorea		3				
Taiwan		4				
Vereinigte Arabische Emirate		3				
Vietnam		3				

Mehrländerreisen

Ziel	AD	ED	PM	OD	PG	IP
Afghanistan, Nepal		1				
Armenien, Georgien		1				
Bangladesch, Nepal		2				
China, Japan, Südkorea		1				
Georgien, Armenien		1				
Israel, Jordanien	1					
Israel, Palästinensische Gebiete	1	3				
Jordanien, Israel, Palästinensische Gebiete		4				
Kambodscha, Laos	1					
Kasachstan, Tadschikistan		1				
Kuwait, Bahrain, Oman	1					
Nepal, Bhutan			1			
Saudi-Arabien, Iran		1				
Tadschikistan, Kasachstan	1					

Anlage 4

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

1. Gesamtkosten der vom 1. Oktober 2015 bis 31. Dezember 2015 durchgeführten Reisen

–	23	Ausschussdelegationsreisen (AD)	625.952,01	Euro
–	0	Offizielle Delegationsreisen (OD)	0,00	Euro
–	7	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	140.837,79	Euro
–	136	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	307.390,44	Euro
–	31	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	138.870,38	Euro
Gesamtkosten			1.213.050,62	Euro

2. Gesamtkosten der im Haushaltsjahr 2016 durchgeführten Reisen

–	80	Ausschussdelegationsreisen (AD)	1.898.959,46	Euro
–	4	Offizielle Delegationsreisen (OD)	37.673,49	Euro
–	21	Parlamentariergruppen (PG) Delegationsreisen	647.321,87	Euro
–	479	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	1.044.121,87	Euro
–	105	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	486.779,38	Euro
Gesamtkosten			4.114.856,07	Euro

3. Gesamtkosten der vom 1. Januar 2017 bis 30. September 2017 durchgeführten Reisen

–	52	Ausschussdelegationsreisen (AD)	757.397,59	Euro
–	6	Offizielle Delegationsreisen (OD)	24.963,63	Euro
–	4	Parlamentariergruppen (PG)	167.342,79	Euro
–	275	Einzeldienstreisen einschließlich Präsidium (ED/PM)	709.308,37	Euro
–	52	Internationale parlamentarische Versammlungen (IP) Konferenzen, Sitzungen sowie Wahlbeobachtungen	192.351,92	Euro
Gesamtkosten			1.851.364,30	Euro